Tages-protokoll

32. Bundesparteitag
9. Mai 1984
Stuttgart

1. Tag

CDU

Aufwärts mit Deutschland.
Mit uns für Europa.

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Weiss-Druck+Verlag GmbH & Co. KG
Industriestraße
5108 Monschau-Imgenbroich
Telefon 0 24 72 / 82 - 0

Bestell-Nr.: **3566/1**

32. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Stuttgart, 9. - 11. Mai 1984

1. Tag

Erster Verhandlungstag

Mittwoch, 9. Mai 1984
1. Plenarsitzung
Beginn: 10.43

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung
durch den Vorsitzenden der Christlich
Demokratischen Union Deutschlands
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Exzellenzen! Verehrte Gäste und liebe Freunde aus dem Ausland! Verehrte Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland! Meine Damen und Herren Delegierte und Gastdelegierte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Hiermit eröffne ich den 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Die CDU hat sich zum letzten Mal vor 28 Jahren, im Jahre 1956, zu einem Parteitag in Stuttgart versammelt. Damals hielt Konrad Adenauer Rückschau auf das erste Jahrzehnt unserer Parteigeschichte. Heute und in den kommenden Tagen, bis zum Freitag, wollen wir hier von Stuttgart aus in die Zukunft unserer Bundesrepublik Deutschland blicken. Es geht um den Auftrag, den wir uns selbst gesetzt haben: Deutschland als moderne, als humane Industrienation.

Dieses Ziel, liebe Freunde, ist nicht neu. Neu aber und neuartig sind die Probleme und Herausforderungen, mit denen wir uns jetzt und in der Zukunft auseinandersetzen müssen.

Die Epoche der Nachkriegszeit ist abgeschlossen. Wir haben heute andere Sorgen. Es ist eine neue, eine junge Generation herangewachsen. Es geht nicht mehr um den Wiederaufbau aus Trümmern, es geht nicht mehr um das Allernötigste zum Leben, es geht nicht mehr um die einfachste Anerkennung der Deutschen in der Völkergemeinschaft. Aber nach einem Jahrzehnt, liebe Freunde, in dem das von der Aufbaugeneration unserer Bundesrepublik mühsam Erarbeitete allzu sorglos verbraucht und verteilt worden ist, geht es darum, zu einer vernünftigen, zu einer soliden Politik zurückzufinden, damit es mit der Bundesrepublik Deutschland wieder sicher aufwärts geht.

(Beifall)

Wer die Reden nachliest, die Konrad Adenauer und Eugen Gerstenmaier vor 28 Jahren hier in Stuttgart gehalten haben, wird finden, daß sie in ihren großen, perspektivischen Gedanken von einer ganz eindrucksvollen Aktualität sind. Konrad Adenauer sagte damals:

"Ich glaube, daß unsere Partei - so wie bisher - trotz mancher Mißerfolge" - er meinte damals das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft - "unentwegt unserer Europapolitik treu bleiben muß und treu bleiben wird".

Dem haben wir Heutigen nichts hinzuzusetzen.

(Beifall)

Von gleicher Aktualität, liebe Freunde, ist das Wort Eugen Gerstenmaiers auf jenem Parteitag:

> Als ein charakteristisch christliches Kennzeichen der von uns vertretenen Politik möchte ich die Bemühungen

- so sagte er -

> *bezeichnen um die Grenzen des Staates und die Beschränkung seiner* Zuständigkeit.

Liebe Freunde, auch um diese beiden Thesen geht es nicht zuletzt auf diesem 32. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hier in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart, die den Namen unseres ermordeten Freundes Hanns Martin Schleyer trägt. Ich darf besonders herzlich seine Frau in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Es geht uns in diesen Stuttgarter Tagen um eine Weiterentwicklung unseres Programms zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht um die Verabschiedung unseres Programms für die zweite Wahlperiode des Europäischen Parlaments. *Selbstverständlich, liebe Freunde, wird und muß sich dieser Parteitag auch mit den* tagesaktuellen Fragen beschäftigen. Deshalb werde ich heute nachmittag zu Beginn der allgemeinen Aussprache auch namens des Bundesvorstandes zum Thema Straffreiheit für Parteispenden noch einmal sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich bin sicher, daß Sie mir alle zustimmen, wenn ich sage: Wir sind gerne hierher nach Stuttgart gekommen, in diese gleichermaßen dynamische gemütliche und urbane Stadt, die unser Freund, Manfred Rommel, der Oberbürgermeister, den ich herzlich begrüßen darf,

(Beifall)

in einer so menschlichen Weise zu repräsentieren versteht.

Wir sind gerne nach Baden-Württemberg gekommen, in dieses schöne, vitale Bundesland, das die Landesregierung unter der Führung unseres Freundes Lothar Späth gerade mit der Mehrheit seiner Bevölkerung in einer großartigen Weise bestätigt hat. Und das war ein verdienter Erfolg; denn jeder weiß, daß dieses Land ihm unendlich viel verdankt.

(Beifall)

Wir sind gern nach Baden-Württemberg gekommen, in ein Land mit Lebensart, das, *liebe Freunde, immer ein Land von Tüftlern und Schaffern, von Erfindern und* Unternehmern war, ein Land, dessen Erzeugnisse in alle Welt gingen. Ich fand, es war sehr gut, daß wir im Gottesdienst heute daran erinnert wurden, daß nicht nur Mercedes und Bosch von Stuttgart aus ihren Weg in die Welt genommen haben, sondern daß auch das Ökumenische Bibelwerk der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland hier seinen Sitz hat und von hier aus in die Welt hinausgeht.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe von der Kontinuität unserer politischen Arbeit gesprochen. Aber wir stehen nicht nur in Kontinuität im Fachlichen, sondern viel wichtiger ist für eine Partei, die immer auch Heimat, politische Heimat für den einzelnen - häufig durch ein ganzes Leben - ist, die Kontinuität menschlicher Beziehungen: in Verbundenheit, Freundschaft und Kameradschaft, nicht zuletzt und vor allem auch mit jenen, die vor uns und mit uns für unsere gemeinsame Idee gearbeitet haben und die heute nicht mehr unter uns sein können.

(Die Delegierten erheben sich)

Einer guten Tradition unserer Parteitage entsprechend, gedenken wir zu Beginn eines jeden Parteitags der Freunde, die seit dem letzten Bundesparteitag von uns gegangen sind. Ich habe mir erlaubt, Ihnen allen die Ehrenliste unserer Toten vorzulegen.

Aber ich darf eine Mitstreiterin aus diesen Jahrzehnten namentlich hervorheben, die uns am 22. Oktober des vergangenen Jahres für immer verlassen hat: Frau Dr. Elfriede Kaiser-Nebgen, die Frau des früheren Bundesministers und ersten Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Jakob Kaiser, starb im Alter von 93 Jahren in Berlin. Sie war eine der großen Persönlichkeiten der christlich-sozialen Bewegung dieses Jahrhunderts. Sie war eine Partnerin der Männer, die im Widerstand gegen die Hitler-Tyrannei am 20. Juli das Äußerste wagten. Aus dem Erbe des Widerstandes heraus hat sie ihrer Überzeugung gelebt und der Sache der Union leidenschaftlich gedient.

Wir wollen ihr und allen unseren Verstorbenen, liebe Freunde, ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Liebe Freunde, heute, im Jahr 1984, schauen wir auf dreieinhalb Jahrzehnte der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland zurück - ein Staat des Rechts, der freiheitlichen Verfassung, des Friedenswillens, getragen von der Zustimmung seiner Bürger. Daß aus den Besiegten des Zweiten Weltkriegs Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland werden konnten, daß unser Staat im Kreis der freiheitlichen Demokratien einen geachteten Platz innehat, das hat viele Ursachen und Voraussetzungen. Die für mich ethisch wichtigste führt auf den 20. Juli 1944 zurück.

Vor 40 Jahren versuchten die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, durch eine rettende Tat dem Verbrechen Einhalt zu gebieten, die Katastrophe abzuwenden und mit Deutschland auch Europa vor dem Untergang zu retten. Ihr Handeln hat die Tyrannei nicht stürzen, den Krieg nicht abbrechen können, aber umsonst war ihre Tapferkeit nicht. Umsonst war nicht ihr Leiden, und umsonst waren nicht die Leiden ihrer Familien.

Unter uns, liebe Freunde, sind manche von denen, die von der Verschwörung gefährliche Kenntnis hatten, die wußten, wie groß das Ziel war und wie tödlich die Gefahr, und die dennoch ja sagten zu dem Versuch, das Vaterland von der Tyrannei zu befreien. Niemand - schon gar nicht in unseren Tagen - kann Angst, Schmerz, Leid und Einsamkeit ermessen, die diese Entscheidung in sich barg. Uns Heutigen, und zwar in allen Generationen, bleibt die Trauer um die Toten des deutschen Widerstandes. Uns bleibt die Anteilnahme und die herzliche Sympathie für die Familien und die Überlebenden und die Achtung vor der Haltung und der Tat, die bis heute so groß bleibt, wie sie damals einsam war.

Das historische Vermächtnis des deutschen Widerstandes strahlt auf unseren Staat und auf unsere Politik aus. Manche der politischen Leitideen jener Tage waren zeitgebunden. Aber, liebe Freunde, die Herrschaft des Rechts, die Würde des Menschen, die aus Freiheit und Verantwortung kommt, stehen jenseits aller geschichtlichen Bedingtheit. Deutschland, unser Vaterland, hätte es nach dem verlorenen Krieg schwerer gehabt ohne das historische Ereignis des deutschen Widerstands. Das Vermächtnis des Widerstands und die Erinnerung an seinen Opfergang ermöglichten auch die Brücke zwischen den Feinden von gestern und uns.

Der Widerstand in allen seinen Phasen stand unter der Tragik, daß er nur Zeichen setzen konnte, nicht aber die Tyrannei zu stürzen vermochte. Als die Chance dann endlich kam - nach vielen Jahren des Hoffens, Planens und der vergeblichen Versuche -, waren der Krieg schon zu weit fortgeschritten und die Tyrannei auf dem Weg des Verbrechens schon zu weit gegangen, als daß die Katastrophe noch abzuwenden gewesen wäre. Aber, meine Damen und Herren, es war nicht alles vergeblich. Es bleibt von der Tat der Frauen und Männer des deutschen Widerstandes, daß sie den Opfergang für unser Vaterland wagten, für Deutschland, das sonst nichts mehr zu hoffen hatte.

Im Widerstand war jene moralische Größe zu finden, die nach dem Krieg den *Neubeginn möglich machte; denn Politik und Moral lassen sich nicht trennen, ohne* daß das Gemeinwesen zerfällt. Politik und Moral wieder zusammenzuführen um Deutschlands und Europas willen - das war die große Leistung des deutschen Widerstands. Sie wirkt bis heute. Sie wirkt bis in alle Zukunft.

Dabei werden wir nie vergessen, daß das Drama des 20. Juli 1944 nur das sichtbarste, wirksame Teil einer breiten, in vielen Elementen entwickelten Bewegung war. Wir wissen, daß sich der Widerstand gegen die Barbarei aus vielen Gruppen zusammensetzte und aus vielen moralischen Quellen speiste: den Kirchen und der Arbeiterbewegung, der Diplomatie und dem kulturellen Leben, der Politik und dem Militär. Es ist für uns Heutige und vor allem für die Jungen daran zu erinnern, daß die Grenzen zwischen äußerem Mitmachen und innerem Widerstand oft fließend waren. War es etwa Widerstand, wenn die Mütter von Eichstätt ihre Kinder nicht mehr in Schulen schickten, aus denen das Kruzifix entfernt war? War es Widerstand, wenn Verfolgte unter Lebensgefahr versteckt und mit Lebensmitteln versorgt wurden?

Vieles von dem, was das Regime unter schwerste Strafen stellte, war doch nichts weiter als die Äußerung von Menschlichkeit und Vernunft. Doch gehört es angesichts der Tyrannei in das Vorfeld des Widerstandes. Die Verschworenen des 20. Juli sahen, als Attentat und Staatsstreich gescheitert waren, der Verurteilung und dem qualvollen Tod entgegen.

Das Schlimmste aber, das sie ertragen mußten, waren der Gedanke und die Sorge um ihre Familien und die bittere Gewissheit, daß fortan nichts mehr zwischen dem Land, das sie liebten, und der Katastrophe stand. Liebe Freunde, welche seelische Größe gehört dazu, im Angesicht des Todes wie der General Henning von Tresckow im Abschied an den Freund zu schreiben - ich zitiere -:

> Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird.

Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, und mit uns alle Menschen guten Willens, alle Demokraten in unserem Lande erkennen die historische Verpflichtung an, in der wir vor den Männern und Frauen des deutschen Widerstands stehen - gestern, heute und in aller Zukunft, solange es ein freies Deutschland gibt. Ihr Opfergang war nicht umsonst.

Ich richte dieses Wort und von dieser Stelle aus insbesondere auch an die Familien, an die Witwen, Geschwister, an die Töchter und Söhne jener, die im Widerstand ihr Leben gaben. Ich darf es heute auch in Ihrer aller Namen - stellvertretend für alle Angehörigen der Opfer ganz persönlich an Sie, Nina Gräfin Schenk von Stauffenberg, an Sie, Frau Hedwig Wirmer, an Sie, Frau Mechtild Rupf-Bolz, und an Sie, Herr Ulrich Goerdeler, richten, die Sie uns die Ehre geben, Gäste unseres Parteitages zu sein.

(Anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde!

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Darf ich davon ausgehen, daß Ihnen allen die Vorlage mit den Vorschlägen zugegangen ist? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Das ist der Fall. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Wahl des Tagungspräsidiums seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen, soweit ich es erkennen kann. Ich darf dann bitten, daß das Tagungspräsidium die Geschäfte übernimmt; ich wünsche ihm eine gute, eine glückliche Hand. Lothar Späth übernimmt die Leitung des Bundesparteitages.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Tagungspräsidium bedankt sich für das Vertrauen und die guten Wünsche. Wir werden unser Bestes tun, um die Verhandlungen dieses Parteitages ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Das Präsidium und der Bundesvorstand der CDU haben auf ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, Ihnen folgende Änderung der Tagesordnung vorzuschlagen: Der Parteivorsitzende hat - wie vorher angekündigt - vorgesehen, daß er heute nachmittag beim Aufruf des Tagesordnungspunktes 10, Aussprache zu den Berichten, eine Stellungnahme zu dem Amnestie-Gesetzentwurf in Sachen Parteienfinanzierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgeben wird. Danach soll sich eine Aussprache zu diesem Fragenkomplex anschließen.

Das heißt, die Aussprache zu den Berichten wird in zwei Teile geteilt. Im ersten Teil findet eine Diskussion über die Frage des Entwurfs eines Amnestiegesetzes statt

und daran anschließend die allgemeine Aussprache zu den Berichten. Um ausreichend Gelegenheit zur Diskussion zu haben, müssen wir dann natürlich einen Teil der für heute nachmittag vorgesehenen Tagesordnungspunkte von heute nachmittag wegverlegen. Wir schlagen deshalb vor, die Tagesordnungspunkte 13 bis 15, die Änderungen des Bundesstatuts usw., die Neuwahl des Bundesparteigerichts und sonstige Anträge zum Inhalt haben, am morgigen Donnerstag im Anschluß an die Beratungen des und die Beschlußfassung zum Leitantrag des Bundesvorstands zu behandeln. Das bedeutet, daß der angegebene Termin für das Ende der Beratungen morgen noch wahrscheinlicher wird. Ich bitte schon jetzt dringend darum, daß wir uns an den jetzt vorzusehenden Zeitplan halten, weil wir sonst am Freitag unsere Tagesordnung nicht mehr vernünftig abwickeln könnten. Meine Bitte geht also dahin, daß der Parteitag morgen dann auch in den Abend- und Nachstunden beschlußfähig bleibt.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist bei ganz wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich stelle fest, daß damit die Tagesordnung des 32. Bundesparteitages so, wie jetzt geändert, beschlossen worden ist.

Lassen Sie mich noch einige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf der heutigen Plenarsitzung machen. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir für die Einreichung von Initiativanträgen, die, wie Sie wissen, jeweils von 30 Delegierten unterschrieben sein müssen, folgende Fristen festlegen. Erste Frist: heute, 9. Mai, 13.30 Uhr. Diese Frist soll für alle Initiativanträge mit Ausnahme derjenigen gelten, die den Komplex Stuttgarter Leitsätze oder das Thema Europa zum Inhalt haben, d. h. für die Anträge zu Tagesordnungspunkt 13 - Änderungen des Status, der Finanz- und Beitragsordnung und der Beitragsregelung - und zu Tagesordnungspunkt 15 - Sonstige Anträge. Ich wiederhole: Zu diesen Komplexen dürfen Anträge nur bis zum Ablauf der Ausschlußfrist heute, 13.30 Uhr, eingereicht werden.

Zweitens. Bis heute, 18.00 Uhr, dürfen Anträge zum Tagesordnungspunkt 12, d. h. alle Initiativanträge zum Komplex Stuttgarter Leitsätze, eiongereicht werden.

Dritte Frist: morgen, Donnerstag, 10. Mai, 15.00 Uhr. Diese Frist soll gelten für alle Initiativanträge zum Themenkomplex Europa.

Ich darf fragen, ob Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. Ich bitte um das Zeichen mit der Stimmkarte, wer der Festsetzung dieser Fristen zustimmt. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir werden den Beschluß zu den Fristen nunmehr schriftlich an alle Delegierten verteilen lassen.

Lassen Sie mich noch einen gesonderten Hinweis zur Abgabe von Initiativanträgen geben, den Sie bei der Einreichung solcher Anträge unbedingt berücksichtigen müssen. Diese Initiativanträge werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem eingegeben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit Raum für die 30 Unterschriften ausgedruckt. Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, bitten wir, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit anzugeben, damit die Rechtmäßigkeit der Delegiertenunterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt

werden kann. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind die Initiativanträge beim Tagungspräsidium unter Beachtung der genannten Ansschlußfristen abzugeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, nach diesen geschäftsleitenden Bemerkungen lassen Sie mich noch einige Worte der Begrüßung und des Dankes sagen.

Mit ganz besonderer Herzlichkeit begrüße ich in unserer Mitte die Gattin unseres Bundesvorsitzenden, Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, der Blumenstrauß, der Ihnen gerade überreicht wird, soll ein Zeichen unseres Dankens an Sie sein, die Sie mit soviel Charme und soviel Liebenswürdigkeit an der Seite Ihres Mannes für unser Land und für unsere Partei arbeiten. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Dann möchte ich, sicher im Namen des ganzen Parteitages, einer Dankespflicht nachkommen. Für ihre Worte, die sie heute morgen in dem ökumenischen Gottesdienst zu uns gesprochen haben, danke ich mit großer Herzlichkeit den Herren Prälaten Eberhard Mühlbacher, Generalvikar des Bistums Rottenburg/Stuttgart, und Theo Sorg, Ständiger Vertreter des Bischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

(Beifall)

Ganz besonders herzlich danke ich Ihnen dafür, daß Sie unseren 50 Leitsätzen einen 51., gewissermaßen einen Überleitsatz aus dem Thessalonikerbrief, im Gottesdienst angefügt haben, den wir auch in unsere Überlegungen zum Inhalt unserer Politik einbeziehen wollen. - Herzlich möchte ich mich auch bei den Lektoren aus der Mitte der Delegierten bedanken.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch ein herzliches Wort der Begrüßung an die Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Gäste unseres Parteitages sagen.

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Prälat Heinz-Georg Binder als Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Prälat Paul Bocklet als Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe.

(Beifall)

Und ich begrüße sehr herzulich Herrn Werner Nachmann, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zu Beginn unsereres Stuttarter Parteitags ist es mir eine besondere Freude, in Ihrem Namen zahlreiche Gäste aus dem In- und dem Ausland willkommen zu heißen. Sie alle begrüße ich herzlich, und ich bitte Sie gleichzeitig um Nachsicht, wenn ich angesichts Ihrer großen Zahl von einer namentlichen Begrüßeung absehen muß. Den Teilnehmern des Parteitags liegt eine ausführliche Gästeliste vor. Wir freuen uns über den Besuch unserer Gäste, und wir danken Ihnen allen für das Interesse, das Sie unserer Arbeit und der Arbeit unserer Partei entgegenbringen.

(Beifall)

Lassen Sie mich aus der schriftlichen Begrüßung nur heraustreten, um zwei Ausnahmen zu machen. Ich freue mich herzlich über die Anwesenheit von zweien meiner Amtsvorgänger: dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger.

(Anhaltender Beifall)

Und ich begrüße sehr herzlich in unserer Mitte Herrn Prof. Dr. Dr. Gebhard Müller, dem Altministerpräsidenten von Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall)

Ihre Verdienste um unser Land und unseren Staat und unsere Partei verpflichten uns gerade hier in Stuttgart zu tiefer Dankbarkeit.

Unser Willkommensgruß gilt allen Vertretern von Rundfunk, Presse und Fernsehen, die gekommen sind, um von diesem Parteitag zu berichten oder um ihre Anstalten hier zu vertreten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Erlauben Sie mir, liebe Freunde, an dieser Stelle alle diejenigen zu grüßen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Ich begrüße die Herren Botschafter, ihre Vertreter und die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Exzellenzen, wir freuen uns darüber, daß Sie unseren Parteitag in so großer Zahl mit Interesse verfolgen.

(Beifall)

Und nun, meine Damen und Herren, zum Abschluß noch eine kurze Begrüßung. Ich begrüße in unserer Mitte den Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, unseren Freund Manfred Rommel.

(Beifall)

Der Bundesvorsitzende wollte von mir verlangen, daß ich dazusage: der Oberbürgermeister einer reichen Stadt. Aber da anschließend wieder behauptet wird, wir seien ein reiches Land, lasse ich diesen Teil der Begrüßung weg.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber wie es einer guten Tradition entspricht, Herr Bundeskanzler, wird der Oberbürgermeister dieser Stadt zu einem späteren Zeitpunkt noch ein Grußwort an diesen Parteitag richten und dann selber über die Finanzlage dieser Stadt berichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach diesen Worten der Begrüßung darf ich jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 4 aufrufen:

BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND EINGESETZTEN ANTRAGSKOMMISSION

Sie haben in Ihren Tagungsunterlagen eine Aufstellung der vom Bundesvorstand bestellten Antragskommission. Sie wurde auf der gestrigen Vorstandsitzung in zwei Punkten geändert. Die geänderte Fassung liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Die Änderungen beinhalten folgendes: Für Christian Böhr ist jetzt Roland Jung für die Junge Union und für Ove Franz jetzt Rolf Kruse vom Landesverband Hamburg vorgeschlagen worden.

Werden weitere Änderungsvorschläge für die Besetzung der Antragskommission gemacht? - Dies ist nicht der Fall. Dann darf ich bitten, durch Hochalten Ihrer Stimmkarten zu bestätigen, daß Sie mit der geänderten Antragskommission, wie es die jetzt geänderte Vorlage vorsieht, einverstanden sind. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählenden Stimmzählkommission liegt Ihnen vor.

Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um die Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

GRUSSWORTE

Zu einem Grußwort erteile ich jetzt das Wort für die gastgebende Stadt Stuttgart dem Oberbürgermeister, unserem Freund Manfred Rommel.

Manfred Rommel, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stehe hier in mehreren Eigenschaften: als Parteifreund, als Vizepräsident des Deutschen Städtetags, als Mensch und als Oberbürgermeister dieser Stadt. Als letzterer habe ich das Wort bekommen.

Ich darf Sie in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle herzlich begrüßen. Diese Halle ist kein Ausweis kommunalen Wohlstands, sondern ein Ausweis des kommunalen Mutes, sich zu verschulden, nachdem Bund und Länder diesen Mut zu einer Zeit hatten, als wir noch zaghaft gewesen sind.

Ein wichtiges Motiv zur Errichtung dieser Halle war auch der Wunsch, wieder einmal nach so langer Zeit einen Bundesparteitag der CDU nach Stuttgart zu bekommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Damit keine falschen Vorstellungen über die Finanzkraft der Stadt Stuttgart entstehen - wie Sie wissen, betrachtet es der Schwabe als beleidigend, wenn man seine Vermögensverhältnisse überschätzt -, möchte ich sagen, daß die Stadt Stuttgart selbstverständlich auch sparen muß. Wir haben eine Nettokreditaufnahme von 200 Millionen DM, und seit vielen Jahren haben wir kein neues Hochbauprojekt mehr begonnen. Dennoch werde ich im Moment nicht jammern.

In der Beschreibung des Stadtdirektionsberichts des Bezirks Stuttgart von 1856 heißt es, daß hier - unter der Rubrik "merkwürdige Eingeborene" - Georg Wilhelm Friedrich Hegel geboren ist im Jahr 177O. Er ist dann später im Jahr 1831 in Preußen verstorben.

Hegel war ein großer Meister von Formulierungen, die vieles Gegensätzliche miteinander verbunden haben. Er hätte sich deshalb bei uns auch bestens zum Vorsitzenden der Antragskommission geeignet. Er hat aber auch andere Dinge gesagt, die beherzigenswert sind. Zum Beispiel hat er ausgeführt, daß jeder Teil seinen Charakter verändert, wenn man ihn isoliert und nicht mehr als das erscheinen läßt, was er tatsächlich ist. Es könne keine Wahrheit geben außer der ganzen Wahrheit.

Wir sollten auch die Steuerreform nicht isoliert behandeln, so als ob sie sich von den übrigen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden trennen ließe. Gewiß gibt es heimliche Steuererhöhungen. Es gibt aber auch heimliche - fast könnte man sagen: unheimliche - Ausgabenerhöhungen durch gesetzlich eingeräumte Ansprüche und durch eingeführte Dynamisierungen. Diese Ausgabeerhöhungen lassen sich nicht überall zurücknehmen. Wir müssen auch auf das achten, was wir in Bund, Ländern und Gemeinden streichen müßten, wenn die Steuerreform kommt. Auch in den Gemeinden, meine lieben Freunde; denn in den Kommunen entscheidet sich wesentlich, wie sich die politische Großwetterlage entwickelt. Die SPD hat das seit einigen Jahren gelernt und begriffen.

Vorhin ist die Bibel erwähnt worden. Ich möchte auch ein Wort, und zwar aus den Apokryphen, erwähnen. Es heißt: "Viele kommen zu Unfall um des Geldes willen und verderben darüber vor ihren Augen." Deshalb, meine Freunde, ist eine maßvolle Steuerreform, deren Auswirkungen klar zu übersehen sind, besser als eine großangelegte, in ihren Auswirkungen nicht abschätzbare, die die Hoffnungen der Bürger enttäuschen könnte, die Union brächte die Finanzen in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall)

Es kommt nicht auf eine möglichst rasche und hohe Entlastung an, sondern auf eine sozial möglichst gerechte, möglichst solide finanzierte und in ihren Auswirkungen auf die Haushalte möglichst berechenbare Steuerreform.

(Beifall)

Ich gehöre, wie einige unter Ihnen, seit mehr als 3O Jahren der Union an. Die Stärke unserer Partei bestand immer darin, daß wir mit Blick auf die Zukunft fähig waren ,zu

einer Politik aus einem Guß, zu einer Politik, die in sich schlüssig, sozial engagiert und dennoch ökonomisch vernünftig war, zu finden. Möge sich diese Kraft auch auf diesem Parteitag erneut bewähren.

Ich wünsche dem 32. Bundesparteitag viel Erfolg.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Anstelle eines Grußworts heiße auch ich Sie als Kreisvorsitzender sehr herzlich willkommen. Natürlich würde ich mich noch mehr freuen, wenn ich Sie auch schon als Präsident des neuen Deutschen Meisters begrüßen könnte. Aber das braucht noch einige Wochen.

Vielen Dank, lieber Manfred Rommel, für die Nachdenklichkeit. Ein Stück Humor, ein Stück Philosophie - das ist schwäbische Lebensart. Mit dieser Grundhaltung kann man ja auch 7O Prozent der Stimmen bei einer Oberbürgermeisterwahl in dieser Stadt gewinnen, wie Du es gerade vor Jahresfrist gezeigt hast. Herzlichen Dank für Deine Worte.

(Beifall)

Ich darf nun zu einem weiteren Grußwort dem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth das Wort erteilen.

Lothar Späth: Lieber Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir freuen uns, daß wieder ein Bundesparteitag in Baden-Württemberg stattfindet, und zwar seit 1956 zum erstenmal wieder in der Landeshauptstadt Stuttgart. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich heiße besonders herzlich den Bundesvorsitzenden willkommen, der zum letztenmal in dieser Halle war, als er mit uns Baden-Württembergern zusammen die heiße Phase des Landtagswahlkampfs 1984 mit mehr als 1O OOO Besuchern hier eröffnet hat. Ich möchte ihm und Ihnen allen dafür danken, daß er und Sie mit aller Kraft der Union Deutschlands dazu beigetragen haben, daß wir unsere Wahl so abschließen konnten, wie wir uns das vorgestellt haben: Wir können die Geschicke Baden-Württembergs weiterhin mit der absoluten Mehrheit zum Wohle der Bürger lenken.

(Beifall)

Damit bin in bei der wesentlichen Wesensart der Bürger dieses Landes, nämlich bei der Vernunft, die sie nicht nur bei dieser Wahl bewiesen haben, sondern die auch sonst eine wesentliche Eigenschaft in diesem Lande ist. Als ich mir überlegt habe, was ich hier zu Baden-Württemberg sagen soll, ist mir eingefallen, einen Vergleich zu ziehen zwischen den beiden kleinen Gastgeschenken, die wir Ihnen auf dem letzten Parteitag in Mannheim überreichen ließen und auf diesem Parteitag in Stuttgart überreichen werden. Das letztere hat wegen seiner Herkunft schon Unruhe unter den Delegierten erzeugt, weil es ein Taschenrechner aus Japan ist - natürlich aus Japan.

Auf dem Parteitag 1981 in Mannheim haben wir Ihnen einen kleinen Geldbeutel mit einem Pfennig darin - zum Nachweis dafür, wie sparsam wir sind - geschenkt. Die Sparsamkeit wird uns ja nachgesagt. Natürlich ist es übertrieben, wenn beispielsweise behauptet wird, die Schotten seien wegen Verschwendungssucht ausgewie-

sene Landsleute von uns. Es ist auch falsch, wenn behauptet wird, der Kupferdraht sei in diesem Lande erfunden worden, weil wir den Kupferpfennig so lange hin und her gedreht hätten, bis daraus Kupfer geworden sei. Beides stimmt natürlich nicht.

Aber wir haben damals, 1981, über Sparen nicht nur geredet, sondern wir haben in Baden-Württemberg eine Steigerung des Haushaltsvolumens um 1,7 Prozent durchgehalten, zu einer Zeit, als die damalige Bundesregierung - das ist eben auch ein Teil der Erblast - ihren Haushalt noch um 8,4 Prozent gesteigert hat.
Diese Sparsamkeit hat dazu geführt, daß wir heute sagen können: Wir haben 1984 einen Haushalt von 55 Milliarden DM, eine Nettokreditaufnahme von 1,3 Milliarden DM bei einem zu zahlenden Betrag im Rahmen des Länderfinanzausgleichs von 1,6 Milliarden DM. Das heißt, wir haben versucht, unseren Bürgern Opfer zuzumuten, um diese glaubwürdige Politik der Sparsamkeit durchzusetzen. Das Ergebnis der letzten Wahl sollte für uns deshalb eine Ermutigung sein, weil sowohl die Sparmaßnahmen der neuen Bundesregierung wie auch die besonderen Sparmaßnahmen, die wir unseren Bürgern zugemutet haben, von den Bürgern im Wahlergebnis letztlich positiv quittiert worden sind, nicht von allen, aber von den vernünftigen, und das ist nachweislich die Mehrheit. Das sollte uns dazu ermuntern, diese Politik fortzusetzen.

(Beifall)

Ich darf daran erinnern - und damit komme ich zu dem Geschenk dieses Jahres - , daß im Jahre 1956, als hier der letzte Parteitag stattgefunden hat, das Sozialprodukt je Einwohner der Bundesrepublik Deutschland nicht wie heute 27 OOO DM, sondern nur 4OOO DM betrug. Dafür lag die reale Steigerungsrate des Sozialprodukts bei 7,3 Prozent. Das sind die gleichen Steigerungszahlen, die wir gegenwärtig in den asiatischen Schwellenländern verzeichnen.

Damit bin ich bei meinem eigentlichen Thema. Ich habe in den letzten 14 Tagen einige der Delegierten auf der Leistungsschau in Tokio und beim Besuch von Ländern getroffen, die ein ungeheures Tempo des Wirtschaftswachstums vorzuweisen haben. Wir sollten deren Herausforderung annehmen. Da die Handels- und Zahlungsbilanz Baden-Württembergs mit Japan in den letzten Jahren so gut wie ausgeglichen war, haben wir uns bei der Entscheidung darüber, ob wir Ihnen einen Mercedes oder einen Taschenrechner schenken, für den Taschenrechner entschieden, weil die Taschenrechner für alle Delegierten genauso viel kosten wie das billigste Modell eines Mercedes einschließlich Umwelteinrichtungen, wie Katalysatoren. Wenn wir Autos nach Japan liefern, müssen wir diese einbauen, und wenn wir uns durchsetzen, müssen sie bald auch in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden, weil Umweltschutz ebenfalls zu unserer Politik gehört.

(Beifall)

Wir meinen, wir sollten die Herausforderung annehmen, und wir sollten auf diesem Parteitag eine Frage beantworten, die uns in jenen Ländern immer wieder gestellt wurde. Man spricht dort viel von der "deutschen Krankheit". Wir konnten, glaube ich, bei der deutschen Leistungsschau beweisen, daß von dieser Krankheit nicht prinzipiell die Rede sein kann. Aber man hat uns dort immer wieder gesagt: "Wir erkennen eine Wirtschaftsstrategie der Amerikaner, wir erkennen eine Wirtschaftsstrategie der Japaner", und man hat uns gefragt: "Könnt ihr uns eigentlich sagen, was die deutsche Wirtschaftsstrategie der 9Oer Jahre und weit darüber hinaus ist?"

Ich glaube, die Frage, die wir auf diesem Parteitag beantworten müssen, ist die nach

der langfristigen Strategie unserer Politik. Gerade in einer Zeit, in der wir in vielen Fragen, Fragen der Steuerpolitik, der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Subventionspolitik, der Technologie- und Forschungspolitik, aufpassen müssen, daß wir uns als die führende politische Kraft, nämlich als die größte Partei unter den Koalitionspartnern, nicht zu sehr auf Tagesereignisse konzentrieren und in diese hineinverstricken, müssen wir unseren Bürgern - und darin äußert sich unser Vertrauen - langfristig aufzeigen, mit welchen Zielsetzungen wir auf dem Weltmarkt ein modernes Industrieland mit humaner Konzeption sein können und wo wir unsere Ziele sehen. Deshalb sollten wir uns auf diesem Parteitag nicht darauf einlassen, uns nur auf kurzfristige Themen zu konzentrieren, sondern wir sollten uns an Hand der Stuttgarter Leitsätze die Zeit nehmen, über die fundamentalen Fragen unserer Philosophie für die Zukunft unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, zu diskutieren.

(Beifall)

Ich wünsche mir - und die Atmosphäre Stuttgarts möge dazu beitragen -, daß die Bundesrepublik Deutschland ein modernes Industrieland wird und die Union ihre Chance wahrnimmt, nach einem Jahrzehnt, nach dem man tatsächlich einen Taschenrechner braucht, um die Kosten der Erblast zusammenzuzählen und die Aufgabe zu lösen, die Schulden der anderen zu bezahlen, die Steuern nicht zu erhöhen, den Haushalt zu konsolidieren und die notwendigen Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.

Dies ist eine schwierige Aufgabe. Wir müssen uns dieser Aufgabe selbsbewußt stellen und müssen als Partei noch mehr als unsere Regierungen in Bund und Ländern über die langfristigen Strategien unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik nachdenken. Ich wünsche mir, daß das Nachdenken in Stuttgart über die Stuttgarter Leitsätze zu einem großen Erfolg und vor allem dazu führt, daß die Bürger erkennen: Sie können sich auf unsere Politik verlassen.

Vielen Dank und viel Erfolg!

(Beifall)

Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lothar Späth! Vielen Dank auch für den Taschenrechner, wiewohl ich als Kultusminister sagen muß: Bei uns wird der Taschenrechner erst ab Klasse 9 benutzt, weil die Kinder zuerst die Grundrechenarten beherrschen lernen sollen.

(Beifall)

Wir brauchten uns dabei noch nicht einmal auf unsere Richtlinienkompetenz zu berufen, um das zu ändern.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Rede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr

Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! "Deutschland als moderne und humane Industrienation": Das ist das Thema und das ist die Zielsetzung unserer Politik, die wir auf diesem 32. Bundesparteitag in Stuttgart erarbeiten wollen. Wir können uns für diese Politik in der Bundesrepublik heute auf eine breite Mehrheit stützen. Bei dem letzten Test, an dem es nichts zu deuteln und zu definieren gab, bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, und dem Erfolg unserer Freunde um Lothar Späth hier in Stuttgart und in Baden-Württemberg ist ja auch die Zustimmung zu der großen Linie unserer Politik deutlich geworden.

Unsere Mitbürger sind bereit, gemeinsam mit uns den Weg der Erneuerung und Zukunftsgestaltung zu gehen, auch wenn dieser Weg Anstrengungen und Opfer kostet. Sie wissen, daß wir nur mit einem Ausgleich zwischen Anspruch und Leistung die Zukunft unseres Landes sichern können.

Meine Freunde, es geht wieder aufwärts mit der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

In wachsendem Maße eröffnen sich uns neue politische Gestaltungschancen. Natürlich führt das auch in der Partei zu Diskussionen darüber, wie wir diese Chancen zum allgemeinen Vorteil am besten nutzen. In einer so großen Volkspartei ist es ganz und gar selbstverständlich, daß Gewerkschaftler und Unternehmer, Beamte und Landwirte, Rentner und junge Leute um den richtigen Weg ringen - kontrovers und auch mit Leidenschaft. Ich finde das gar nicht lästig, überhaupt nicht schädlich. Ich erkenne hier vielmehr ein Zeichen von innerer Kraft, von innerer Stärke und letztlich von gemeinsamem Gestaltungswillen.

Allerdings - und das füge ich hinzu - müssen wir diese Diskussion immer in dem Bewußtsein führen, daß wir, die CDU Deutschlands, die entscheidende Kraft der Koalition der Mitte sind. Zum Auftrag einer Partei und einer Koalition gehört die Entscheidungsfindung nach einer offenen Diskussion, gehört das gemeinsam gefundene Ergebnis, das dann konsequent vertreten werden muß. Unsere Mitbürger, unsere Wähler haben uns dafür am 6. März 1983 die Mehrheit gegeben - für offene Diskussion, für Entscheidung und für Durchsetzung der Entscheidungen, die wir getroffen haben.

(Beifall)

Genau das ist es ja, was so viele Anhänger, auch Anhänger aus der Tradition der jeweiligen Familien, an der SPD heute so irritiert: das diffuse Auseinanderdriften verschiedener, kaum mehr verbindbarer Grundsatzpositionen, der Verlust klarer Konturen. Vor allem die Arbeitnehmer wenden sich seit langem von der SPD zunehmend ab. Hier in Baden-Württemberg, dem am meisten industrialisierten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, haben die Sozialdemokraten vor wenigen Wochen gerade wieder 32 % der Stimmen erhalten. Die Wähler haben längst erkannt, daß die SPD in einer tiefen Identitätskrise steckt.

Für uns, liebe Freunde, heißt das, daß unsere Verantwortung für das Ganze dadurch größer geworden ist, daß wir die Pflicht haben, mehr Verantwortung auf Zeit zu übernehmen.

Ich bin in der glücklichen Situation, Ihnen sagen zu können, daß bei all dem, was es

gelegentlich an Diskussion gibt, die Zusammenarbeit zwischen der von mir geführten Bundesregierung, den Koalitionsfraktionen der FDP, CSU und CDU und den Koalitionsparteien ausgezeichnet funktioniert. Ich will mich hier ausdrücklich vor Ihnen und der deutschen Öffentlichkeit für den immer wieder erfahrenen Teamgeist und das menschlich hervorragende Klima am Kabinettstisch bedanken. Für mich ist es sehr wichtig, daß der Umgang mit wichtigen Sachfragen in einer Atmosphäre der menschlichen Offenheit und des Miteinander möglich ist. In diesem Zusammenhang ist es nicht eine Pflicht, sondern für mich eine ausgesprochene Freude und ein sehr persönlicher Wunsch, daß ich allen unseren Kollegen in der Bundestagsfraktion für ihre Mitarbeit, für ihr Mittun, manchmal auch für ihr Mitleiden und Mitertragen, hier einmal ganz demonstrativ den Dank der Partei ausspreche.

(Beifall)

Ich sage dies sozusagen personalisiert gegenüber meinem Freund Alfred Dregger, dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion. Als einer, der von 1976 bis 1982 die Fraktion selbst geführt hat - damals als Oppositionsführer -, weiß ich, was dies für eine schwierige, differenzierte, häufig auch undankbare Aufgabe ist. Lieber Alfred Dregger, ein herzliches Wort des Dankes dafür.

(Beifall)

Ich schließe in diesen Dank neben allen anderen Kollegen aus der Führung der Fraktion vor allem Ihren ersten Stellvertreter, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, ein.

(Beifall)

In der ihm eigenen urbanen schwäbisch-bayerisch abgemilderten Form hat er in einer großartigen Weise ein ganz besonders schwieriges Amt in diesen eineinhalb Jahren wahrgenommen.

(Beifall)

Die Schwierigkeiten brauche ich nicht zu interpretieren. Sie alle verstehen sie.

(Beifall)

Deswegen, lieber Theo Waigel, bedanke ich mich ganz herzlich für die Art und Weise, wie Sie der Sache gedient haben, auch mir persönlich geholfen haben.

Ich will diesen Dank auch den Kollegen im Bundesrat aussprechen. Meine Damen und Herren, da ich lange Jahre ein Sprecher der Union im Bundesrat war - als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz -, weiß ich natürlich um die Bedeutung des Bundesrats. Aber ich weiß auch, welche Veränderung im Rollenverständnis da vonstatten gegangen ist. Der Bundesrat, in den Jahren 1969 bis 1973 mit unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen, aber überwiegend mit der Mehrheit der unionsgeführten Länder, war damals in einer ganz anderen Position, auch in der öffentlichen Aufmerksamkeit, als der Bundesrat von heute mit einer absoluten Mehrheit der Union, der einer CDU/CSU-geführten Regierung gegenübersteht. Ich bedanke mich bei jedem einzelnen der Kollegen Ministerpräsidenten aus den Ländern, die in einer ebenso freundschaftlichen wie menschlich mich immer wieder bewegenden Art geholfen haben.

Meine Damen und Herren, man begegnet in Bonn oft der Meinung: Die müssen das einfach tun. Aber bundesstaatliches Verhalten ist nie eine Einbahnstraße. Bundesstaatliches Verhalten heißt, daß jeder an das Ganze, aber das Ganze auch an den Teil denken muß, daß Solidarität auch mit der einzelnen Region gelebt werden muß. Auch das gehört in dieses Bild.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Mitarbeitern in der Partei, bei den hauptamtlichen Mitarbeitern, bei den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern, allen voran unserem Generalsekretär, Heiner Geißler, und allen Mitarbeitern im Adenauer-Haus, die ihre Pflicht in einer vorzüglichen Weise getan haben.

(Beifall)

Wir alle - das gilt insbesondere für die Schwesterparteien CDU und CSU - sind fest entschlossen, die unionsgeführte Bundesregierung zu einem Erfolg für die Bundesrepublik zu machen. Uns verbinden gemeinsame Grundsätze, gemeinsame Geschichte, gemeinsame großartige Tage und bittere Zeiten auf einer langen gemeinsamen Wegstrecke. Dies verbindet gerade auch mich mit Franz Josef Strauß, dessen reiche Erfahrung und wertvolle Beiträge zur gemeinsamen Unionspolitik für uns und für mich sehr wichtig sind.

Ich will hier deutlich auch die Kollegen von der FDP nennen, die sich unter der Führung von Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick gerade in diesen kritischen Zeiten als verläßliche und faire Partner erwiesen haben. Sie sehen so klar wie wir in der Union, daß wir nur im Miteinander und gemeinsam erfolgreich sein werden. Alles andere, liebe Freunde, würden die Wähler und unsere Mitglieder nicht verstehen.

(Beifall)

Die Bilanz dieses ersten Jahres dieser Legislaturperiode kann sich sehen lassen. Nach einer schwierigen Zeit der Stagnation und Rezession befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder eindeutig auf Wachstumskurs. Wir haben nicht nur vom Aufschwung geredet, der Aufschwung ist da.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Blick zurück zeigt, daß dies nicht von allein gekommen ist. Wir haben dafür hart gearbeitet. In ein paar Sätzen will ich doch daran erinnern, wie es war, damals, im Oktober 1982.

Innerhalb von zwei Jahren war die Zahl der Arbeitnehmer ohne Beschäftigung um über eine Million gestiegen. Die Zahl der Arbeitsplätze hatte um 800 000 abgenommen. Statt Wirtschaftswachstum gab es bereits im zweiten Jahr eine Schrumpfung des erarbeiteten Sozialprodukts. Die Preisstabilität war verlorengegangen. Und am bedrückendsten war: Es gab kaum eine Aussicht auf eine Umkehr dieser verhängnisvollen Entwicklung. Das war in der Tat die Erblast, die wir übernommen haben. Liebe Freunde, wir sollten das ein Jahr danach nicht vergessen. Wir sollten es auch vor allem deswegen nicht vergessen, weil die Unverfrorenheit, mit der führende deutsche Sozialdemokraten über diese Zeit sprechen, nur noch von Frechheit zu überbieten ist.

(Beifall)

Wir wollen uns nicht lange bei dem Thema "Gestern" aufhalten. Aber es mutet einem schon seltsam an, wenn man in Wochenzeitungen etwa die Ratschläge kluger Leute liest, die ich gern in vielen Punkten beherzige, zu denen ich nur die einzige Frage habe, liebe Freunde: Warum hat der Mann das alles nicht getan, als er auf dem Stuhl saß, auf dem jetzt ich sitze?

(Beifall)

Heute hat sich das Bild gewandelt. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat eine unübersehbare Trendwende herbeigeführt. Aus Schrumpfung ist wieder reales Wirtschaftswachstum geworden. Die Investitionen haben deutlich zugenommen. Alle Prognosen signalisieren die Fortsetzung des Aufschwungs. Die Pleitewelle ist gebrochen. Die Zahl der Unternehmensgründungen wächst. Nach Jahren schleichender Geldentwertung durch hohe Inflationsraten haben wir wieder stabile Preise.

Liebe Freunde, dieser Stabilitätsgewinn hat den Bürgern im Jahre 1983 eine Kaufkraft in Höhe von 20 Milliarden DM gesichert. Das ist ganz konkrete Sozialpolitik. Diese Summe hat mehr zur Ankurbelung der Wirtschaft beigetragen als jedes denkbare sozialistische Sonderausgabenprogramm.

(Beifall)

Politik für stabile Preise ist immer das sicherste Fundament erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang der Beschäftigung sind zum Stillstand gekommen. Wir sind noch lange nicht über den Berg - um es deutlich zu sagen -, aber diese Entwicklung ist ermutigend, vor allem wenn man auch bedenkt, daß nach allen Erfahrungen bei jedem Konjunkturaufschwung der Arbeitsmarkt erst mit Verzögerung auf die verbesserte Wirtschaftslage reagiert hat. Die Kapazitäten unserer Industrie sind wieder spürbar besser ausgelastet. Eine halbe Million ehemaliger Kurzarbeiter bezieht inzwischen wieder vollen Lohn. Es werden mehr Stellen angeboten. Mit einem Wort: Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung geraten.

Besonders erfreulich, liebe Freunde, ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit um rund 14 %. Unser Engagement für mehr Lehrstellen war ein voller Erfolg.

(Beifall)

Um das törichte Gerede von der Lehrstellenlüge ist es still geworden.Wenn all jene, die damals junge Leute aufgehetzt haben, sich selbst um Lehrstellen bemüht hätten, wäre die Zahl der Lehrstellen noch viel größer geworden.

(Beifall)

Die Zunahme des Angebots um 50 000 auf die Rekordhöhe von über 700 000 Ausbildungsplätze hat alle Erwartungen übertroffen. Das ist ein großartiges Beispiel patriotischer Gesinnung. Ohne den Knüppel des Staates, ohne Gesetze, ohne Verordnungen, ohne Druck, aus der Überzeugungskraft der Idee der Solidarität der Generationen haben Zigtausende Handwerker, Unternehmer, Betriebsräte, Einzelhändler, Leute aus den freien Berufen - um nur ganz wenige zu nennen - ihren Beitrag geleistet. Wir sollten dafür dankbar sein und sie bitten, in den kritischen Jahren 1984 und 1985 noch einmal zu einer solchen Tat bereit zu sein.

(Beifall)

Insgesamt zwei Millionen junge Leute erhalten gegenwärtig eine qualifizierte Ausbildung in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland. Unter ihnen sind die Meister von morgen. Auf diese Leistung unseres dualen Systems der Berufsausbildung können wir stolz sein. Das gibt es nirgendwo auf der Welt, auch nicht in Japan, auch nicht in den USA.

Bevor wir die Regierungsverantwortung übernahmen, hatten viele - vor allem ältere Mitbürger - Angst um die soziale Sicherheit. Heute erinnert sich kaum mehr einer an diese Zeit. Unsere sozialen Sicherungssysteme - Renten, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Sozialleistungen - sind wieder tragfähig und zuverlässig. Wir leben nicht mehr über unsere Verhältnisse, und wir werden nicht zulassen, daß derart liederliche Verhältnisse wieder einkehren.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Kehraus war sehr schwierig. Wir mußten unseren Mitbürgern und uns selbst Opfer zumuten. Wir haben dies getan; wir haben vor einer Wahl darüber gesprochen. Viele, die gerade in diesen Tagen aus ganz anderen Gründen die demokratische Gesinnung bemühen, sollten einmal die Frage beantworten, wer je vor uns vor einer Bundestagswahl ohne Wenn und Aber mit dem Bürger über die notwendigen Opfer gesprochen hat und nach meiner festen Überzeugung deswegen die Wahl gewonnen hat.

(Beifall)

Unsere Bürger waren zu diesen Opfern bereit. Mehr als 30 Milliarden DM mußten eingespart werden. Mehr als 30 Millionen Menschen sind von der Kürzung der Sozialleistungen betroffen. Das ist uns nicht leichtgefallen. Es war aber im wohlverstandenen Interesse des Ganzen notwendig. Wir haben dies tun müssen, um die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates sicherzustellen. Die Anhänger der reinen Lehre sagen uns: Ihr hättet noch ganz anders zuschlagen müssen oder - um dieses schreckliche Wort zu gebrauchen - noch viel tiefer in das Fleisch schneiden müssen. Ich habe kürzlich auf einer Tagung von Unternehmern gesagt: Wer etwa darüber spricht, was man bei den Beamten noch alles hätte tun können, sollte an einem Montag früh einfach einmal daheim bleiben und warten, bis sein Briefträger kommt. Er sollte mit diesem Beamten der Besoldungsgruppe A 4 einmal darüber sprechen, wie dessen persönliche Opfer aussehen.

(Beifall)

Wir haben die Solidarität des Ganzen herausgefordert, wir haben sie erhalten, aber wir wissen: Das war nicht einfach. Der Abschied von leichtfertigen Zusagen früherer Jahre war unumgänglich, wenn das soziale System als Ganzes gerettet werden sollte. Als wir anfingen, liebe Freunde, waren die Staatsfinanzen zerrüttet. Wir haben sie noch nicht ganz in Ordnung gebracht, aber wir sind, wie jeder weiß, auf einem guten Weg. Mit dem Geld des Bürgers wird wieder solide gewirtschaftet. Daß wir auf einem guten Weg sind, können Sie psychologisch am leichtesten daran erkennen, daß schon wieder sehr viele den Kopf plötzlich hochhalten und sagen: Wir sind ja eigentlich aus dem Dreck schon heraus. Jetzt können wir uns wieder dieses oder jenes leisten und wieder mehr ausgeben. - Wir sind noch nicht am Ende des Weges der Konsolidierung angelangt.

(Beifall)

Liebe Freunde, damit dies ganz klar ist: Eine Regierung, die meinen Namen trägt, wird nicht von unserem Kurs abweichen. Wir bleiben bei der vom Wähler als richtig approbierten Linie unserer Politik.

(Beifall)

Diejenigen, die mit dem Wort vom Kaputtsparen durch das Land zogen, sehen heute, daß diese konsequente Politik der Gesundung der Staatsfinanzen den wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt erst ermöglicht hat, daß dadurch Verbraucher, Unternehmer - alle - wieder Vertrauen gewonnen haben. Wir haben vor allem mit einem Schluß gemacht - wir sollten das draußen viel deutlicher sagen -, nämlich damit, unsere heutigen Probleme zu Lasten der Generationen unserer Kinder und Enkel zu lösen. Dies war eine zutiefst unmoralische Politik.

Diese Bilanz, die ich Ihnen hier in wenigen Züge vorlege, ist heute im In- und Ausland ganz und gar unbestritten. Dennoch sage ich an unsere eigene Adresse ganz nachdenklich: Liebe Freunde, trotz dieser guten Ergebnisse und der Tatsache, daß wir auf einem guten Weg sind, sind wir noch nicht über den Berg. Fehlentwicklungen vieler Jahre - etwa auf dem Arbeitsmarkt - lassen sich nicht über Nacht korrigieren. Die unübersehbare Wirtschaftswanderung vom Norden in den Süden unseres Vaterlandes mit einer zunehmenden Strukturschwäche etwa an Rhein und Ruhr, in den Küstenländern, in den Hansestädten ist nicht über Nacht gekommen und kann nicht über Nacht abgebaut werden. Sie muß aber abgebaut werden, wenn wir gemeinsam bundesstaatliche Gesinnung üben wollen.

(Beifall)

Dies scheint mir besonders wichtig: Wir sehen die Statistiken, wir sehen die Zahlenwerke. Wir sind die Christlich Demokratische Union. Wenn wir von den Arbeitslosen in Bremen, Dortmund, Duisburg oder Neunkirchen lesen und hören, so ist das für uns nicht eine anonyme Anzahl von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Jeder von ihnen hat sein menschliches Gesicht, seine sehr persönliche Erfahrung, seine Familie und sein Schicksal. Deswegen müssen wir alles tun, um diese Heimsuchung Nummer 1 unseres Landes, die Arbeitslosigkeit, zu stoppen und abzubauen, damit möglichst viele die Chance bekommen, ein sinnerfülltes Leben zu führen.

Eine nachhaltige Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verlangt Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß. Das gilt auch für die Tarifpartner. Ich brauche zu dem in diesen Tagen vieldiskutierten Thema hier nichts hinzuzufügen. Ich habe so oft dazu gesprochen, daß jeder meine Meinung kennt. Ich will nur dies sagen: Wir müssen die Weichen so stellen, daß der konjunkturelle Aufschwung in einen langanhaltenden Wachstumsprozeß übergehen kann. Die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit als Exportnation ist die elementare Voraussetzung für alles. Ein Land, das rund ein Drittel seiner Güter in den Export gibt, kann nur existieren, wenn es preiswerte und qualitativ hochwertige Produkte anbietet. Alles andere führt in die Irre.

(Beifall)

Nur mit neuen Ideen, mit neuen Produkten, mit neuen Erfahrungen auf den Märkten und mit ganz neuen Erfindungen können wir unsere Zukunft finanzieren.

Darüber werden wir morgen sicher streitig diskutieren. Und das, was morgen zu diskutieren ist, ist eine Zwischenstation. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes bleibt nicht stehen; die Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft bleibt. Vieles von dem, was ich als Schüler und Student von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, *um die Großen der Sozialen Marktwirtschaft zu nennen, gelernt und* erfahren habe, ist heute prinzipiell noch genauso richtig, aber die Antwort muß in dem oder jenem Punkte anders gegeben werden als noch in jenen Tagen.

Ich fasse die Politik dieses Teils kurz zusammen: Wir wollen mehr Raum für Eigeninitiative, mehr Raum für persönliche Verantwortung. Auf Grundlagen und Rahmenbedingungen staatlichen Handelns müssen sich die Bürger und vor allem jene, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, dauerhaft verlassen können. Politik muß wieder ein verläßlicher Partner werden. Wir müssen damit aufhören, daß die Novellierung von Gesetzen in dem Moment beginnt, in dem die alten Gesetze gerade in der Druckerschwärze trocken geworden sind. Dies ist kein Zustand, der beim Bürger Vertrauen schafft.

(Beifall)

Wir wollen einen Staat, der handlungsfähig ist. Deswegen brauchen wir den demokratischen Rechtsstaat, der Autorität hat und in Anspruch nimmt. Deswegen müssen *wir an einer Politik der Gesundung der Staatsfinanzen festhalten. Wir wollen soziale* Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Dies ist die Voraussetzung für den inneren Frieden unseres Landes. Wir wollen und müssen den notwendigen Strukturwandel anregen.- Ich habe hier an die Landschaft an der Ruhr erinnert, und ich kann hier noch an viele andere Gegenden unseres Landes erinnern.- Dazu gehören aber freier Wettbewerb und - ganz wichtig für uns - freier Welthandel und Kampf dem Protektionismus auf allen Märkten der Welt. Mit den Stuttgarter Leitsätzen zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft geben wir unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit für eine moderne und humane Industrienation.

Liebe Freunde, die von mir geführte Regierung hat im vergangenen Jahr eine schwierige außen- und sicherheitspolitische Debatte bestehen müssen. Es ging darum, ein gegebenes Wort der Vernunft einzulösen, das mein Vorgänger für die Bundesrepublik Deutschland - auch mit unserer Unterstützung - im Atlantischen Bündnis gemeinsam mit allen anderen Mitgliedern verabredet hatte.

Wir haben uns die Entscheidung über die Stationierung nicht leicht gemacht. In engsten Konsultationen mit unseren amerikanischen Freunden und mit unseren europäischen Partnern haben wir alles, was für uns möglich war, alle unsere Kraft eingesetzt, um in Genf zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Dieses Ziel hatte für uns Vorrang. Wir wollen nicht noch mehr Nuklearwaffen in Europa: weder sowjetische noch amerikanische. Wir wollen Frieden schafffen mit immer weniger Waffen. Das bleibt das Ziel unserer Politik!

(Beifall)

Der NATO-Doppelbeschluß wird jetzt aber durchgeführt. Solange Moskau nicht bereit ist, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und ein Verhandlungsergebnis auszuhandeln, bleibt diese Politik.

Meine Damen und Herren, wenn die sowjetische Führung ständig von gleicher Sicherheit spricht, dann muß sie wissen, daß nicht sie, die sowjetische Führung,

darüber bestimmen kann, was unseren, den deutschen, Sicherheitsinteressen entspricht. Es darf und wird auch in Zukunft für uns in Europa keine Zone minderer Sicherheit geben.

Unsere Freiheit, unsere Sicherheit ist bedroht, unsere internationale Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, wenn wir uns von militärischen und politischen Drohungen unseres mächtigen Nachbarn im Osten erpressen lassen. Liebe Freunde, wem könnten wir denn noch in Europa und weltweit ein glaubwürdiger Partner sein, wenn wir nicht einmal unsere eigenen Interessen durchsetzen, weil wir dem Druck der Straße oder Drohungen unserer Gegner nachzugeben bereit sind?

Wir werden unsere Verteidigungsanstrengungen aufrechterhalten, ja verstärken, solange Moskau nicht bereit ist, seine Aufrüstung einzustellen und konkrete Schritte zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu vereinbaren. Darin sind wir mit allen unseren Partnern einig.

Das Bündnis ist aus dieser Debatte gestärkt hervorgegangen, weil es gerade zwischen uns, den amerikanischen und kanadischen Freunden und den europäischen Partnern, eine beispielhafte, eine verläßliche Form von gegenseitiger Konsultation gegeben hat. Das sollte jede amerikanische Regierung auch in Zukunft sehr ermutigen, auf diesem Weg fortzufahren, mit den Europäern so frühzeitig und so *intensiv wie nur möglich Kontakt aufzunehmen. Dies nutzt uns allen: den Europäern* und den Vereinigten Staaten von Amerikan. Dann wird die Sowjetunion auch in Zukunft keine Chance haben, die europäische Sicherheit von der amerikanischen abzukoppeln und das Bündnis zu spalten.

Ich will auch von dieser Stelle ein Wort an die sowjetische Führung sagen - ich habe dies im Juni des vergangenen Jahres Generalsekretär Andropow und jetzt vor einigen Monaten Generalsekretär Tschernenko gesagt -: Wir, die Bundesrepublik Deutschland, werden keine Politik verfolgen, die einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegeneinander ausspielt. Wir verlangen aber auch, daß die Sowjetunion endlich begreift, daß es sinnlos ist, die Europäer gegen die Amerikaner auszuspielen. Wir Europäer wissen selbst, welche Interessen wir im Bündnis vertreten. Wir können uns durchaus auch gegen amerikanische Freunde durchsetzen, wenn dies nötig ist.

Liebe Freunde, die Erfolge der Vergangenheit gaben uns recht. Es ist uns nicht nur gelungen, unsere amerikanischen Freunde zu überzeugen, weiterführende Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen einzubringen. Wir haben gemeinsam auch die KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht und damit die Voraussetzungen geschaffen, daß im Januar dieses Jahres die Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Stockholm ihre Arbeit aufnehmen konnte. Die Vorschläge, die der Westen dort eingebracht hat, sind von uns maßgeblich mitbestimmt worden.

Wir brauchen also keine Belehrungen darüber, wie wir unser Verhältnis zu unserem wichtigsten Freund und Partner zu gestalten haben. Zwischen den beiden Regierungen in Washington und Bonn besteht heute wieder ein tiefes Vertrauensverhältnis. Ich werde alles tun, daß dies so bleibt. Ich bin glücklich, daß ich genau das gleiche für das Vertrauensverhältnis zwischen Paris und Bonn sagen kann.

(Beifall)

Mit dem Signal des NATO-Rats von Brüssel vom Dezember letzten Jahres hat das Atlantische Bündnis deutlich gemacht, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa auf Dauer nur über Verhandlungen gewährleistet werden können. Wir haben es nicht bei Worten belassen. In Stockholm haben wir konkrete Vorschläge eingebracht. Vor wenigen Wochen hat der Westen in Wien zum Truppenabbau in Mitteleuropa Vorschläge unterbreitet.

Liebe Freunde, wir haben stets betont - ich wiederhole es -, daß wir bereit sind, die Verhandlungen über die nuklearen Systeme aller Art wann und wo auch immer fortzusetzen. Die Vorschläge des Westens liegen auf dem Tisch. Die amerikanische Regierung hat mit unserer nachdrücklichen Unterstützung in Genf einen Vertrag über ein weltweites Verbot chemischer Waffen vorgelegt. Damit hat das Bündnis unter der Führung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan die weitestgehenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge der Geschichte auf allen Ebenen erarbeitet und der Sowjetunion angeboten. Wir sind der Sowjetunion entgegengekommen. Es liegt jetzt an der sowjetischen Führung, die ausgestreckte Hand zu ergreifen.

Liebe Freunde, wir haben auch einseitig abgerüstet: 2400 Nuklearwaffen sind aus Europa - nicht zuletzt aus der Bundesrepublik - abgezogen worden, ohne daß Moskau bis zum heutigen Tage positiv darauf reagiert hätte. Wenn die sowjetische Führung dennoch ständig von angeblichen Kriegsvorbereitungen der NATO spricht und an 1941 als Schreckensjahr erinnert, so mag das der Rechtfertigung ihrer eigenen massiven Aufrüstung gegenüber ihren Bürgern und Bündnispartnern dienen, mit der Wirklichkeit Europas unserer Tage hat dies in Tat und Wahrheit nichts zu tun. Die sowjetische Führung muß wissen, daß sie ihre eigene Glaubwürdigkeit untergräbt, wenn sie gegenüber den Europäern und Amerikanern ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Abrüstung erklärt, während sie gleichzeitig weiter aufrüstet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die sowjetische Erklärung, zum Dialog bereit zu sein, steht ja auch in einem klaren Widerspruch zu der jüngsten Entscheidung, die Olympischen Sommerspiele in Amerika zu boykottieren. Wer zum Dialog ja sagt, muß auch zu den sportlichen Spielen der Jugend der Welt ja sagen.

Wir bedauern zutiefst diese Entscheidung!

(Beifall)

Ich habe in meinen beiden Regierungserklärungen - nach meiner Wahl zum Kanzler und nach meiner Wiederwahl zum Kanzler nach der Bundestagswahl am 6. März - unterstrichen, daß wir auf der Grundlage der bestehenden Verträge und Abkommen die Beziehungen auf breiter Ebene mit der Sowjetunion als unserem wichtigsten Nachbarn im Osten und mit den anderen Warschauer-Pakt-Staaten entwickeln wollen. Wir wollen zuverlässige, berechenbare, stetige Beziehungen zur sowjetischen Führung. Ich selbst habe in diesem Sinne mit Generalsekretär Andropow wie mit seinem Nachfolger, Generalsekretär Tschernenko, gesprochen.

Trotz aller Rückschläge und trotz der ständigen Versuchung Moskaus, eine Politik der Nadelstiche wieder aufzunehmen, sind wir fest entschlossen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, die Ost-West-Beziehungen so konstruktiv wie möglich zu gestalten. Wir sind dabei keine Vermittler oder gar Schiedsrichter zwischen

Washington und Moskau; aber wir können im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten dazu beitragen, Spannungen abzubauen und gegenseitiges Vertrauen zu fördern. Das werden wir mit Nachdruck tun.

(Beifall)

Liebe Freunde, in unserem Verhältnis zur DDR haben wir versucht, zu praktischen Lösungen zu kommen. Auch damit erfüllen wir unsere nationale Verpflichtung: Wer ja sagt zur Einheit der Nation, muß auf unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands zugehen, muß zu ihnen gehen, muß die Chance des Miteinander nutzen.

Wir wissen, mit wem wir es bei diesen Gesprächen zu tun haben, wenn wir mit der Führung der DDR sprechen. Wir - das gilt, liebe Freunde, in ganz besonderem Maße auch für mich selbst - vergessen dabei keinen Augenblick, daß es sich dort um eine kommunistische Diktatur handelt, die fortdauernd die Menschenrechte unserer Landsleute in der DDR verletzt.

Wir haben in einer Vielzahl von Fragen konkrete Fortschritte für die Menschen in beiden Staaten in Deutschland erreichen können. Sie erinnern sich noch alle an die Schwarzmalerei der SPD vom Kalten Krieg in den innerdeutschen Beziehungen nach einem Regierungswechsel. Heute spricht niemand darüber. Ich lade Sie alle ein, jede nur denkbare Gelegenheit zu nutzen, selbst nach Leipzig und nach Dresden, nach Ost-Berlin, nach Potsdam und nach Rostock zu fahren und das Urteil unserer Landsleute über unsere Politik zu hören. Dann werden Sie hören, daß man dort begriffen hat, daß wir in der Sache und in den Prinzipien entschieden sind und ohne Wenn und Aber die Grundpositionen deutscher Politik im Sinne unseres Grundgesetzes, im Sinne auch der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vertreten, daß wir aber ebenso entschieden dafür sind, im Bewußtsein der Einheit der Nation wo immer möglich auf unsere Landsleute zuzugehen und die Chance offener Gespräche zu finden und zu nutzen.

(Beifall)

Die Beziehungen bleiben zerbrechlich, wenn nicht beide Seiten weiterhin bemüht sind, ihrer Verantwortung für die Entwicklung dieser Beziehungen und damit ihrer Verantwortung für mehr Stabilität in Ost und West insgesamt gerecht zu werden.
Ich habe die Einladung an Generalsekretär Honecker wiederholt. Wir erwarten seinen Besuch. Wir wollen ihn um der Menschen willen nutzen.

Wir stellen mit tiefer Genugtuung fest, daß unsere Politik gegenüber der DDR und unser ganz selbstverständliches Bekenntnis zur Einheit der Nation wieder eine große internationale Beachtung findet. Liebe Freunde, wir nehmen aber auch aufmerksam zur Kenntnis, daß die Führung der DDR gegenwärtig in einem noch viel stärkerem Umfang, als es bislang zu verzeichnen war, bemüht ist, die deutsche Geschichte umzudeuten und sie sich so anzueignen. Hinter dem gesamtdeutschen Geschichtsbild der DDR steht die Idee eines sozialistisch-kommunistischen Gesamtdeutschlands. So soll ein national-kommunistisches Selbstverständnis geschaffen und als Legitimitätsersatz für ein Gemeinwesen dienstbar gemacht werden, dessen Theorie, Praxis und Wirklichkeit von den Deutschen in der DDR in freien Wahlen nie angenommen wurden und nie angenommen werden würden.

(Beifall)

Wir lassen uns davon nicht beirren. Wir im freien Teil unseres Vaterlandes nehmen die deutsche Geschichte an, wie sie wirklich war - mit ihren großartigen, glanzvollen und mit ihren düsteren Kapiteln. Die deutsche Nation ist Wirklichkeit im Bewußtsein der Deutschen. Wir finden uns mit der Teilung nicht ab. Die Geschichte spricht kein letztes Wort, sie schafft keinen endgültigen Zustand. Wir bleiben unseren Landsleuten in der DDR verpflichtet.

(Beifall)

Deshalb ist uns auch jeder willkommen - das sage ich in manche zeitgenössische Diskussion hinein -, der von den Behörden der DDR die Genehmigung erhält, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln.

(Beifall)

Es ist für uns doch ganz selbstverständlich, daß wir unsere Landsleute herzlich aufnehmen.

(Beifall)

Die Härte der Teilung Deutschlands abzubauen und die Teilung im Rahmen einer stabilen europäischen Friedensordnung zu überwinden, das bleibt Ziel unserer Politik. Für uns, liebe Freunde, sind Deutschlandpolitik und Europapolitik wie zwei Seiten einer Medaille. Auch deshalb lassen wir uns in unserem Einsatz für die Einigung Europas von niemandem übertreffen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands - das gilt auch für die Christlich-Soziale Union Bayerns - hat sich seit den Tagen Konrad Adenauers immer als die Europa-Partei Deutschlands verstanden.

Es ist wahr: Die Gipfel von Athen und Brüssel waren für uns, für die europäische Öffentlichkeit eine herbe Enttäuschung. Ich teile diese Empfindung vollauf. Nur, liebe Freunde, ist das kein Grund zur Resignation. Die Römischen Verträge sind vor gut 25 Jahren unterzeichnet worden. Zuvor war Europa jahrhundertelang von nationalstaatlichem Denken beherrscht. Niemand kann doch ernsthaft erwarten, daß diese Hypothek in einer einzigen Generation abgetragen wird.

Hier in Stuttgart haben wir uns vor einem Jahr auf dem europäischen Gipfel in den wichtigsten Fragen, die zu lösen sind, auf die Bündelung eines Pakets geeinigt. Wir wollten damit erreichen, daß kein Mitgliedsland seine eigenen Forderungen, so berechtigt sie auch sein mögen, vor den Bestand und den Ausbau der Gemeinschaft stellt. Dies ist unsere Politik und gilt für die Bundesrepublik Deutschland.

Bei allem, was die Enttäuschungen über Athen und Brüssel ausmachen muß, dürfen wir nicht übersehen, daß es gelungen ist, den größten Teil der in Stuttgart gestellten Aufgaben zu lösen.

Liebe Freunde, noch immer aber geht es darum, ob Europa fähig ist, angesichts einer komplizierten weltpolitischen Lage, militärischer Bedrohungen, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme die Interessen seiner Nationalstaaten auf einen gemeinsammen Nenner zu bringen und sich zu einigen. Diese Einigung - daran darf für uns kein Zweifel aufkommen - muß endlich stärker politisch ausgeformt werden. Wir müssen lernen, mit einer Stimme zu sprechen, auch im Verhältnis zu den Vereinigten

Staaten. Die Frage der kommenden Monate und Jahre - wir werden diese Frage stellen und auf Antwort drängen - wird darum sein: Ist jeder Partner in der Europäischen Gemeinschaft auch in schwierigsten Zeiten bereit, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft als unwiderruflich, als irreversibel zu betrachten? Wir sind es! Sind alle Partner bereit, ohne Wenn und Aber den Weg zur Politischen Union Europas zu beschreiten? Wir, die Bundesrepublik Deutschland sind es! Ich hoffe, daß unsere Partner in der Gemeinschaft diese beiden klaren und entscheidenden Fragen ebenso klar und entschieden beantworten wie wir.

Liebe Freunde, ich habe hier in einigen Zügen eine Bilanz über die neunzehn Monate unserer Regierungsarbeit gezogen. Ich denke, wir können uns mit dieser Bilanz sehr wohl sehen lassen.

(Beifall)

Aber - Sie kennen mich und verstehen, wenn ich dies so sage - es wäre nicht richtig, wenn wir auf diesem Parteitag nur selbstzufrieden unser Werk betrachten und dann zu den Aufgaben des Tages zurückkehren würden. Ich halte es für zwingend notwendig, daß wir gerade auch im Erfolg nachdenklich bleiben.

Wir müssen als CDU mehr leisten, als uns nur mit aktuellen Fragen des Regierungsalltags zu befassen. Dabei bitte ich Sie, dieses "nur" nicht als abwertend zu betrachten. Aber ich denke, gerade für eine Regierungspartei ist es wichtig, ihre Parteitage auch für eine geistige Standortbestimmung zu nutzen. Deshalb möchte ich mich im zweiten Teil meiner Ausführungen diesen mehr grundsätzlichen Fragen zuwenden.

Liebe Freunde, in der Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit und den Herausforderungen der Zukunft vertrauen wir auf die schöpferische Kraft des Menschen. Diese Zuversicht, dieser Optimismus sind mehr als irgendeine Stimmungslage; sie sind Ausdruck unserer Lebenseinstellung; sie sind Ergebnis unseres christlichen Glaubens und unserer christlichen Überzeugung, unseres christlichen Menschenbildes.

Wir wissen: Politik und Parteien sind kein Religionsersatz, und politische Programme können Hilfen sein, aber niemals die Frage nach dem Sinn des Lebens beantworten. Als Christen wissen wir uns in der Verantwortung vor Gott, und wir wissen uns in seiner Obhut. Christliche Zuversicht steht gegen die aus Glaubensverlust entstandene Lebensangst in unserer Zeit. Mit Resignation und Zukunftspessimismus kann niemand auf die Dauer leben. Wir würden Gefahr laufen, uns selbst zu lähmen.

Wir glauben an unsere Fähigkeit, eine bessere, eine menschliche Zukunft zu gestalten. "In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen." - So schreibt es unser Grundsatzprogramm als Auftrag nieder. Es ist ein Auftrag, den wir angenommen haben.

Liebe Freunde, Optimisten machen es sich nicht leicht. Sie nehmen Verantwortung an. Sie messen die Welt nicht allein am Wünschbaren, sondern auch am Möglichen. Sie wissen sich immer in der Kontinuität der Geschichte.

Die Mehrheit der Bürger unseres Landes teilt unseren Optimismus. Umfragen zeigen dies nicht nur bei Unternehmern und Wirtschaftsexperten, sondern nicht zuletzt auch bei der jungen Generation. Auf uns setzen heute viele ihr Vertrauen. Im Bündnis mit

Mehrheit und Mitte unseres Volkes halten wir an unserem Kurs fest. Unser Ziel, liebe Freunde, ist die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, in der es sich zu leben und zu arbeiten lohnt. Ich füge hinzu: Ein Vaterland, auf das die Menschen stolz sind, eine Heimat, in der sie sich geborgen fühlen. Wir sind wieder dabei, die großen Reserven an geistig-moralischer und materieller Kraft unseres Landes neu zu mobilisieren. Und darauf kommt es an: Die Wirkung der Politik reicht weiter als der Arm des Staates. Politik prägt auch das Lebensgefühl, das Selbstverständnis der Bürger, und sie bestimmt dadurch auch, ob der Bürger im Staat die eigene Sache sieht, ob er sich als betreutes Objekt fühlt oder als handelndes Subjekt.

Es ist eine schlechte Politik, und es überzieht den Staat mit Ansprüchen, die er letztlich nicht erfüllen kann, wenn sie beim Bürger Haltungen herausfordert, die das Gemeinwesen auflösen. Dieser Diskussion stehen wir gegenüber; der Diskussion um Wertneutralismus und Egoismus, Anspruchshaltung und Versorgungsdenken, Angst und Anmaßung. Wir wissen auch aus leidvoller Erfahrung, daß dies lange Zeit die Partitur war, nach der die Republik dirigiert wurde. Dies verdirbt nicht nur den Stil und die Sitten, dies schadet der Substanz freiheitlicher Demokratie.

(Beifall)

Unsere Politik orientiert sich an einem Bild vom Bürger, der Mitverantwortung trägt und Solidarität übt. Wir wollen die Selbständigkeit, wir wollen die Selbstverantwortlichkeit, wir wollen Vielfalt und Wettbewerb, und wir setzen auf Lebensmut, Lebenswillen und damit immer auch auf Leistungswillen und -bereitschaft.

Davon will ich jetzt sprechen.

Erstens: Wir stehen ein für die Werte unseres Grundgesetzes.

Sie bilden das Fundament der freiheitlichen Ordnung unseres Landes. Sie begründen die Freundschaft mit den westlichen Demokratien. Werte anerkennen, liebe Freunde, heißt sich binden. Ohne ethische Grundlagen gibt es keine dauerhafte menschliche Ordnung, keine stabile politische Allianz. Gemeinsames Werteverständnis schafft Zusammengehörigkeit.

Zwischen Diktatur und Freiheit und Demokratie gibt es keinen Mittelweg. Wir wissen, wo wir stehen: Immer auf der Seite der Freiheit.

(Beifall)

Für uns hat die Bewahrung der Freiheit Vorrang vor allen anderen Zielen; sie bleibt auch in der nationalen Frage Maßstab unseres Tuns. Freiheit kann nicht der Preis der Einheit sein. Wir sind immun gegen jede Versuchung, unser Heil in einem neutralistischen Sonderweg für die Bundesrepublik Deutschland zu suchen.

Die Bindung an die freiheitliche Dempkratie gehört zu unseren Staatsgrundlagen. Mit den demokratischen Rechtsstaaten teilen wir unsere Grundwerte und unsere politische Kultur. Sie und wir gehören deshalb zusammen. Unsere Einbindung in die atlantische Wertegemeinschaft ist irreversibel, und zur Einigung Europas - beides gehört zusammen - gibt es für uns keine Alternative.

Um die Grundwerte geht es auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung um das Thema Ehe und Familie. Die Familie verkörpert jene Werte, die unserem

Gemeinwesen seine menschliche, seine kulturelle und seine geschichtliche Identität vermitteln. Aber, liebe Freunde, wie keine andere Institution haben Ehe und Familie in den letzten eineinhalb Jahrzehnten unter den Ideologien der Linken zu leiden gehabt. Der Vorrang der familiären Erziehung wurde in Frage gestellt. Die Ehe wurde nur noch als eine unter anderen Formen menschlicher Lebensgemeinschaft behandelt. Die Familie wurde materiell vernachlässigt und ideologisch verunsichert. Die Leistung der Mütter für ihre Kinder, der wichtigste Dienst schlechthin in unserer Gesellschaft, wurde bewußt herabgesetzt.

Heute gilt unser Land als familien- und kinderfeindlich . Heute haben wir mit die höchste Scheidungsrate, sind wir das geburtenärmste Land der Welt. Mit Besorgnis - auch das muß man aussprechen - beobachten wir, daß immer mehr Eltern mit materieller Großzügigkeit abgelten wollen, was sie ihren Kindern an Zeit und Zuwendung, an Autorität und Vorbild schuldig geblieben sind.

(Beifall)

Liebe Freunde, gegen diese Entwicklung setzt die CDU Deutschlands ihr klares Bekenntnis zum Vorrang der Familie.

Sie muß wieder Mittelpunkt unseres staats- und gesellschaftspolitischen Denkens und Handelns werden. Wichtig ist die materielle Besserstellung der Familien durch die Steuerreform, beim Kindergeld, beim Mutterschaftsgeld und im Rentenrecht. Das haben wir zugesagt, das werden wir einhalten.

Aber es wäre kurzsichtig zu glauben, die Lösung der Probleme wäre ausschließlich auf finanziellem Wege möglich. Was wir wollen und was wir brauchen, ist eine Renaissance der Familie in unserem Land. Sie muß ausgehen von den Familien, von den Menschen. Familiensinn, liebe Freunde, kann nur in der Familie selbst wachsen.

Vor allem aber wollen wir die Verantwortung der Eltern für die Erziehung stärken. Kinder brauchen die Liebe, die Autorität, das Vorbild der Eltern. Sie haben ein Anrecht darauf, weil sie ja nur so zu selbständigen Persönlichkeiten heranreifen können, die an Werten und menschlichen Bindungen festen Halt finden.

Die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht muß sich zuallererst als kinder- und familienfreundlich erweisen.

(Beifall)

Kinder müssen sich in unserem Land mit offenem Herzen aufgenommen fühlen.

Und es ist ein gutes Zeichen, daß viele von denen, die in den letzten Jahren Ehe und Familie als altmodisch abgelehnt hatten, sich mittlerweile eines Besseren besinnen. Es ist offenkundig: Das Experiment der bindungsarmen Beziehung ist gescheitert. Ehe und Familie kommen zu neuem Glanz. Gerade die junge Generation beginnt zu verstehen, daß Liebe und Treue keine altmodischen Begriffe sind, sondern daß sie Bindungen zwischen Menschen Halt und Dauer geben.

Zweitens. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, in der jeder auch

für seinen Nächsten einsteht und nicht nur jeder für sich selbst.

Unser Grundsatzprogramm formuliert das prägnant. Dort heißt es:

> Die Gemeinschaft steht für den einzelnen ein ... Das ist sein Recht auf *Solidarität. Der einzelne steht aber auch für die Gemeinschaft aller ein. Das ist* seine solidarische Pflicht.

Solidarität aus christlichem Verständnis, liebe Freunde, meint etwas ganz anderes als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten.

Für uns bedeutet Solidarität Mitverantwortung für das Ganze. Wir müssen deshalb als Starke für die Schwachen eintreten. Menschen in Sorge und Bedrängnis brauchen vor allem Menschen, die ihnen beistehen, nicht nur Behörden, die ihren "Fall" verwalten. Sie wollen mitmenschliche Zuwendung in ihrem Lebensalltag ganz praktisch erfahren.

Das ist nicht nur eine Frage materiellen Wohlergehens.

> Nicht der Grad der Güterversorgung
>
> - so schrieb Alexander Solschenizyn -
>
> *bestimmt das Glück der Menschen, sondern die Beziehungen der Herzen* zueinander und unsere Einstellung zum Leben.

Liebe Freunde, in unserem Land muß niemand verhungern. Doch es kann sehr wohl vorkommen, daß ein Mensch in seiner Wohnung stirbt und Wochen vergehen, bevor es die Nachbarn überhaupt bemerken. - Wir müssen wieder aufmerksamer werden und sensibler - im Umgang mit dem anderen.

(Beifall)

Hier denke ich an unsere Landsleute, die aus Osteuropa, die aus Rußland nach vielen Jahren und Jahrzehnten wieder in ihre alte Heimat kommen können. Hier denke ich an unsere ausländischen Mitbürger. Und hier denke ich an die vielen Älteren in der Bundesrepublik Deutschland. Das Ziel unserer Politik muß sein, daß niemand an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt wird. Der Dienstleistungsbereich und der Handel, kulturelle und soziale Einrichtungen, die Medien und auch die Politik werden sich mehr als bisher auf die Erwartungen und Hoffnungen dieser wachsenden Gruppe von Menschen einstellen müssen.

Ich weiß: Für manche ist es nicht einfach, aus dem Berufsleben auszuscheiden und in den Ruhestand zu treten. Dies war einer der wichtigen Diskussionspunkte im Zusammenhang mit der Vorruhestandsregelung. Die meisten der Betroffenen fühlen sich eben nicht alt im herkömmlichen Sinne. Sie sind vital, sie wollen aktiv bleiben. Der Gewinn an Ungebundenheit, an Zeit für Familie, für Freunde, für Hobbies wiegt keineswegs immer auf, was verlorengeht und was auch als Verlust erlitten wird - erlitten im tieferen Sinn des Wortes: Verlust an Herausforderungen und Verantwortung, an Chancen zur Gestaltung, zur Bewährung und persönlicher Erfüllung. - Diese Menschen haben es durch ihre Lebensleistung verdient, daß wir ihnen auch in dieser neuen Lebensphase Solidarität beweisen:

(Zustimmung)

nicht nur durch materielle Sicherung und gesundheitliche Betreuung, sondern natürlich auch durch aufmerksame Anteilnahme im täglichen Dasein, durch größere Offenheit für das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach - und nicht zuletzt dadurch, daß wir ihnen mehr Felder für eine sinnerfüllte Tätigkeit erschließen.

Unsere Gesellschaft wäre ärmer ohne die Beiträge der Älteren, ihre Urteilsfähigkeit und ihren Schatz an Lebenserfahrung. Und ohne Achtung vor dem Alter, seinem Wert, vor seiner Gestaltung in Freiheit, Würde und persönlicher Verantwortung fehlt einer Gesellschaft ein entscheidendes Stück Humanität.

(Beifall)

Solidarität, liebe Freunde, beweist sich nicht allein im engsten Lebensbereich; Solidarität ist auch geboten in den Beziehungen der Völker zueinander, bei der Überwindung von Hunger, Armut und Not in den Ländern der Dritten Welt. Es darf uns nicht gleichgültig sein und ist uns nicht gleichgültig, daß Hunderte von Millionen Menschen Hunger leiden, daß Jahr für Jahr über 10 Millionen Kinder sterben, weil sie die einfachsten Lebensvoraussetzungen nicht besitzen. Es ist doch für einen christlichen Demokraten ganz und gar unerträglich, daß ein Teil der Menschheit im Überfluß lebt und ein anderer in steigendem Elend.

In der Pflicht zur Solidarität stehen wir, liebe Freunde, auch gegenüber der nachwachsenden Generation. Ich will am Beispiel des Schatzes der Natur, die uns doch nicht ausgeliefert, sondern anvertraut ist, sagen: Wer der Umwelt Schaden zufügt, wird am Ende selber Opfer seines Tuns. - Aber Umweltschäden treten eben keineswegs nur dort auf, wo die Ursachen gesetzt werden. Den ökologischen Preis - und dies zeigt das Waldsterben in der Bundesrepublik - zahlen wir alle. Und an den Folgekosten werden noch die zu tragen haben, die heute noch gar nicht leben.

(Beifall)

Deshalb haben wir uns nach Übernahme der Regierungsverantwortung entschieden, zügig und verantwortlich zu handeln, obwohl der Zeitpunkt für diese notwendigen Eingriffe, allgemein wirtschaftlich gesehen, ganz gewiß nicht günstig war. In einer labilen gesamtwirtschaftlichen Lage mußten wir im vergangenen Jahr Regelungen im Bereich der Luftverschmutzung durch Kraftwerke und Industrieanlagen beschließen. Und wir werden mit der Einführung von bleifreiem Benzin ab 1986 in Europa eine Pilotfunktion übernehmen und, wie ich hoffe, damit einen weiteren wirksamen Schritt gegen das Waldsterben einleiten.

In den nächsten Monaten findet die internationale Konferenz über Umweltschutzfragen in München statt. Ich bin froh, daß viele Länder aus Ost und West zu dieser Stunde bereits zugesagt haben.

Liebe Freunde, ich begrüße es auch, daß wir in unserer Partei viele Anstöße auf diesem Gebiet gegeben haben, daß sinnvolle Vorschläge ausgearbeitet und diskutiert worden sind, alles unter der Überschrift, eine menschengerechte Umwelt in einer lebenswerten Zukunft zu sichern.

Drittens. Die humane Industrienation braucht den selbständigen, den mündigen Bürger.

Die ausufernde Betreuung der Bürger durch den Staat in den vergangenen Jahren hatte zwangsläufig zur Folge, daß immer mehr Leute bevormundet wurden. Vielen, vor allem auch aus der jungen Generation, ist diese Reglementierung ein Ärgernis. Sie machen häufig die Erfahrung, daß Leistung, Initiative und eigenverantwortliches Handeln ins Leere laufen, ja bestraft werden. Aber - und das muß man hinzufügen - gleichzeitig erwarten immer mehr, daß ihnen der Staat bei der Bewältigung ihres Daseins möglichst viele Risiken abnimmt. Das reicht in unseren Tagen bis hin zu der Forderung, der Staat habe dafür einzustehen, daß der einzelne den einmal eingeschlagenen Berufs- oder Lebensweg auf alle Fälle erfolgreich zu Ende führen könne. Oft sind es doch dieselben, die auf der einen Seite ein Übermaß an staatlicher Bevormundung kritisieren, aber auf der anderen Seite immer neue Aufgaben entdekken, für deren Erfüllung sie den Staat verantwortlich machen.

(Beifall)

Wir halten es für wichtig - und wir werden dies tun -, den Staat wieder auf seine eigentlichen Aufgaben zu beschränken. Wir müssen auf dem Weg vorankommen, öffentliche Dienstleistungen, die sich dazu eignen, in private Hände zu übergeben. Wir werden weitere Staatsanteile an Bundesunternehmen privatisieren. Und wir werden alles tun, um den Prozeß der Entbürokratisierung weiterzuführen, damit die Gesetze verständlicher und einfacher werden.

Liebe Freunde, diese Selbstbescheidung des Staates geht nicht ohne mehr Selbständigkeit des Bürgers. Wir werden Anspruchs- und Versorgungsdenken nur überwinden, wenn die Bürger die Chancen zu Selbständigkeit, zu Eigeninitiative, zu Eigenverantwortlichkeit auch tatsächlich nutzen. Der Staat der Daseinsvorsorge hat zu viele Aufgaben an sich gezogen, denen er sich immer weniger gewachsen zeigt. Damit aber der Staat den wirklich Hilfsbedürftigen wirksam helfen kann, müssen wir uns neu darüber verständigen, was ausgleichende Gerechtigkeit in unserer Zeit bedeutet.

Es geht nicht nur darum, den Staat zu entlasten. Es geht vor allem darum, daß das wirtschaftliche, das soziale und das menschliche Klima im Land erhalten bleiben. Es geht um das Verhältnis von Bürger und Staat. Herbert Weichmann hat es uns vor gerade zwei Jahren in einer vermächtnishaften Rede im Bundestag in Erinnerung gebracht, als er uns einen Kernsatz der Demokratie zurief: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten, und wer Pflichten hat, der hat auch Rechte.

(Beifall)

Selbständigkeit, liebe Freunde, meint mehr als die wirtschaftliche Chance desjenigen, der einen Betrieb gründet, ein Geschäft oder ein Büro eröffnet, so wichtig das gerade in unseren Tagen ist. Wir brauchen eine Existenzneugründungswelle, und wir werden alles tun, um dafür die Rahmenbedingungen zu verbessern. Aber es geht um viel mehr.

Wir müssen erreichen, daß der politisch mündige Bürger auch in seiner wirtschaftlichen und sozialen Lebensgestaltung wieder Selbständigkeit übt. Vermögensbildung ist ein Beispiel für einen solchen Weg der Bürgern mehr wirtschaftliche Sicherheit und damit auch die Chance für mehr personale Selbständigkeit und Unabhängigkeit bringen kann.

Für Selbständigkeit und Eigeninitiative gibt es viele erfolgreiche Beispiele. Betrachten Sie etwa die großen Hilfswerke unserer Kirchen wie "Brot für die Welt" und "Misereor", die Arbeit von vielen Tausenden von Vereinen und Stiftungen in der Bundesrepublik, die vielen tausend Trainer und Betreuer junger Leute in den Sportvereinen, diejenigen, die neue Jugendmusikclubs aufmachen, und vieles andere mehr! Es ist doch eine beglückende Tatsache, daß heute beispielsweise zwei Millionen junge Menschen in der Bundesrepublik aktiv am Musikleben teilnehmen und in Chören und Orchestern mitwirken.

(Beifall)

Allerdings - darüber reden wir nicht. Wir reden zuviel über die wenigen und viel zu wenig über die vielen, die hier tätig sind.

(Beifall)

Ich denke an die Nachbarschaftshilfe und die ganz persönliche Zuwendung. Diese große eindrucksvolle Hilfsbereitschaft ist doch der Beweis dafür, daß es einfach nicht stimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland zu einer Ellenbogengesellschaft denaturiert ist. In einer Gesellschaft, in der so viele bereit sind, anderen zu helfen, Mitverantwortung zu tragen, und dafür persönliche Opfer zu bringen, wird sich auch das Leitbild des Selbständigen, des Eigenverantwortlichen durchsetzen.

Viertens: Unser Land ist auf die Vielfalt und den Wettbewerb von Begabungen und Ideen angewiesen.

Der wichtigste "Rohstoff" der Bundesrepublik Deutschland sind Intelligenz, Talent und Hingabe seiner Bürger. Sie sind die dynamische Kraft, aus der sich die politische, die wirtschaftliche, die soziale und die kulturelle Viatlität unserer Gesellschaft entfaltet.

Im Mittelpunkt dieses Landes, im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner geistigen Unabhängigkeit, mit seiner freien Willensentscheidung, seiner ganz einzigartigen, unwiederholbaren Eigenheit. Keiner ist wie der andere. Keiner kann dem anderen gleichgemacht werden.

Darauf gründen sich die Konkurrenz unterschiedlicher geistiger Strömungen, der Wettbewerb politischer Entwürfe, die Auseinandersetzung verschiedener Kräfte. In dieser ganz und gar vitalen Spannung liegt eine beispielhafte Stärke unserer freiheitlichen Gesellschaft. Die Öde der Eintönigkeit überlassen wir sozialistischen und marxistischen Systemen.

Die Arbeitswelt, die Familien- und die Lebensumwelt müssen wir den Menschen und der Vielfalt ihrer Bedürfnisse anpassen; nicht umgekehrt. Mehr Gleichheit gerät gerade hier zu immer mehr Nachgeben auf dem Feld der Freiheit.

Für uns muß der Satz gelten: Im Zweifel für die Vielfalt und gegen die Schablone.

(Beifall)

So wollen wir etwa auch die Phänomene der modernen Medientechnik angehen, den Bürgern einen weiten Raum öffnen und die Meinungsvielfalt stärken. Wir sind gegen

jede Bevormundung und gegen eine Lenkung der Nachfrage durch eine Verknappung des Programmangebots. Ich füge hinzu, daß wir uns das Tor für die neuen Medien weit aufstoßen wollen. Aber das bedeutet nicht, daß wir uns von dem abwenden, was sich bei uns im öffentlich-rechtlichen System bewährt hat. Ich warne Neugierige, nun alles Heil von den neuen Medien zu erwarten. Ich sage es ganz direkt: Wenn ich manche Druckerzeugnisse von manchen Verlagen beobachte, kann ich nicht glauben, daß die Medienlandschaft dieser Verlage anders als die Druckerzeugnisse sein wird, die sie seit Jahrzehnten geliefert haben.

(Beifall)

Die zukunftsweisenden Möglichkeiten des technischen Fortschritts - das scheint mir ein wichtiges Thema noch für dieses Jahr zu sein - sollten wir zu mehr Flexibilität in der Arbeitswelt nutzen. Vor allem Eltern - Mütter oder Väter -, die sich zu Hause mehr ihren Kindern widmen wollen, müssen mehr Chancen erhalten, Beruf und Familie miteinander zu verbinden.

Das starre Festhalten an schematischen Arbeitszeiten ist doch keine menschengerechte Antwort auf die technologischen Strukturveränderungen unserer Zeit.

Bei der Vorruhestands-Regelung ging es mir nicht allein um die Entlastung des Arbeitsmarkts, sondern - ich sage das auch hier deutlich - um ein Stück Solidarität mit jener Generation, die zuletzt und vor allem noch einmal unter der Last der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders hart zu tragen hatte.

Überall, liebe Freunde, in der Wirtschaft wird heute damit begonnen, durch flexiblere und personenbezogene Arbeitszeitregelungen neue Freiräume für die Arbeitnehmer zu schaffen. Um diese gute Entwicklung zu fördern, müssen wir schnell jetzt handeln: von befristeten Arbeitsverträgen über die Förderung der Teilzeitarbeit bis zu einer vernünftigen Ausgestaltung der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes und des Jugendarbeitsschutzes.

Wir werden das in diesem Jahr tun, weil es eine wesentliche Hilfsmaßnahme auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

(Beifall)

Es geht mir darum, daß wir fähig sind, die phantasielosen Arbeitsregeln aufzubrechen. Eine Zukunft, wie wir sie wollen, liebe Freunde, die mehr bieten muß als bürokratische Verwaltung von Mangel und Umverteilung von Defiziten, werden wir nur dann gestalten, wenn Leistung etwas gilt und wenn sich die Menschen auch wieder herausgefordert fühlen, Leistungen zu erbringen.

(Beifall)

Den zu bestrafen, der mehr als andere leistet, ist doch kein Erfolgsrezept für eine freie Gesellschaft. Ich denke hier nicht zuletzt an die Familie mit mehreren Kindern und die Lasten, die sie tragen muß.

Bei der anstehenden Reform der Lohn- und Einkommensteuer werden wir die Familien ab 1. Januar 1986 in erheblichem Umfang entlasten und, wo steuerliche

Maßnahmen nicht ausreichen oder nicht greifen, durch Anhebung des Kindergelds für eine Besserstellung der Familien sorgen.

Wir lösen damit zu einem möglichst frühen Zeitpunkt unser wichtigstes Versprechen ein: Wer Kinder großzieht, soll weniger Steuern als jene zahlen, die ihren Beitrag zum Generationenvertrag nur finanziell leisten können.

Mit der größten Steuerreform in der Geschichte unserer Republik wollen wir erreichen, daß sich Leistung wieder lohnt. Wir sind auch deshalb gegen jede Gleichmacherei, weil ohne Anreiz zur Leistung am Ende - das haben wir ja erlebt - nur noch der Mangel zur Verteilung übrigbleibt.

Und, meine Freunde, in dieses Bild gehört: Wir brauchen auch mehr Offenheit und Unterstützung für die Leistungseliten, für jene Spitzenkräfte, die sich durch Talent, durch Unternehmungsgeist, durch ihren ganz persönlichen Einsatzwillen auszeichnen und die mehr als andere zustande bringen und somit auch ein Beispiel für die nachwachsende Generation sind.

Das gilt nicht zuletzt für Spitzenleistungen in der Wissenschaft. Wir müssen fähig sein - wie das einmal in Deutschland selbstverständlich war -, großartige Leistungen auf wissenschaftlichem Feld materiell und immateriell wieder entsprechend anzuerkennen und zu honorieren.

(Beifall)

Dazu brauchen wir auch an unseren Universitäten mehr Wettbewerb und einen breiten Spielraum für Eigeninitiative und Durchlässigkeit für Talente und Hochbegabte.

Wenn hervorragende Leistungen auch gesellschaftlich mehr anerkannt, gebührend honoriert und vielleicht auch stärker ausgezeichnet werden, dann sind wir auf dem richtigen Weg, unser Spitzenniveau in Technik und Wissenschaft zu bewahren.

Fünftens: Für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft ist es entscheidend, daß wir aus Zuversicht und berechtigtem Selbstvertrauen neue Kraft schöpfen.

Liebe Freunde, wir leugnen die Probleme unserer Zeit nicht. Wir sind ja angetreten, um an ihrer Lösung zu arbeiten. Mit grüblerischer Angst und Mißtrauen wird uns nichts gelingen. Wir setzen gestaltenden Lebensmut gegen lähmende Zukunftsangst. Wir wollen die technischen und materiellen Möglichkeiten unserer Zivilisation in den Dienst der Menschen, in den Dienst unserer Kultur stellen.

Neben der Freiheit der Forschung, die den technischen Fortschritt ermöglicht, steht die ethische Verantwortung für die Anwendung ihrer Ergebnisse. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, daß ihnen die Welt nicht immer fremder gemacht wird; denn was die Menschen nicht durchschauen und begreifen, empfinden sie als Bedrohung. Wir alle brauchen die Gewißheit, daß die neuen Technologien unter der Kontrolle unserer Wertmaßstäbe bleiben. Wir müssen mit dem Fortschritt in Technik und Wissenschaft verantwortungsbewußt umgehen - mit wachem Sinn für die Chancen und die Gefahren. Die Frage nach den Grenzen des Machbaren darf niemand leichtfertig übergehen. Der Mensch als Geschöpf Gottes bleibt für uns immer Maß aller Dinge.

Ethische Maßstäbe bei der Einführung neuer Techniken kann aber nur der entwikkeln und durchsetzen, der selbst an der Spitze des Fortschritts steht. Die Lebensfrage unserer technischen Zivilisation liegt darin, daß sich Technik und Moral, daß sich Macht und Geist nicht voneinander trennen und niemals in einen unversöhnlichen Gegensatz geraten dürfen.

Meine Freunde, meine Forderung an die Politik, zu einer geistig-moralischen Erneuerung beizutragen, hat viel Aufmerksamkeit erregt und auch manche Gegnerschaft gefunden. Vielleicht auch deshalb, weil ich damit ja in Zweifel gezogen habe, daß es einen Gegensatz zwischen Geist und Macht geben muß. Der Politiker, der gestalten und eben nicht nur verwalten, der die Welt zu seiner Zeit ein Stück verbessern will, braucht einen Wertmaßstab, um sein Ziel bestimmen, um sein Ziel erreichen zu können. Selbstverständlich hat Politik keinen Anspruch auf ein Monopol für geistige Führung. Um ein Wort Robert Musils aufzugreifen: Der Wirklichkeitssinn der Politiker braucht die Auseinandersetzung mit dem Möglichkeitssinn der Intellektuellen.

Unverantwortlicher Rigorismus ist ebenso gefährlich wie eine technokratische Politik, die auf die Bindung ethischer Werte verzichten zu können glaubt. Beides führt zum Untergang der Freiheit, sei es im totalitären Staat, sei es in einer fatalistischen Sinnentleerung. Die Auseinandersetzung zwischen Geist und Macht kann und muß schöpferisch sein. Und darum geht es uns.

Liebe Freunde, wir sind nicht nur angetreten, um den Nachlaß unserer Vorgänger zu ordnen und ihre Schulden abzutragen. Wir wollen nicht nur Erblastverwalter sein. Mit jedem Schritt aus der Krise gewinnen wir neuen Raum für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Diesen Raum zu nutzen - das ist unsere Chance, und das ist unsere besondere Verantwortung.

(Beifall)

Vor gut einem Jahr haben wir das zweitbeste Bundestagswahlergebnis in der Geschichte unseres Landes erreicht. Wir verfügen heute mit der vollen Verantwortung, die das bedeutet, über die Mehrheit im Bundesrat und die relative oder absolute Mehrheit in zwei Dritteln aller kommunalen Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesversammlung haben wir erneut, zum zweitenmal, die absolute Mehrheit. Auch das ist ein Vertrauensbeweis der Bürger. In 14 Tagen, liebe Freunde, wollen wir Richard von Weizsäcker gemeinsam zum neuen Bundespräsidenten wählen.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, vergessen wir keinen Augenblick: Wir haben Macht, aber wir sind keine Machthaber. Der Staat gehört uns nicht. Wir sind Regierungspartei mit befristetem Wählerauftrag und Verantwortung auf Zeit. Der Wähler hat immer das letzte Wort, und ein Schlußwort spricht er nie. Vertrauen will stets neu erworben werden. Dabei geht es wirklich nicht nur um die sogenannte große Politik - ich mag das Wort nicht -, sondern es geht um die Politik im ganzen: im Bundestag genauso wie in den Landtagen, vor allem auch draußen in den Städten, in den Dörfern und Gemeinden, in denen Politik ganz direkt erfahren wird und wo jeder bei den Beschlüssen des Gemeinderates sachverständig, kompetent ist und weiß, was

etwas kostet. Hier liegen die Wurzeln unserer Demokratie. Hier erfolgt ganz entscheidend das Ringen um geistige und politische Führung. Für uns ist es deshalb ganz selbstverständlich, daß wir uns in den Landtagen ebenso wie im Bundestag, aber besonders in den Gemeindeparlamenten für eine menschengerechte Umwelt der Bürger engagieren.

Die Kommunalpolitik, die Bürgermeister, die Ratsmitglieder der Union prägen entscheidend den Eindruck unserer Mitbürger von unserer großen Volkspartei. Deshalb nehmen wir Kommunalwahlen sehr ernst - demnächst in Rheinland-Pfalz und an der Saar und dann im September in Nordrhein-Westfalen. Liebe Freunde, ich rufe Sie alle auf und mit Ihnen alle Mitglieder unserer Partei: Machen Sie mit, leisten Sie Ihren ganz persönlichen Beitrag dazu, daß diese Wahlen erneut zu einem Vertrauensbeweis für eine bürgernahe Politik führen.

Ebenso muß die Europawahl am 17. Juni zu einem Erfolg für die CDU werden, für d i e Europapartei Deutschlands. Für uns Christliche Demokraten ist die europäische Idee Herzenssache. Darum geht es auch zu allererst bei dieser zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament: um einen neuen Elan für Europa, um einen neuen Impuls für das europäische Einigungswerk.

Das Wahldatum 17. Juni verdeutlicht symbolisch, wie eng die europäische Einigung mit der deutschen Frage verknüpft ist. Wir müssen Europa einigen, damit auch Deutschland seine Einheit in Freiheit vollenden kann.

(Beifall)

Motor für die Einigung Europas zu sein ist ein Teil unseres nationalen Auftrags. Der andere heißt: in freier Selbstbestimmung die Teilung Deutschlands zu überwinden.

Im Bewußtsein der lebendigen Einheit unserer Nation halten wir an dem fest, was Ziel Christlicher Demokraten seit Beginn unserer politischen Arbeit in dieser Partei war: gemeinsame Freiheit für alle Deutschen.

Liebe Freunde, diese Politik für eine bessere Zukunft wird Erfolg haben, wird zum Erfolg führen, wenn wir zielbewußt und entschieden unsere Prinzipien und Grundsätze vertreten, den Wählerauftrag zuverlässig und glaubwürdig erfüllen und mutig unseren Weg gehen.

Der Prediger im Gottesdienst heute morgen hat uns, denke ich, das Schlußwort geschenkt. Er erinnert uns an den Zweiten Brief von Timotheus. Ich will es ganz einfach sagen - nicht, weil ich damit den Stuttgarter Leitsätzen einen weiteren hinzufügen will, sondern weil es sich wohl ziemt, das auf einem Parteitag der Christlichen Demokraten noch einmal deutlich auszusprechen -, eben mit diesem Zweiten Brief: Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

Ich schäme mich nicht, mich zu unserem Herrn zu bekennen. Ich hoffe, daß wir diesem Anspruch gerecht werden.

(Langanhaltender Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, der Parteitag dankt Ihnen für

diesen Bericht, er dankt seinem Bundesvorsitzenden für seine unermüdliche Arbeit für diese Partei, und er dankt dem Bundeskanzler für seinen großartigen Einsatz und seine erfolgreiche Arbeit in der Bundesregierung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Bevor ich die 1. Plenarsitzung schließe, möchte ich noch folgende Mitteilungen machen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, die vom Bundesausschuß gewählt worden sind, werden gebeten, zu ihrer Sitzung zur Vornahme der Mandatsprüfung um 13.45 Uhr im Büro des Organisationsleiters im Verwaltungstrakt zu sein. Es handelt sich um die Freunde Walter Penther, Richard Hartmann und Martin Schiestl. Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht in der 2. Plenarsitzung heute nachmittag vor Eintritt in die Aussprache den Berichten - Tagesordnungspunkt 1O - geben.

Die in dieser Plenarsitzung gewählten Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich während der 2. Plenarsitzung zu ihrer konstituierenden Sitzung bereitzuhalten. Den genauen Termin werden wir heute nachmittag bekanntgeben.

Dann möchte ich daran erinnern, daß wir heute vormittag festgelegt haben, daß die Frist zur Einreichung von Initiativanträgen zu den Tagesordnungspunkten 13 und 15 um 13.3O Uhr, also in einer halben Stunde, abläuft. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach Ablauf dieser Frist keine Anträge mehr abgegeben werden können. Ich weise ferner darauf hin, daß sich die Antragskommission um 14.00 Uhr im Zimmer 311 zusammenfindet.

Meine Freunde, wir haben eine Stunde Mittagspause vorgesehen. Ich berufe also die 2. Plenarsitzung für heute mittag 14.00 Uhr ein und darf die 1. Plenarsitzung schließen.

(Schluß: 13.03 Uhr)

Mittwoch, 9. Mai 1984
2. Plenarsitzung
Beginn: 14.16 Uhr

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die 2. Plenarsitzung dieses Bundesparteitags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung mache ich darauf aufmerksam, daß Initiativanträge zu den Stuttgarter Leitsätzen bis heute abend 18.00 Uhr beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen.

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION
DR. ALFRED DREGGER

Ich erteile das Wort unserem Freund Dr. Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! "Widerstand gegen den Unrechtsstaat", das war eines der Themen in der großen Rede unseres Bundeskanzlers heute morgen. Gibt es auch ein Recht auf Widerstand gegen den Rechtsstaat, gegen die Startbahn West, gegen die Raketenstationierung, gegen dieses oder jenes? Dieses Thema hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu Beginn dieses Jahres in Berlin aufgegriffen.

Über den Widerstand gegen den Unrechtsstaat hat Eugen Gerstenmaier, einer der letzten Tatzeugen des 20. Juli 1944, berichtet. Damals riskierten die Handelnden ihren Kopf, ihren Hals, ihr Leben. Schon am Abend nach dem Scheitern des Aufstandes waren Graf Stauffenberg und einige seiner Freunde durch Erschießungskommandos hingerichtet. Zu dem Risiko für die Handelnden kam die Ausweglosigkeit der Situation. Allein der Aufstand bot eine Chance, auf den verhängnisvollen Lauf der Dinge Einfluß zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, vor dem todernsten Hintergrund des 20. Juli 1944 ist alles, was uns heute im Rechtsstaat unter der Vokabel "Widerstand" geboten wird, nur als politische Harlekinade zu bewerten

(Beifall)

und als Beleidigung für die Opfer dieses 20. Juli.

Die fernsehbesonnten Widerständler von heute genießen ja alle Garantien des liberalen Rechtsstaates. Ihnen stehen zudem alle Wege offen, um ihre Ziele auf friedlichem Wege in demokratischer Weise anzustreben. Diese grundlegenden Unterschiede dürfen nicht verwischt werden.

Deshalb sage ich: Das Widerstandsrecht ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Es ist ein Ausnahmerecht, ein Nothilferecht, und zwar nur für die Verteidigung der Verfassung, nicht für ihre Zerstörung.

(Beifall)

Gegen Gesetze und Entscheidungen, die in einem Verfassungsstaat in verfassungsmäßiger Weise zustandegekommen sind, gibt es kein Widerstandsrecht.

(Beifall)

Diese Gesetze und Entscheidungen verpflichten vielmehr jedermann zum Gehorsam, auch aus ethischen Gründen. Denn die Alternative zum Gesetzesgehorsam ist das Chaos, sind Gewalt und Friedlosigkeit. Die werden wir nicht dulden.

Der Bundeskanzler und der Parteitag haben heute morgen die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 in Person einiger ihrer Vertreter in besonderer Weise geehrt. Diese Männer und Frauen des 20. Juli kamen aus allen politischen Lagern. Deshalb wollen wir sie nicht für uns in Anspruch nehmen. Aber ebenso wahr ist, daß die Unionsparteien nach dem Kriege aus ihrem Geist entstanden sind.

(Beifall)

Diesen geistigen und moralischen Ursprung der Union und die Standortbestimmung, die sich daraus ergibt, lassen wir uns nicht nehmen. Auch wenn es den Sozialdemo-

kraten nicht gefällt: Aus der Tatsache, daß die SPD eine Linkspartei ist, ergibt sich noch nicht, daß die Union eine Rechtspartei ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind d i e große Volkspartei, d i e breite politische Mitte in Deutschland, und das werden wir bleiben.

(Beifall)

Die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland ist legitim, weil sie auf der Zustimmung des Volkes beruht und weil die Inhaber dieser Staatsgewalt von den Wählern jederzeit abberufen werden können. Unser Verfassungssystem hat moralische Qualität. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Jugend teilt diese Einschätzung, wie die Demoskopie bestätigt. Alle Versuche, unserer Jugend den demokratischen Staat zu vermiesen, sind gescheitert. Deshalb können wir überzeugt sein: Die deutsche Jugend wird die deutsche Demokratie in die Zukunft tragen.

(Beifall)

Der andere Staat in Deutschland hat diese moralische Qualität nicht. Er ist illegitim, weil er nicht auf der Zustimmung des Volkes beruht. Die schrecklichen Grenzanlagen, mit denen die DDR ihre Untertanen bewachen läßt, enthüllen die ganze Schwäche ihres Systems. Wir müssen diese Grenze um des Friedens willen hinnehmen. Wir müssen mit den Verantwortlichen in Ost-Berlin handeln und verhandeln, um den Druck auf unsere Landsleute zu lockern und um den Zusammenhalt der Nation über diese Grenze hinweg zu wahren. Wir können das offenbar besser als unsere sozialdemokratischen Vorgänger, meine Damen und Herren. Aber auch unsere Erfolge werden begrenzt bleiben. Ohne Selbstbestimmung für die Deutschen in der DDR wird der riesige Nachholbedarf an Demokratie und an Rechtsstaatlichkeit in dem anderen Staat in Deutschland nicht gedeckt werden können.

(Beifall)

Selbstbestimmung für alle Deutschen, welche die Möglichkeit des staatlichen Zusammenschlusses selbstverständlich einschließt - nach Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn -, bleibt daher unser Ziel.

Die DDR fordern wir auf, eine Spitzenstellung im Warschauer Pakt nicht nur technologisch und ökonomisch - das ist der Fall, und darauf können unsere Landsleute in der DDR stolz sein -, sondern auch in der inneren Liberalisierung einzunehmen. Wir haben gewiß kein Interesse daran, daß Mitteldeutschland von Deutschen entblößt wird. Es ist schlimm genug, daß dieses Schicksal am Ende des Krieges Ostdeutschland zugefügt wurde. Wenn es aber der Volksrepublik Ungarn möglich ist, jedem ihrer Bürger in jedem Jahr eine Westreise zu gestatten, dann sollte das auch der DDR möglich sein, ohne daß das gleich in eine Massenflucht ausartet.

(Beifall)

Je mehr der Druck auf unsere Landsleute drüben gelockert wird, um so selbstverständlicher werden sie bei freiem Reiserecht in ihre angestammte Heimat zurückkehren.

Herr Honecker hat die Absicht, seine alte Heimat in der Bundesrepublik Deutschland zu besuchen. Das ist gut so; letzten Endes ist ja auch er deutscher Staatsbürger. Bitte, Herr Generalsekretär, kommen Sie aber nicht mit leeren Händen. Wir erwarten von Ihnen mehr als die Korrektur der in letzter Zeit entstandenen Mißhelligkeiten. Wir erwarten substantielle Verbesserungen für das Zusammenleben der Deutschen in Deutschland.

(Beifall)

Blieben sie aus, dann würde Ihre Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler ihren Sinn nicht erfüllen.

Meine Freunde, am I7. Juni fallen zwei Ereignisse zusammen: der Tag der Deutschen Einheit und die zweite Wahl zum Europaparlament. Das hat symbolische Bedeutung. Unser nationales Schicksal ist seit jeher mit dem Schicksal Europas untrennbar verknüpft. Das ergibt sich schon aus der geographischen Lage. Wir leben nicht auf einer Insel wie die Briten und nicht in einem "glücklichen Sechseck" mit nur einer offenen Grenze wie die Franzosen. Wir leben in der Mitte, von vielen Nachbarn umgeben.

Das alte, von Karl dem Großen um 8OO gegründete Reich konnte trotz dieser *Mittellage mehr als 1000 Jahre bestehen, weil es europabezogen war, in vielfältiger* Weise mit seinen Nachbarn verflochten, und weil es seiner Idee nach als "Schutz und Schirm der Christenheit" über sich selbst hinauswies. Samuel von Pufendorf hat dieses alte Reich unbeschadet dessen als ein "Monstrum" bezeichnet Das war ja auch richtig, wenn man die modernen Staaten seiner Zeit - Frankreich, Großbritannien und Spanien - zum Maßstab erhob. Aber dieses Urteil war ungerecht, was wir heute rückblickend besser erkennen können, als es Samuel von Pufendorf erkennen konnte. Das alte Reich war trotz seiner Mängel und Unvollkommenheiten eine großartige Rechts-, Friedens- und Kulturgemeinschaft, eine Gemeinschaft, die das Zusammengehen der Nationen und Konfessionen förderte und uns einen kulturellen Reichtum hinterlassen hat, der uns ja heute immer noch in unseren Städten begegnet.

Auf das alte Reich folgte 1871 das Bismarck-Reich, ein festgefügter, sauber geordneter Nationalstaat, dessen Preis allerdings die erste deutsche Teilung war. Seiner Mittellage konnte auch dieser Nationalstaat nicht entfliehen. Daß Russen, Franzosen und Briten sich gegen ihn zusammenschließen würden, war eine Gefahr, die von Anfang an bestand. Bismarck konnte dieser Gefahr durch eine ebenso kluge wie maßvolle Politik begegnen. Seine Nachfolger zeigten sich dieser schwierigen Aufgabe nicht gewachsen. So kam es zum Ersten Weltkrieg.

In den 30er Jahren dieses Jahrhunderts war Europa anscheinend bereit, die Ungerechtigkeiten des Versailler Friedensvertrages zu revidieren und Deutschland in Ost- und Mitteleuropa die Rolle einer Führungsmacht zuzuerkennen. Hitler hat diese Chance in einer noch nie dagewesenen Maßlosigkeit verspielt, von seinen schrecklichen Verbrechen, insbesondere an den Juden, ganz abgesehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir Deutsche als gebrannte Kinder eine Lehre aus unserer Geschichte ziehen können, dann die, daß deutsche Politik, die das Glück Europas nicht einbezieht, im deutschen Unglück enden muß.

(Beifall)

Diese historische Erkenntnis, daß unser Glück und das Glück Europas untrennbar verknüpft sind, ist noch viel wichtiger als die Vorteile, die unser Export in der Europäischen Gemeinschaft haben mag, und die Schwierigkeiten des Gemeinsamen Agrarmarkts. Aus dieser historischen Erkenntnis heraus arbeiten wir, die Union, für die Einheit Europas.

Meine Damen und Herren, Pufendorf würde vielleicht auch die Europäische Gemeinschaft als ein "Monstrum" bezeichnen, und es tun ja auch einige unserer Zeitgenossen. Wenn man von hergebrachten staats- und völkerrechtlichen Grundsätzen ausgeht, kann man das sogar für richtig halten. Aber ich behaupte: Bei all ihren Schwächen und Unvollkommenheiten ist die Europäische Gemeinschaft - der institutionelle Rahmen Europas - für unsere Zeit ebenso unentbehrlich, wie das alte Reich es in seiner Zeit für Europa gewesen ist.

(Beifall)

Heute brauchen allerdings nicht nur wir Deutsche das europäische Dach. Heute brauchen es alle europäischen Völker, wenn sie in einer geteilten und grundlegend veränderten Welt als freie Nationen in Frieden überleben wollen. Meine Damen und Herren, deshalb arbeiten wir für Europa: mit langem Atem, von Rückschlägen nicht entmutigt, mit der Hingabe, die diesem großen Ziel angemessen ist. Ich danke Helmut Kohl, daß er das Werk Konrad Adenauers in unserer Zeit mit großer Umsicht fortsetzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zu unseren Nachbarn gehören auch die kommunistisch beherrschten Staaten Ost- und Mitteleuropas. Die Polen begreifen sich nicht nur als Europäer - das sind auch die Russen -, die Polen begreifen sich als Teil des Abendlandes. Das ist auch zutreffend. Die Wahl eines Polen zum Papst hat das für alle sichtbar gemacht. Was für die Polen gilt, gilt auch für die Tschechen, Slowaken und Ungarn, die heute alle - sicherlich gegen ihren Willen - Teil des sowjetischen Imperiums sind - wie die Ost- und die Mitteldeutschen auch.

Das ist der revolutionäre Wandel in der europäischen Geschichte. Zum ersten Mal steht die Vormacht des Ostens schon im Frieden mitten in Deutschland. Berlin und Wien können nicht mehr die alte Funktion wahrnehmen, die sie jahrhundertelang ausgeübt haben, nämlich Widerlager der Vormacht des Ostens zu sein. Diese Vormacht des Ostens drückt heute unmittelbar - erstmals in der über tausendjährigen Geschichte Europas - auf den Westen Europas.

Die freie Welt und der freie Teil Europas haben auf diesen revolutionären Wandel, auf diese revolutionäre Verschlechterung ihrer Lage bisher zwei Antworten gefunden: Das eine ist die EG, das andere ist die NATO.

Die NATO hat die Expansion der Sowjetunion in Europa zum Stehen gebracht. Einen europäischen Pfeiler der NATO gibt es leider noch nicht, was die strategische Planung angeht. Die Franzosen haben sich unter de Gaulle aus der integrierten Kommandostruktur zurückgezogen. Sie haben ein rein nationales Verteidigungskonzept. Ihre Hauptstreitmacht ist die Force de Frappe, die allein dem Schutze Frankreichs zu dienen bestimmt ist. Ob und wie sich diese und die konventionellen Streitkräfte Frankreichs an der Verteidigung Deutschlands beteiligen, wird erst im Verteidigungsfall entschieden, und zwar nach Maßgabe der französichen Interessen.

Das ist für uns Deutsche unbefriedigend.

Es ist das Verdienst Helmut Kohls, mit Präsident Mitterrand vereinbart zu haben, ihren Außen- und Verteidigungsministern den Auftrag zu geben, eine bereits vergessene Bestimmung des Elysée-Vertrages aus dem Jahre 1963 zum Leben zu erwecken, in der es nämlich heißt, daß Deutschland und Frankreich sich bemühen wollen, ihre Strategie und Taktik so einander anzupassen, daß daraus ein gemeinsames Verteidigungskonzept entsteht. Meine Freunde, das muß ernst genommen werden.

(Beifall)

Das darf sich nicht auf die Versicherung guten Willens und Freundlichkeiten beschränken.

Die Aktivierung der WEU, ihrer parlamentarischen Gremien und auch ihrer Rüstungsagentur, kann die strategische Abstimmung der Europäer innerhalb der NATO erleichtern, aber nicht ersetzen.

Daß wir Deutsche uns an der Grenze zum sowjetischen Imperium trotz aller europäischen Versäumnisse bisher haben behaupten können, verdanken wir vor allem dem Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sichtbaren Ausdruck findet das in der Stationierung von fünf Divisionen und von atomaren Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden. Solange sich daran nichts ändert, sind wir Deutsche, meine Freunde, vor einem Angriff aus dem Osten absolut sicher; denn wer Deutschland angriffe, würde heute nicht nur auf die atomar unbewaffnete Mittelmacht Deutschland stoßen, sondern auch auf die Weltmacht USA mit all ihren militärischen Potentialen.

Für das Bündnis und damit für Deutschland war die Entscheidung über die Nachrüstung daher eine Existenzfrage. Wäre es der Sowjetunion gelungen - sie war nahe daran -, Deutschland aus seinen NATO-Verpflichtungen herauszubrechen, dann wäre das Ende der NATO und damit der deutschen Sicherheit nahe gewesen. Ich danke Helmut Kohl, daß er vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft an mit aller Klarheit und Entschiedenheit am Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses festgehalten hat.

(Beifall)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat - darauf bin auch ich etwas stolz - diese Nachrüstung am 22. November 1983 - ein, wie ich meine, historisches Datum - einstimmig gebilligt, trotz aller Pressionen, die auf sie nicht nur in Massendemonstrationen ausgeübt wurden, sondern auch in persönlichen Angriffen gegen einzelne Kollegen. Diese Entscheidung der Unionsfraktion und der FDP hat die NATO gerettet und den Frieden in Europa gesichert.

(Beifall)

Daß die USA trotz ihrer solidarischen Politik zum Hauptgegenstand der Kritik nicht weniger Europäer, insbesondere der deutschen Linken, geworden sind, dafür gibt es verschiedene Gründe. Der entscheidende dürfte sein, daß es die Europäer bisher nicht verstanden haben, ihre Verteidigungsanstrengungen zu verstärken und zusammenzufassen. Der tiefere Grund ist die selbstverschuldete europäische Schwäche,

und wie nicht selten im Leben und in der Politik führt dies zu Aversionen gegenüber demjenigen, von dem man abhängig ist. Diese freundliche Erklärung, die ich gefunden habe, meine Damen und Herren, rechtfertigt aber in keiner Weise die haßerfüllten Tiraden des Herrn Eppler und seiner Gesinnungsgenossen in der SPD und bei den GRÜNEN gegen die USA und ihren derzeitigen Präsidenten.

(Beifall)

Das Echo dieser Epplers in den USA ist größer, als es der Bedeutung dieser Leute entspricht. Aber es entsteht dadurch ein Bild über Deutschland, das den deutschen Interessen schadet. Wir Deutschen laufen Gefahr, zunächst in der Einschätzung von außen und schließlich auch in der Wirklichkeit uns wieder zwischen alle Stühle zu setzen, wie nicht selten in unserer Geschichte geschehen - eine verdammt ungequeme Lage an der Grenze von Ost und West in Europa.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Allianz ist nicht nur für Europa wichtig, sondern auch für die USA. Ohne diese Allianz wären die USA nicht in der Lage, ein annäherndes Kräftegleichgewicht in der Welt aufrecht zu erhalten, ohne daß auch sie aufs schwerste gefährdet würden. Die Rolle Europas - um auf eine aktuelle Diskussion anzuspielen - könnten Japan und die anderen ostasiatischen Länder auf diesem Feld nicht übernehmen; denn der Offensivdruck der Sowjetunion - das ergibt sich aus der Lage ihres Landes - richtet sich nach Westen und nicht nach Osten.

Aus dieser Lagebeurteilung heraus will ich ganz deutlich sagen, daß uns ein neues Rüstungsprojekt der USA Sorge bereitet. Die Amerikaner wollen die Fähigkeit erwerben, anfliegende Raketen des Gegners aus dem Weltall heraus unschädlich zu machen. Der Allianz würde das nicht schaden, wenn es technisch möglich wäre, Europa in diesen Schutz einzubeziehen. Sollte das aber wegen der Kürze der Flugzeiten nicht möglich sein und sollte die Sowjetunion ebenfalls die Fähigkeit gewinnen, aus dem Weltall heraus ihr Heimatterritorium in dieser Weise zu schützen, dann könnte sich für Europa eine fatale Lage ergeben: Die Weltmächte würden gegen Raketenangriffe unverletzbar, Europa aber nicht.

Die Entwicklungsarbeiten für dieses amerikanische Projekt sind mit etwa fünf Jahren veranschlagt. Ehe über die Realisierung entschieden wird, haben wir als deutsche und europäische Politiker die Chance, auf dieses Projekt Einfluß zu nehmen. Dabei wird auch die Frage zu klären sein, ob und wann die USA der Sowjetunion ein Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen auf diesem Felde machen sollten. Ich plädiere dafür, das zum geeigneten Zeitpunkt, der mir im Augenblick nicht gekommen zu sein scheint, zu tun, unbeschadet vieler schlechter Erfahrungen, die bei den Rüstungskontrollverhandlungen bisher gemacht wurden.

Meine Freunde, mit allem Ernst möchte ich sagen - insbesondere an die Adresse einiger Amerika-Kritiker: Es ist wichtig, daß Deutsche und Amerikaner auch über diesen gewiß schwierigen Komplex als Freunde miteinander sprechen können. Die Konsultationen zwischen der Regierung Kohl und der amerikanischen Administration laufen bereits. Union und FDP können das; die heutige SPD würde dazu kaum noch in der Lage sein. Seien wir uns klar darüber: Auf notorische Amerika-Gegner, die die USA permanent fehleinschätzen und diffamieren, wird in den Vereinigten Staaten von Amerika niemand hören.

(Beifall)

Auch in der Politik gegenüber der Sowjetunion unterstützt die Fraktion einmütig die Politik des Bundeskanzlers. Sie ist von zwei Grundsätzen bestimmt: von unserem unbedingten Willen zur Selbstbehauptung und von unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. Wir sind bereit, dabei auch Risiken einzugehen, die sich aus der damit verbundenen Stärkung der Sowjetunion ergeben. Das Erdgas-Röhren-Geschäft ist dafür ein Beispiel. Die Sowjetunion ist auf dem Markt ziviler Güter nur beschränkt wettbewerbsfähig. Wir erschließen mit europäischem Kapital und europäischer Technologie hier der Sowjetunion eine ständig sprudelnde Devisenquelle - für sie von ungeheurem Wert. Das macht deutlich: Wir lassen uns zwar nicht einschüchtern, aber wir wollen Frieden und Zusammenarbeit auch mit der Sowjetunion.

Meine Damen und Herren, ebenso wie den Beschluß zur Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen hat die Bundestagsfraktion auch die Haushaltsbegleitgesetze mit ihren Eingriffen zu Lasten von 30 Millionen unserer Mitbürger - eine Entscheidung, die wir sehr ungern getroffen haben - einmütig getroffen, wie zuletzt auch die Vorruhestandsregelung, die sich offensichtlich bewährt. Ich bin überzeugt - jetzt wage ich eine mutige Prognose -, daß wir auch bei der Tarifreform für die Lohn- und Einkommensteuer und dem Familienlastenausgleich am Ende einer ausgiebigen Diskussion auch mit den Ländern zu einer einmütigen Lösung finden werden.

Über zwei Punkte besteht in der Fraktion Übereinstimmung:

1. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens am 1. Januar 1986 in einem Paket: Familienlastenausgleich und Tarifreform zusammen.

2. Gleichzeitig mit der steuerlichen Entlastung muß über die Transferleistungen entschieden werden, über den Zuschlag zum Kindergeld für die niedrigen Einkommensschichten, über die Ausdehnung des Mutterschaftsgeldes auf alle Mütter - worüber prinzipiell bereits ein Beschluß herbeigeführt worden ist - und für den Einstieg in das Erziehungsgeld.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir denken nicht nur an diejenigen, die steuerlich entlastet werden können, sondern selbstverständlich auch an diejenigen, die aufgrund ihrer Lebensverhältnisse keine Steuern zahlen und daher in dieser Weise auch nicht gefördert werden können. Die steuerlichen Entlastungen in der unteren Zone müssen etwa dem entsprechen, was an Transferleistungen denen zukommt, die steuerlich nicht erfaßt werden können.

Noch offen sind zwei wichtige Fragen:

Wird die kleine oder die große Lösung verwirklicht? Das ist noch offen. Die Präferenz der Fraktion liegt eindeutig bei der sogenannten großen Lösung. Nur mit einem Volumen von 20,6 Milliarden DM in 1986 lassen sich zwei wichtige Ziele gleichzeitig erreichen, nämlich den steuerlichen Familienlastenausgleich nennenswert herbeizuführen - das ist unser Herzensanliegen -, aber auch die Progression im Lohn- und Einkommensteuertarif, die zu Grenzbelastungen führt, die immer größer werden, stärker dem Idealtarif anzunähern - nicht ihn zu bewirken - das geht mit 15 Milliarden DM nicht - aber sich ihm anzunähern.

Mit der großen Lösung stellt sich die Frage der Teilkompensation. Dazu möchte ich vier Anmerkungen machen.

1. Unvermeidliche Mehrausgaben im Bundeshaushalt - zum Beispiel für die Europäische Gemeinschaft, für die Bundeswehr - müssen in diese Überlegungen einbezogen werden. Aber man soll bitte nicht die Ausgaben für die Bundeswehr und für Europa nachher in Zusammenhang mit dem bringen, was wir in der Tarifreform und mit dem Familienlastenausgleich beschließen wollen. - Eine große Gefahr.

2. Außer der Finanzlage des Bundes muß die der Länder, die leider sehr unterschiedlich ist, und die der Gemeinden beachtet werden. Der Bund trägt gesamtstaatliche Verantwortung.

3. Die Konsolidierung der Staats- und Sozialhaushalte darf nicht gefährdet werden. Sie ist für die Verstetigung und Verstärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs - darum geht es - ebenso wichtig wie steuerliche Entlastungen. Ich unterstütze da voll den Finanzminister.

4. Nach dem Subventionsbericht - das ist jetzt ein Thema, mit dem man sich ein bißchen näher befassen muß - gibt es Steuersubventionen oder - sagen wir es so - Steuervergünstigungen in Höhe von 44 Milliarden DM. Wie teilen die sich auf? Davon kommen 13 Milliarden DM den Arbeitnehmern unmittelbar zugute. Weitere 1,5 Milliarden DM dienen der Vermögensbildung, an denen in diesem Bereich auch die Arbeitnehmer partizipieren. 9 Milliarden DM entfallen auf die Wohnungsbauförderung, 6,6 Milliarden DM auf die Berlin- und Zonenrandförderung und sonstige regionale Strukturmaßnahmen - außerhalb des Arbeitnehmerbereichs. Dem Gesundheitswesen und der Kulturförderung gelten 7,7 Milliarden DM. Auf den Verkehr entfallen 1,5 Milliarden DM, auf die Landwirtschaft 1,7 Milliarden DM und schließlich 2,6 Milliarden DM auf die gewerbliche Wirtschaft, darunter die Abschreibungserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen, die wir erst im vergangenen Jahr beschlossen haben.

Meine Damen und Herren, das ist eine bunte Palette. Wer glaubt, durch den Abbau dieser Steuervergünstigungen den sozialen Ausgleich schaffen zu können, der irrt sich.

Mir liegt es fern, Steuersubventionen zum Tabu zu erklären. Aber bitte keine Pauschalurteile, sondern Einzeluntersuchungen. Und die Folgen auch im wirtschaftlichen Bereich bedenken, die sich hier oder dort ergeben würden.

Regierung und Koalition müssen sich in den nächsten Wochen entscheiden. Ich plädiere dafür, das bald zu tun. Es gibt immer eine Phase der Diskussion, und dann kommt die Phase der Entscheidung. Und wir müssen auch hier unsere Handlungsfähigkeit zeigen. Das erfordert analytische Kraft, Besonnenheit und Entschlossenheit. Schlagworte werden der Sache nicht gerecht, meine Damen und Herren. Es geht um den richtigen Kurvenverlauf für das Jahr 1986. Die Kurve der Wirtschaftsentwicklung muß weiter nach oben zeigen und die Kurve des Schuldenzuwachses weiter nach unten. Um diese beiden Kurven geht es.

(Beifall)

Ich möchte ein Wort zur Parteienfinanzierung sagen. Es ist angekündigt worden, daß heute nachmittag darüber diskutiert werden wird. Meine Damen und Herren, wenn

ich Beiträge im Rundfunk oder im Fernsehen höre, dann höre ich immer nur Meinungen und keine Informationen. Deswegen bin ich so glücklich, daß jetzt der Parteitag stattfindet und wir auch Informationen vermitteln können.

Zunächst ein Wort aus rechtsstaatlicher Sicht an die Kritiker. Rechtsklarheit, die Kalkulierbarkeit des Rechts, ist ein wesentliches Element der Rechtsstaatlichkeit. Es darf nicht eine Frage des Lotteriespiels sein, ob das, was ich heute tue, in einigen Jahren bestraft wird oder nicht bestraft wird.

(Beifall)

Es gab - und für die Vergangenheit ist das noch so - kein Rechtsgebiet, das so unklar geregelt war und gehandhabt wurde wie die Parteienfinanzierung. Die Praxis, die heute einige Staatsanwaltschaften beanstanden, ist seit ca. 20 Jahren geübt worden. Das war allgemein bekannt. In der Vergangenheit haben das keine Staatsanwaltschaft und keine Finanzbehörde beanstandet, ja teilweise ist es sogar bestätigt worden, und zwar in Betriebsprüfungen. Das kann man doch nicht ignorieren. Auf diese Praxis haben sich ehrenhafte Bürger bei der Unterstützung demokratischer Parteien, und zwar aller demokratischen Parteien, verlassen. Und ich meine: Sie mußten sich darauf verlassen können. Auch ich war der Meinung, das sei in Ordnung.

Unbeschadet dessen wäre es meines Erachtens die Pflicht des Gesetzgebers gewesen, diese Praxis entweder zu bestätigen oder zu verwerfen, in jedem Fall eine eindeutige rechtliche Regelung zu treffen.

(Beifall)

Die niedersächsische Landesregierung hat dankenswerterweise die Initiative ergriffen und ein Bundesverfassungsgerichtsurteil herbeigeführt, Ende der 70er Jahre. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Gesetzgeber eine eindeutige gesetzliche Regelung beschließen müssen. Unser Parteivorsitzender, Helmut Kohl, hat aus der Opposition heraus alles getan, um ein solches Gesetz zustande zu bringen. Aber er ist wie immer in dieser Frage an der SPD gescheitert, die unfähig war, sich für eine Lösung zu entscheiden und sich zu einigen.

Wir haben Ende letzten Jahres eine klare Regelung für die Zukunft getroffen. Jetzt weiß jeder, woran er ist. Und wer diese Regelung verletzt, wird zur Verantwortung gezogen. Das betrifft die Zukunft. - Der Amnestiegesetzentwurf will diese Rechtsklarheit nun auch für die Vergangenheit schaffen. Ich meine, es ist eine ziemliche Unverfrorenheit der SPD, wenn sie dagegen aus vordergründigen Erwägungen opponiert, obwohl sie auf demselben Wege wie wir über die Jahre hinweg Millionenbeträge zur Finanzierung ihrer politischen Arbeit erhalten hat und obwohl sie selber ihren Spendern empfohlen hatte, diesen Weg zu gehen.

(Beifall)

Es widerspricht den Gesetzen des Anstands und der Moral, wenn die SPD meint, nicht sie müsse dafür haften, sondern die Spender müßten dafür haften, die ihrem Rat in der Vergangenheit gefolgt sind.

Die Gesetzesvorlage, meine Damen und Herren, ist in den Führungsgremien aller drei Koalitionsparteien vorbereitet und mit den Verfassungsexperten abgestimmt

worden. Von dem Ergebnis sind als erste - man höre und staune - die Abgeordneten informiert worden, die ja nachher das letzte Wort haben werden, weil sie den Beschluß herbeiführen müssen. Deswegen, meine ich, war es richtig, daß sie endlich einmal das erste Wort hatten.

(Beifall)

Ich finde, es entspricht der Würde des Parlaments, daß wir als erste angesprochen *werden und nicht erst hinterher, wenn wir es in der Zeitung gelesen haben.*

Die Gesetzesvorlage wird in der nächsten Plenarsitzung in Bonn beraten werden. Anschließend kommt sie in die Ausschüsse. Dort wird sie geprüft. Die Oppostion kann und wird alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen - das ist selbstverständlich; das nehmen wir gar nicht übel -, und wir werden alle Sitzungen, die sie wünscht, anbieten. Aber wir legen Wert darauf, daß diese Vorlage vor der Sommerpause verabschiedet wird, weil wir überzeugt sind, daß sie dann verabschiedungsreif ist. Und wenn etwas verabschiedungsreif ist, muß es verabschiedet werden.

(Beifall)

Meine Freunde, seit dem 4. Oktober 1982, seitdem Helmut Kohl Bundeskanzler ist, habe ich die Ehre, an der Spitze von 253 Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu stehen. Ich möchte vor diesem Parteitag rühmend hervorheben und mich gleichzeitig bei meinen Kolleginnen und Kollegen dafür sehr herzlich bedanken, daß sich diese Fraktion sehr bald in ihre neue Aufgabe als Regierungsfraktion eingefunden und bisher alle Aufgaben zügig, solidarisch und wirksam erfüllt hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Unionsfraktion war allen Gremien der Union ein Beispiel an Solidarität und an innerem Zusammenhalt. Hervorheben möchte ich die völlig problemlose und freundschaftliche Kollegialität mit den Abgeordneten der CSU, die mit uns in einer Fraktion vereinigt sind, insbesondere mit ihrem hervorragenden Vorsitzenden Theo Waigel, der zu meiner Freude in unserer Mitte ist.

(Beifall)

Mit der FDP gibt es in einigen Fragenbereichen selbstverständlich unterschiedliche Ausgangspositionen. Aber beide Fraktionen, CDU/CSU und FDP, sind kompromißfähig. Dazu trägt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Mischnick, erheblich bei. Aus der noch nicht langen Erfahrung, aber immerhin seit Oktober 1982, möchte ich meine Überzeugung äußern, daß die Regierung und die Koalitionsfraktionen bis zum Ablauf dieser Legislaturperiode ihre Aufgaben erfüllen werden. Die Regierung Helmut Kohl wird zu einem Erfolg werden: für unsere Mitmenschen, für unsere Mitbürger, für Deutschland, unser Vaterland.

(Anhaltender Beifall)

Albrecht Martin, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Alfred Dregger sehr herzlich für diesen Bericht. Wir danken ihm zugleich für die Arbeit, die er als

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion leistet. Wir wissen, daß diese Arbeit nicht weniger wichtig und nicht weniger bedeutsam dadurch geworden ist, daß die Fraktion der CDU/CSU jetzt regierungstragende Fraktion ist. Wir danken ihm und allen Mitgliedern der Fraktion sehr herzlich für die geleistete Arbeit.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es gibt jetzt ein paar zeitliche und organisatorische Probleme. Der nun vorgesehene Redner, unser Freund Franz Josef Strauß, ist zwar eingeflogen, aber noch nicht hier angelangt. Ich schlage vor, daß wir erneut die Tagesordnung ändern und in der Zwischenzeit die Neuwahl des Bundesparteigerichts vornehmen. Ich schlage Ihnen also eine Änderung der heute morgen beschlossenen Tagesordnung vor.

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt die Beratung des laufenden Tagesordnungspunkts kurz unterbrechen und den Tagesordnungspunkt 14 aufrufen? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die klare Mehrheit. Wir können so verfahren.

Weitere Tagesordnungsänderungswünsche des Generalsekretärs werden zum richtigen Zeitpunkt aufgenommen und berücksichtigt.

Entsprechend dem vorhin gefaßten Beschluß rufe ich den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

NEUWAHL DES BUNDESPARTEIGERICHTS DER CDU FÜR DIE ZEIT VOM 7.11.1984 -6.11.1988

Der Bundesvorstand hat am 26. März 1984 beschlossen, Ihnen für die Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. November 1984 bis zum 6.11.1988 den Ihnen vorliegenden Wahlvorschlag zu unterbreiten. Sie haben ihn in Ihren Mappen auf einem besonderen Blatt.

Gemäß 29 Abs. 3 Statut und 5, 6 Abs. 1 Parteiengerichtsordnung der CDU sind vom Bundesparteitag fünf ordentliche Mitglieder, darunter der Vorsitzende, sowie fünf stellvertretende Mitglieder zu wählen. Die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Parteifreunde haben sich zur Kandidatur und Annahme der Wahl bereiterklärt.

Ich frage, ob weitere Vorschläge für das Bundesparteigericht - ordentliche Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder - gemacht werden? - Ich sehe keine weiteren Vorschläge.

In Übereinstimmung mit 15 Abs. 2 Satz 2 Parteiengesetz kann gemäß 43 Abs. 1 letzter Satz Statut der CDU bei dieser Wahl offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt.

Ich frage: Erhebt sich Widerspruch? - Ich stelle fest: Es erhebt sich kein Widerspruch. Es kann so verfahren werden. Wir können demnach durch Erheben der Stimmkarten wählen.

Vorsorglich mache ich darauf aufmerksam, daß nach 28 Abs. 3 Statut in Verbindung mit 29 Abs. 3 Statut die Stimmen der Delegierten der Exil-CDU bei dieser Wahl nicht mitgezählt werden.

Wer mit der Wahl des vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Bundesparteigerichts - ordentliche Mitglieder und Stellvertreter 1984 bis 1988 - einverstanden ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest: Dies ist eine einstimmige Wahl. Ich bedanke mich.

Dem neugewählten Bundesparteigericht der CDU möchte ich namens des Bundesparteitags herzlich gratulieren und die besten Wünsche für die wichtige, oft sicher auch mühselige Arbeit in den kommenden Jahren aussprechen.

(Beifall)

Für die Arbeit der jetzt zu Ende gehenden Amtsperiode des Bundesparteigerichts möchte ich allen seinen bisherigen Mitgliedern sehr herzlich danken, besonders den nicht mehr kandidierenden Herren Landrat a.D. Heinz Wolf aus Limburg, der seit 1960 Mitglied des Bundesparteigerichts war, und Rechtsanwalt und Notar Rudolf Luster MdEP, Berlin, der 1972 in das Bundesparteigericht gewählt worden war.

Ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung möchte ich dem Vorsitzenden des Bundesparteigerichts, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Heinrich Barth aus Bonn, aussprechen, der dem Bundesparteigericht ununterbrochen seit 196o angehört und seit 1964 als Vorsitzender amtiert.

(Beifall)

Diese beispielhafte Kontinuität der Amtsführung ist ein wesentlicher Beitrag für Existenz, Wirksamkeit und Anerkennung der Parteischiedsgerichtsbarkeit, die ihre Wurzeln im Parteiengesetz und im deutschen Vereins- und Verbandsrecht hat. Im demokratischen Rechtsstaat müssen sich die Mitglieder, die Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen der politischen Parteien darauf verlassen können, daß bei Schlichtung und Scheidung von Streitigkeiten mit einzelnen Mitgliedern oder über Auslegung und Anwendung der Satzung für alle Beteiligten das rechtliche Gehör, ein gerechtes Verfahren und die sonstigen Garantien des Rechtsstaats gesichert sind. Dies alles erfordert unermüdliche, oft harte, meist im Stillen geschehende Arbeit, für die wir Ihnen, Herr Dr. Barth, und Ihren Mitarbeitern sehr dankbar sind.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wir müssen im Sinn unserer gemeinsamen Absicht, ernsthaft und erfolgreich hier zu arbeiten, eine weitere Änderung der Tagesordnung vornehmen. Ich schlage Ihnen vor, uns durch erneute Änderung der Tagesordnung zu ermöglichen, die Anträge zur Änderung des Statuts der CDU jetzt zu behandeln. Das sind die Gruppen F 1, F 2 und F 3 im Rahmen des Tagesordnungspunkts 13.

Darf ich Sie zunächst fragen - ich muß das beschließen lassen -, ob der Parteitag damit einverstanden ist, unter weiterer Unterbrechung des Tagesordnungspunkts 10

- Aussprache zu den Berichten - jetzt den Tagesordnungspunkt 13 - Anträge F 1, F 2 und F 3 - zu behandeln? - Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe daher den TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

ÄNDERUNGEN
- DES STATUTS DER CDU
- DER FINANZ- UND BEITRAGSORDNUNG DER CDU (FBO)
- DER BEITRAGSREGELUNG DER CDU

Ich stelle zunächst fest, daß der Antrag F 1 mit der erforderlichen satzungsändernden Mehrheit angenommen werden muß.

Nun zunächst für die Antragskommission Herr Dr. Friedrich Vogel zum Antrag F 1.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anträge, die sich mit einer Änderung des Statuts der CDU, mit einer Änderung der Finanz- und Beitragsordnung und mit einer Neufassung der Beitragsregelung befassen, beruhen auf den grundlegenden Änderungen des Rechts der Parteienfinanzierung, die am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist. Der Bundesvorstand hat sich mit diesen Fragen befaßt, nachdem sich die zuständigen Gremien, die Bundesfinanzkommission und der Bundesfinanzausschuß, der CDU mit diesen Fragen befaßt haben. Er hat auf Grund der Empfehlungen in seinen Sitzungen am 23. Januar und 26. März 1984 die vorliegenden Anträge beschlossen und dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der Parteivorsitzende hat deutlich zum Ausdruck gebracht, er lege großen Wert darauf, daß das am 1. Januar 1984 in Kraft getretene Parteifinanzierungsgesetz von der Bundespartei und sämtlichen Parteigliederungen, -vereinigungen strikt einzuhalten sei. Der Bundesvorstand hat deshalb diesem Bundesparteitag entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme dieser Anträge. Ich darf zum Antrag über die Neufassung der Beitragsregelung darauf aufmerksam machen, daß keine Änderung der derzeitigen Beitragssätze und insbesondere auch keine Änderung der Abführungsbeträge der Landesparteien an die Bundespartei vorgesehen ist, daß aber durch die Regelung, die wir jetzt treffen, die Finanz- und Beitragsregelung Bestandteil des Satzungsrechts der CDU werden.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese Ausführungen, lieber Friedrich Vogel.

Ich darf zunächst fragen, ob das Wort zur allgemeinen Aussprache über die Anträge F 1, F 2 und F 3 gewünscht wird. - Das Wort wird nicht gewünscht. Dann treten wir in die Einzelberatung ein.

Wir brauchen jeweils die statutenändernden Mehrheiten. Ich rufe auf Antrag F 1. Das ist die Seite 69 f der Antragsbroschüre. Wird zum Antrag F 1 das Wort gewünscht? - Ich sehe keine Wortmeldung.

Sind Sie damit einverstanden, daß ich über den Antrag F 1 insgesamt abstimmen lasse? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann lasse ich jetzt über den Antrag F 1 insgesamt abstimmen. Die Abstimmung kann nach 42 Abs. 1 des Statuts offen erfolgen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß nach 28 Abs. 3 in Verbindung mit 29 Abs. 5 des Statuts die Stimmen der Delegierten der Exil-CDU nicht mitgezählt werden.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß für die Satzungsänderung nach 41 Satz 3 die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich ist. Damit es keinen Zweifel gibt: Die Mandatsprüfungskommission wird nachher berichten. Ich habe einen Zwischenbericht, nach dem 94, 2 Prozent der Delegierten um 14.45 Uhr anwesend waren. Wir sind auf jeden Fall in der Lage, die Rechtmäßigkeit der statutenändernden Beschlüsse zu prüfen.

Ich bitte alle diejenigen, die dem Antrag F 1 insgesamt zustimmen wollen, die Stimmkarte zu zeigen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich bitte um Enthaltungen? - Ich stelle fest: Bei einer Gegenstimme ist der Antrag F 1 angenommen. Aus der Delegiertenzahl, die ich genannt habe, ergibt sich, daß die notwendige Mehrheit unstrittig erreicht ist.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Statut der CDU Deutschlands vom 27. April 1960 in der Fassung zustimmen wollen, wie sie sich aus den eben beschlossenen Änderungen ergibt, um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist, wenn ich es richtig sehe, einstimmig. Dann stelle ich für das Tagungspräsidium fest, daß der Bundesparteitag mit der erforderlichen Mehrheit dem Statut der CDU zugestimmt hat in der Fassung, die wir eben beschlossen haben.

Ich rufe nunmehr Antrag F 2 - Seite 70 ff. der Antragsbroschüre - auf. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte, auch hier wieder mit einer Gesamtabstimmung einverstanden zu sein. Ich sehe keinen Widerspruch. - Auch diese Abstimmung kann offen erfolgen, da die Finanz- und Beitragsordnung gemäß 46 Abs. 2 des Statuts Bestandteil des Statuts ist. Unsere Freunde von der Exil-CDU können auch hier nicht mitstimmen. Auf die Notwendigkeit der statutenändernden Mehrheit habe ich aufmerksam gemacht.

Wer dem Antrag F 2 seine Zustimmung zu geben wünscht, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, daß der Antrag F 2 mit der erforderlichen Mehrheit vom Bundesparteitag angenommen ist.

Wer der Finanz- und Beitragsordnung vom 17. November 1969 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig. Ich stelle fest, daß auch die Finanz- und Beitragsordnung der CDU insgesamt in der neuen Fassung mit der erforderlichen absoluten Mehrheit beschlossen worden ist.

Ich rufe nunmehr den Antrag F 3 - Seite 73 f der Antragsbroschüre - auf. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Wird zu den vorgeschlagenen Änderungen der Beitragsregelung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich gehe davon aus, daß der Bundesparteitag Sammelabstimmung wünscht. Ich sehe keinen Widerspruch. - Dann ist das so beschlossen.

Da die Beitragsregelung kein Bestandteil des Statuts der Union ist, kann über diesen Antrag mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entschieden werden. Die Delegierten der Exil-CDU sind hier voll stimmberechtigt.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem Antrag F 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung so beschlossen. Ich stelle fest, daß der Bundesparteitag den Antrag F 3 angenommen hat. Die Beitragsregelung vom 23. Juni 1975 gilt damit mit den jetzt beschlossenen Änderungen.

Damit ist die Beratung des Punktes 13 der Tagesordnung abgeschlossen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen sehr herzlich für die aufmerksame und zügige Mitarbeit, vor allem aber dafür, daß Sie zugestimmt haben, diesen Punkt vorzuziehen.

Ich höre, daß der Vorsitzende unserer Schwesterpartei Franz Josef Strauß inzwischen eingetroffen ist.

(Dr. h. c. Franz Josef Strauß und Dr. Helmut Kohl betreten gemeinsam den Saal und werden von den Delegierten mit Beifall empfangen)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir begrüßen den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, den Ministerpräsidenten Bayerns Dr. Franz Josef Strauß, herzlichst auf unserem Parteitag.

(Beifall)

Wir alle wissen es - und die Bürger in Deutschland wissen es auch -: Die beiden Schwesterparteien halten zusammen und müssen zusammenhalten.

Ich als "Nordlicht" begrüße natürlich Dr. Strauß mit besonderer Freude, weil wir am EG-Rand liegen, zwei große Länder vertreten, viel Gemeinsames haben, und zwar mehr als das Evangeliar - aber das eben auch.

Wir freuen uns, daß Franz Josef Strauß zu uns sprechen wird. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundesparteivorsitzender! Meine sehr verehrten Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein herzliches Wort des Dankes für den freundlichen Empfang. Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß man den Redner oben nicht, aber unten einigermaßen versteht. Das ist möglicherweise eine Gelegenheit, so zu reden, daß man oben nicht verstanden werden soll und nur unten verstanden werden kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe Ihnen letztes Jahr bei meiner Grußansprache ein herzliches "Grüß Gott" aus der "heimlichen Hauptstadt" des Bundes, aus München, zugerufen. Wenn ich mir den Saal heute anschaue, möchte ich das noch etwas erweitern und sagen: In München steht ein Hofbräuhaus. Denn die Gemütlichkeit des Hofbräuhauses, addiert mit der Gemütlichkeit dieses Saales, geteilt durch zwei, ergäbe eine noch bessere Atmosphäre dieses Parteitages.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer daraus allerdings eine tiefsinnige politische Bemerkung ableiten will, der sollte seinem Pegasus oder seinem Vogel ruhig noch etwas Wasser geben, um daraus dann seinen Kommentar zu fertigen.

Ich möchte Ihnen Dank und Gruß entbieten, wie wir seit Jahren - Helmut Kohl beim Parteitag der Christlich Sozialen Union in München und ich bei Ihren Parteitagen an verschiedenen Stätten - die Delegierten der jeweils anderen Unionspartei im Sinne der gemeinsamen Sache und in Erfüllung des gemeinsamen Auftrages mit grundsätzlichen oder auch mit einigen Einzelproblemen angesprochen haben.

Eines steht heute mehr denn je fest: CDU und CSU sind sich dessen bewußt und müssen sich dessen bewußt sein, daß wir gemeinsam eine historische Verantwortung tragen.

(Beifall)

Man sollte das Wort "historisch" genauso wie den Begriff "christlich" nicht für jede Alltagsfrage verwenden und damit abwerten. Wenn man aber sieht, wie sich heute die politischen Fronten gegenüberstehen, wenn man die politischen Herausforderungen, die politischen Aufgaben, die Risiken und die Chancen sieht, so ist in diesem Zusammenhang der Begriff "historisch" kein inflationärer Wortgebrauch, keine Übertreibung.

Wir tragen diese Verantwortung seit der zweiten Hälfte der 40er Jahre. Wir haben sie auch in den 13 Jahren unserer Oppositionstätigkeit in Bonn vom Herbst 1969 bis zum Herbst 1982 getragen; denn wenn diese Oppositionstätigkeit nicht erfolgreich gewesen wäre, dann wären der Marsch in die sozialistische Gesellschaft und der Marsch in den sozialistischen Staat viel schneller und viel weiter vor sich gegangen, als es der Fall gewesen wäre, wenn wir dem nicht entgegengewirkt und uns dem nicht entgegengestemmt hätten.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland und Europa sind nach dem Zweiten Weltkrieg entgegen den damaligen Befürchtungen geschichtlich nicht untergegangen. Deshalb schauen wir dankbar rückwärts, weil wir in der Frage der Deutschlandpolitik eine weitere Ausuferung und eine sinnlose Fortsetzung dieser Politik im Sinne eines "do", ohne daß damit ein "des" verbunden ist, durch unsere Opposition verhindert haben. Wir haben im Zusammenwirken zwischen der Fraktion der CDU/CSU, der ich bis Ende 1978 angehörte, und dann später dank der Zusammenarbeit zwischen der Fraktion der CDU/CSU und der Mehrheit im Bundesrat auf gesellschaftspolitischem, besonders auf finanz- und steuerpolitischem, aber auch auf bildungspolitischem Gebiet das Schlimmste verhindern können. Damit wurde für die heutige Regierungstätigkeit eine wertvolle Basis geschaffen. Es war ohnehin genug Schutt aufzuräumen, und einiges an Schutt, der aufgeräumt werden muß, liegt auch jetzt noch auf dem Weg.

Wir haben uns - und deshalb schauen wir mutig vorwärts - große Ziele gesetzt. Wenn man wenige Wochen vor dem 17. Juni von großen Zielen spricht, muß man, auch wenn es heute schon fast wieder wie eine Utopie klingt, das Wort von der Einheit, der politischen Einigung Europas an die erste Stelle setzen.

(Beifall)

Das ist nach wie vor unser großer politischer Auftrag. Die Bundesrepublik Deutschland muß dabei die führende Kraft sein. CDU und CSU wiederum sind die motorischen Kräfte, die trotz der Rückschläge, trotz der Stagnation den Prozeß der Einigung Europas vorwärtstreiben.

Auch wenn wir heute das Ziel nur von ferne sehen, so wissen wir doch: Keine politische Reise kann ihr Ende, kann das gute Ziel erreichen, wenn sie nicht mit dem ersten Schritt beginnt. Der erste Schritt ist getan. Es sind weitere Schritte getan, wenn diese Schritte in die richtige Richtung gesetzt werden. Deshalb schauen wir mutig vorwärts. Ich werde mit einigen Worten auch begründen, warum wir mutig vorwärtsschauen können.

Ich nenne als weiteres Ziel - und das ist der große Unterschied zwischen CDU/CSU und der SPD sowie anderen politischen Gruppen - : Wir haben die Wiedervereinigung Deutschlands nie aus dem Blick, nie aus dem Sinn und nie aus der Zielorientierung verloren.

(Beifall)

Wir haben sie auch nicht verspielt, weil der Kurs Brandt/Bahr schon zur Zeit unserer Opposition gestoppt worden ist - ein Anlaß für uns, wieder mutig vorwärts zu blicken.

Für eine ganze politische Generation - und das geht über den Rest dieses Jahrhunderts hinaus - liegt ein dickes Bündel großer, bedeutender Aufgaben und schwerer politischer Entscheidungen vor uns. Wesentlich ist - das ist kein politisches Testament, aber eine herzliche Bitte - , daß die Grundlinien der CDU/CSU-Politik, wie sie in der zweiten Hälfte der 40er und in den 50er Jahren festgelegt worden sind, den jeweiligen wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen Gegebenheiten, der jeweiligen gesellschaftlichen Weiterentwicklung entsprechend, nach wie vor das Fundament sind, auf dem wir unsere Politik für heute und für morgen gestalten. Das ist die geschichtliche Kontinuität der geschichtlichen Ausgangsgrundlagen, aber auch die geschichtliche Kontinuität unserer Zielorientierung.

Wir befinden uns noch in der ersten Halbzeit der ersten Legislaturperiode nach den Wahlen 1983. Wir wissen sehr wohl, daß das, was im Herbst 1982 - jahrelang ersehnt - eingetreten ist, mit dem sehr vieldeutigen, sehr anspruchsvollen, sehr weitreichenden Begriff "Wende" bezeichnet worden ist. "Wende" war die Parole, und zwar eine grundsätzliche Wende auf allen Gebieten, wo die liberalsozialistische Kulturrevolution den Marsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung mit unterschiedlichen Erfolgen unternommen hatte. Das heißt, eine wirtschaftliche Wende mit Auswirkungen auf finanziellem und sozialpolitischem Gebiet als pragmatische Kurskorrektur ist notwendig und selbstverständlich. Sie ist eingetreten. Hier ist in kurzer Zeit ein erster Erfolg zu verspüren. Aber die Todsünden von 13 Jahren haben die materielle und moralische Struktur unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft nachhaltig verändert.

Deshalb warne ich davor, unsere politischen Scheinwerfer allein auf den Tatbestand dieser pragmatischen Kurskorrektur, auf die Aufgaben der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu richten, deren Notwendigkeit und deren Unerläßlichkeit von niemandem bestritten und die auch nicht nachhaltig genug betont werden können.

Aber ich denke daran, welche Verformungen in unserem Bildungssystem eingetreten sind. Ich sehe z.B., daß man versucht hat, die Politik zu entstaatlichen, sie nur mehr an der Wäscheleine aufzuhängen zwischen Bürgerinitiativen auf der einen Seite und letztinstanzlichen Urteilen der obersten Gerichte auf der anderen Seite. Ich sehe die Versuche, die Geisteskrankheit zu entpsychiatrisieren, bis sie allmählich zum Normalzustand erklärt worden wäre, oder auch die Entmoralisierung des Verbrechens, weil das Verbrechen ja nichts anderes sei als eine Funktion falscher gesellschaftlicher Verhältnisse. Dieses Denken ist noch heute in gewissen Kreisen, Zirkeln, auch politischen Gruppierungen nach wie vor vorhanden. Man sollte die Gefährlichkeit dieser Entwicklung auch heute nicht übersehen, auch nicht in der Freude über den eingetretenen Erfolg auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiete, den anderen Bereich dessen, was man politische Gesamtverantwortung einschließlich eines Anteils an der geistigen Führung der Nation nennt, vernachlässigen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen uns hier über geistige Führung der Nation nicht zu unterhalten. Ein Politiker wäre vermessen, töricht und größenwahnsinnig, wenn er sagte: Die geistige Führung der Nation gebührt dem Politiker und sonst niemandem. An der geistigen Führung der Nation haben viele Kräfte, Einrichtungen und Institutionen mitzuwirken, haben alle gesellschaftlichen Kräfte mitzuwirken. Aber ein Politiker, der sagt: Mich geht die geistige Führung der Nation nichts an; ich ziehe nur die Konsequenzen aus der automatisch gekommenen gesellschaftlichen Entwicklung!, der ist ein Feigling, der seinen Auftrag versäumt und seine Verantwortung vernachlässigt.

(Beifall)

Wenn ich auf die pragmatische Kurskorrektur - Wirtschaft, Finanzen, Soziales - zu sprechen komme, dann brauche ich mich dabei nicht aufzuhalten. Das reale Wachstum wird in diesem Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach 3 % erreichen. Im Jahresdurchschnitt werden wir 100 000 weniger Arbeitslose haben. Die Insolvenzen sinken. Die Investitionen steigen. Die Nettokreditaufnahme - eine unserer hauptsächlichen Themen in der Opposition, vor allen Dingen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre - geht bemerkenswert zurück. Die Inflationsrate bewegt sich um die 3 % herum, 50 % mehr, als der Durchschnitt der Jahre 1949/1969 war, aber ein erfreulicher Tiefstand nach so kurzer Zeit gegenüber dem, was in den 70er Jahren auf diesem Gebiete erreicht worden war.

Die Frage wird nach wie vor kontrovers erörtert: Haben wir einen sich selbst tragenden Aufschwung? Die einen Institute bejahen sie, die anderen verneinen sie. Das RWI-Institut in Essen meinte: noch nicht. Aber wir sollten überhaupt nicht allzuviel allein auf Institute sehen. Wir sollten auch nicht jeden Tag mit einer Meinungsumfrage beginnen und beschließen. Denn die Fehlleistungen auf diesem Gebiete haben ein groteskes Ausmaß erreicht.

Aber immerhin haben wir Grund zu sagen: Der Aufschwung läuft. Ob er sich selber tragen wird, werden wir erst im letzten Quartal dieses Jahres mit größerer Zuverlässigkeit feststellen können. Aber die Frage, ob er selbsttragend ist oder nicht, wird

erheblich von der Frage beeinflußt, ob wir vor einem Arbeitskampf stehen, ob uns ein Arbeitskampf bevorsteht, wie er - ich darf sagen: mutwillig - vom Zaun gebrochen worden ist.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns in härtester Arbeit - ich darf sagen: mit Hunger und Entbehrungen - nach dem Kriege eine Wirtschaft aufgebaut, die uns in der Welt Achtung und Ansehen eingebracht hat, mit deren Hilfe wir unsere sozialen Fragen gelöst haben. Dabei verstehe ich unter Wirtschaft nicht den Unternehmer mit Zylinder und Zigarre; unter Wirtschaft verstehe ich die Gesamtheit der wirtschaftenden Menschen. Der Beitrag der Arbeitnehmer zu dieser Wirtschaft ist genauso unentbehrlich wie der der Unternehmer, der Kapitalgeber, der leitenden Angestellten und derer, die über das Know-how, sei es das Management, sei es der Technik, verfügen. Wir als die Väter der Sozialen Marktwirtschaft verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft unsere Gesamtwirtschaft und nicht die Wirtschaft einer bestimmten Klasse. Wir verstehen unter Wirtschaft die Gesamtheit unseres Volkes.

(Beifall)

Deshalb muß ich sagen: Jedermann handelt unverantwortlich, der Steine auf diesen Weg der wirtschaftlichen Erholung wirft, um das Tempo zu verlangsamen oder um es überhaupt zum Stillstand zu bringen. Das Gebot der Stunde für alle muß heißen, den Arbeitsfrieden zu wahren, die Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall)

Ich verstehe nicht, was in den Köpfen derer vor sich geht - ich bin ein überzeugter Anhänger des Auftrags der Gewerkschaften, ein überzeugter Anhänger freier Gewerkschaften, ein überzeugter Anhänger der Tarifautonomie, des freien Spiels der Kräfte im Rahmen der Grenzen einer gemeinsamen Verantwortung; aber vielleicht ist es ein falsches Beginnen, nachzudenken, was in gewissen Köpfen vor sich geht, weil das Ergebnis entweder schon feststeht oder weil nichts vor sich geht; ich glaube eher, daß hier schon etwas feststeht -, die in dieser Lage, jetzt, ausgerechnet einen Streik vom Zaune brechen, der überflüssiger als ein Kropf und schädlicher als Hochwasser ist.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich ist heute mit Wachstum, Innovation und Investition das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mehr so schnell und so befriedigend zu lösen, wie es z.B. in der zweiten Hälfte der 60er Jahre bei dem damaligen größeren Einbruch nach 1965 auf 1966 möglich war. Sicherlich betreten wir mit der Vorruhestandsregelung Neuland, von dem wir nicht wissen, wie groß das Territorium sein wird, das wir dabei gewinnen. Aber immerhin: Es ist ein Angebot, ein Versuch auf Zeit. Es ist gut, einen Versuch nicht zu etwas Entgültigem zu machen. Es ist eine Probe. Aber allemal ist das noch mit dem System der Marktwirtschaft, mit unseren Wettbewerbsverhältnissen auf der Welt in Übereinstimmung zu bringen. Aber für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich mit anderem Maschineneinsatz, unter Verzicht auf ein freies Wochenende, bei durchlaufender Arbeit über sieben Tage hinweg gibt es in der Großwirtschaft sicherlich die eine oder andere Möglichkeit, siehe die Bayerischen Motorenwerke in München.

Aber für den großen Bereich der Unternehmungen, die uns besonders am Herzen liegen, der kleinen und mittleren Unternehmungen, ist eine weitere Kostensteigerung auch im Hinblick auf ihre Investitionsfähigkeit und -bereitschaft schlechterdings Gift für die wirtschaftliche Erholung. Man kann sich nicht anders dazu äußern.

(Beifall)

Im Ernst wird doch niemand glauben, daß, wenn man die Wochenarbeitszeit um 10 % bis 12 % bei vollem Lohnausgleich kürzt, 10 % bis 12 % mehr Arbeitsplätze zum Schluß herauskommen. Diese Rechnung ist genauso töricht, als wenn man sagt: Ein Radfahrer braucht von Bonn nach Köln eine Stunde; dann brauchen zwei Radfahrer zwei Stunden. Mathematisch oder arithmetisch und logisch gedacht ist hier kein großer Unterschied.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, insoweit ist die von uns eingeleitete Kurskorrektur auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischem Gebiet - hier darf ich trotz mancher Meinungsverschiedenheit, die zwischen dem Finanzminister des Bundes und den Regierungschefs der Länder, auch dem Regierungschef Bayerns, unvermeidlich ist, ein besonderes Wort der Anerkennung für die von Erfolg gekrönten Bemühungen des Bundesfinanzministers Gerhard Stoltenberg sagen - erfolgreich.

(Beifall)

Ich darf hier aber auch eine kritische Anmerkung machen.

(Heiterkeit)

- Ich meine jetzt nicht, was meine letzten Worte betrifft, sondern was meine kommenden Worte anbetrifft.

(Heiterkeit)

Es muß der Eindruck vermieden werden, daß unsere Politik, wie es manche Medien darzustellen versuchen, bei dem stehenbleibt oder stehenbleiben soll, was Helmut Schmidt eigentlich auch gewollt und getan hätte, wenn seine eigene Partei und Fraktion ihn nicht im Stich gelassen hätte und er Bundeskanzler geblieben wäre. Meine Damen und Herren, wir müssen weitergehen. Wir müssen tiefer bohren, oder - um es mit Helmut Kohl zu sagen - wir müssen früher aufstehen, als es die Vorgänger der heutigen Regierung getan haben.

(Beifall)

Auch der Koalitionspartner hat diese Änderung gewünscht. Da er sie mit Helmut Schmidt zusammen nicht mehr erreichen konnte, hat er den Koalitionspartner gewechselt. So wurden CDU/CSU Träger dieser pragmatischen Kurskorrektur. Selbst die Linksprogressiven, meine Damen und Herren, sind im allgemeinen bereit, wenn sie den Wagen in den Straßengraben gefahren haben, den Konservativen die Sanierung der öffentlichen Haushalte zu überlassen, um dann eines Tages wieder an die Kasse zu kommen und die sanierte Kasse von neuem für ihre utopischen Ziele auszuräumen.

Wir sollten aber die Töne nicht überhören. Sie bezeichnen die Versuche zu einer geistigen Wende als eine reaktionäre Gegenrevolution, der man entschlossen, geschlossen und einstimmig Widerstand leisten würde. Hier handelt es sich um dieselben Geister, die damals vor 14 Jahren, im Jahre 1969, nach einer fundamentalen Weichenstellung im Sinne einer totalen Demokratisierung als Ziel des historischen Bündnisses zwischen Liberalismus und Sozialismus gerufen haben. Sie sind nur verstummt. Auch der Vorsitzende unserer Koalitionspartei hat sich vor dem Popanz verbeugt, als er sagte: Mit der FDP gibt es keine konservative Gegenrevolution.

Darum bleibt es uns nicht erspart, begreiflich zu machen, daß es sich hier bei der Wende nicht um eine reaktionäre Gegenrevolution handelt, in welchem Sinne man uns verteufeln und denunzieren will. Es handelt sich vielmehr um die Rückkehr zu liberal-konservativen Maßstäben auf dem Boden der zeitlosen Werte des christlichen Abendlandes. Dafür kämpfen wir.

(Beifall)

Wir brauchten keine Sicherung der Demokratie. Erinnern wir uns an das, was Willy Brandt im Herbst 1969 sagte: Jetzt geht die Demokratie eigentlich erst los. - Man hat ja gesehen, was geworden ist, als es eigentlich losgegangen ist.

Ich möchte auch hier ein Wort gegen den Zeitgeist sagen, der auch heute noch nicht erloschen ist. Die Trennung von der eigenen Geschichte erzeugt kein Demokratiebewußtsein.

(Beifall)

Sie erzeugt wertfreie Leere - mit zwei e und nicht mit h geschrieben - mit Ausblick in das Nirwana eines chaotischen Nihilismus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe einmal bei einem antiken Schriftsteller den schönen Satz gelesen: Nicht die Dinge beunruhigen die Menschen, sondern ihre eigenen Meinungen über die Dinge. - Das heißt, daß heute nicht so sehr die objektiven Probleme, denen wir gegenüberstehen und die wir nicht durch schöne Reden oder durch Ignorieren aus der Welt schaffen können, sondern unsere eigene Meinung, d. h. die Meinung weiter Kreise unseres Volkes über diese Dinge die Menschen beunruhigen.

Meine Damen und Herren, geistige Wende heißt deshalb, wieder geschichtliches Bewußtsein zu vermitteln. Die Vermittlung geschichtlichen Bewußtseins ist eine der obersten Bildungsaufgaben in unserem Bildungssystem. Die deutsche Geschichte hat nicht mit Adolf Hitler begonnen und ist nicht mit ihm zu Ende gegangen. Zur deutschen Geschichte gehören - ich will nicht weit zurückgreifen - die großen Kaisergestalten unseres Mittelalters. Zur deutschen Geschichte gehört ein Martin Luther, gehören die großen Persönlichkeiten der Renaissance, des Humanismus und der Aufklärung. Zur deutschen Geschichte gehören die großen Persönlichkeiten der Freiheitskriege. Zur deutschen Geschichte gehört Bismarck, und zur deutschen Geschichte gehört auch Konrad Adenauer, wenn man einmal den ganzen Bogen der deutschen Geschichte spannen will.

(Beifall)

Daß es in der deutschen Geschichte auch Figuren oder Persönlichkeiten der Fehlentwicklung - Kaiser Wilhelm - gab oder daß es dämonische Figuren, dämonische Persönlichkeiten wie Adolf Hitler gab, darf uns nicht daran hindern, unserer Jugend wieder geschichtliches Bewußtsein und geschichtliche Verantwortung auch im Hinblick auf den anderen Teil Deutschlands zu vermitteln, dessen Machthaber sich der Werte der deutschen Geschichte - allerdings widerrechtlich und widernatürlich - zwecks ideologischer Propaganda weitgehend bemächtigt haben.

(Beifall)

Geistige Wende heißt auch, denen, die nur Probleme, Probleme und Probleme sehen - so weit das körperliche und geistige Auge reicht: Probleme, Probleme, Probleme -, zu helfen, die großen Aufgaben unserer Zeit zu sehen: die europäische Aufgabe, die technisch-zivilisatorische Aufgabe, die Aufgabe der Versöhnung von Geist und Technik, die Aufgabe, sich die Welt untertan zu machen, die Freiheitsaufgabe und die davon nicht trennbare Friedensaufgabe, und zwar ohne Verlust der Wertordnung. Diese Aufgaben - der von mir genannte Katalog ist unzulänglich, aber er enthält einige wesentliche Aufgaben - sind als Herausforderung und auch als Abenteuer zu sehen. Die jungen Menschen bei uns müssen wieder angezogen, begeistert und fasziniert werden, auch von den Risiken, die mit diesen Aufgaben verbunden sind.

(Beifall)

Deshalb haben wir keinen Grund zu Kulturpessimismus. Wir dürfen die Menschen nicht in Resignation flüchten lassen. Auch aus der Verantwortung heraus muß man darauf bedacht sein, nicht alles zu machen, was man machen kann. Man muß innerhalb der Grenzen des Möglichen bleiben. Daß die Grenzen des Machbaren heute auf gewissen Gebiete deutlicher geworden sind und die Grenzen des Machbaren anderswo noch lange nicht sichtbar sind, enthebt uns nicht der ethischen verantwortlichen Prüfung und der Frage danach, was man machen kann und was man von dem, was man machen könnte, dann auch tatsächlich verwirklichen darf. Das gilt besonders auf dem Gebiet der modernen Wissenschaft und Technik. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort der synthetischen Biologie.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich mir erlauben, folgendes zu sagen. Die helfende Kraft der Gewohnheiten und Einrichtungen, der sich manche entzogen haben, weshalb sie geistig heimatlos und allzusehr mit Entscheidungsproblemen belastet worden sind, muß wieder angenommen werden. Niemand - weder die Jungen noch wir Älteren - kommt ohne die helfende Kraft der Gewohnheiten und der Einrichtungen aus.

(Zustimmung)

Dazu kommt allerdings auch noch die auszehrende Macht mancher Medien. Hier entsteht eine Frage: Ist es denn wirklich unvermeidlich, der Sensation halber, des Verkaufserfolgs wegen, der Einschaltquote wegen Kontroverse und Konfrontation, d. h. den gesellschaftlichen Dissens und den sozialen Konflikt als die einzige Wahrheit zu sehen, statt sich der Aufgabe zu unterziehen, Konsensus und Konkordanz zu vertreten?

(Beifall)

Wenn man die Frage stellt: Woher kommen chaotische politische Gruppen und ihre zum Teil vermummten und zum Teil auch nicht vermummten Führungspersonen?, kann man die geheimen Verführer unserer Zeit nicht unerwähnt lassen.

(Beifall)

Deshalb muß die geistige Wende sichtbarer werden, auch wenn sie sich nicht so selbstverständlich und leicht anbietet und schwerer durchzusetzen ist als eine pragmatische Kurskorrektur.

Das gilt im besonderen für die Bereiche der Bildungspolitik, für die Bereiche der Familienpolitik und für die meisten Bereiche der Rechtspolitik. Es geschieht aus Sorge um die Mehrheit in der Zukunft, wenn ich fordere, auch einmal eine grundsätzliche Klärung des Begriffes "liberal" herbeizuführen. "Liberal" kann nicht blind waltenden Pragmatismus nach opportunistischen Maßstäben bedeuten. "Liberal" braucht auch eine geistige Definition, braucht auch eine ethisch-moralische Fundierung. Gerade die Klärung des Begriffes "liberal" für unsere eigene geistig-intellektuelle Hygiene wie auch für die Gewährleistung der Mehrheit in der Zukunft ist etwas, worüber wir mehr nachdenken müssen, als wir es bisher im Drange der Tagesgeschäfte tun konnten.

Deshalb bin ich der Meinung, daß zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Bilanz der Wende erforderlich ist: Was haben wir vorher gesagt? Was ist davon verwirklicht worden? Was ist noch nicht ganz verwirklicht worden, nur teilweise verwirklicht worden? Was ist überhaupt nicht verwirklicht worden, und warum ist es nicht verwirklicht worden? Eine solche Analyse vorzunehmen, eine solche Bilanz im Blick auf unsere eigenen Überlegungen und Bemühungen, im Blick auf unsere Zielsetzungen von früher und das inzwischen Erreichte, das sicherlich stattlich genug ist, zu ziehen, ist auch eine Aufgabe der Ehrlichkeit uns selber und der Öffentlichkeit gegenüber. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch, warum.

Ich bin der Meinung, daß wir dafür verantwortlich sind, daß der Glaube an die demokratischen Parteien nicht weitere Einbußen erleidet oder bruchstückweise verlorengeht. Ich weiß: Bei einem Politiker - von Wahlkampf will ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden - können Wort und Wahrheit nicht immer nahtlos identisch sein. Ich halte gar nichts von jenen 150%igen Puritanern, jenen supramoralischen Oberrigoristen, die zwar bei sich selber vielleicht andere Maßstäbe anlegen, im übrigen aber die Welt mit ihren heuchlerischen, pharisäischen oder auch übertriebenen Maßstäben langweilen oder schikanieren. Bei einem Politiker müssen Wort und Wahrheit aber in einer erkennbaren Beziehung zueinander stehen.

(Beifall)

Bei einer politischen Partei muß Aussage - auch von früher - an dem gemessen werden, was erreicht worden ist. Wenn es nicht erreicht werden kann, muß man eben die Gründe angeben, die stärker waren als der gute eigene Wille.

Ich möchte mich hier jetzt nicht gewissermaßen in einen außenpolitischen Porzellanladen begeben. In der "Neuen Zürcher Zeitung" war in den letzten Wochen von der ungeheuren Welle der Enttäuschung, die durch Frankreich geht, zu lesen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, französische Politik oder gar französische Innenpolitik zu machen. Aber die Sozialisten Europas - nicht nur die in Frankreich - sind mit ungeheuren Versprechungen von der sozialistischen Utopie, der perfekten Harmonie, der völligen Glückseligkeit und der absoluten Gerechtigkeit angetreten. In dem Augenblick, in dem sie mit der Wirklichkeit konfrontiert worden sind, mußten sie von ihren Versprechungen abbauen, abbauen, abbauen. Das ist auch in Spanien so, und das geht auch in Portugal so. Das führt dann zu einer Stimmungslage in der Bevölkerung, daß man alle politischen Parteien über einen - und zwar schlechten - Kamm schert, jedenfalls aber geht das Vertrauen in die Autorität der politischen Führung verloren. Für diejenigen, die davon betroffen sind, ist damit der Verlust der Macht, der Verlust, Politik entscheidend gestalten zu können, in absehbarer Zeit untrennbar verbunden.

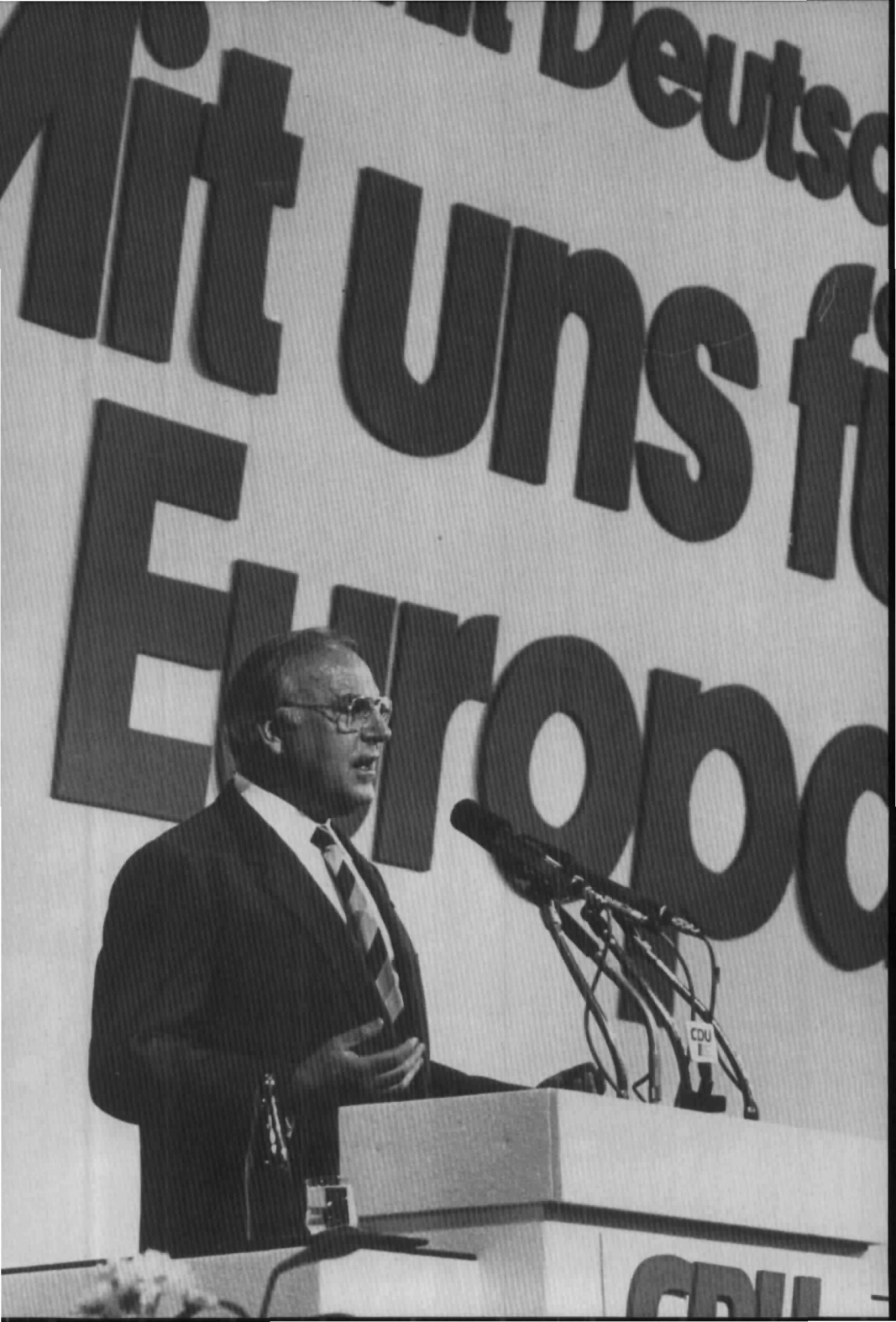
Lassen Sie mich hier ein Wort zur Bildungspolitik - hier möchte ich auch einen Ausflug in das Pragmatische machen - sagen: Wir lesen zur Zeit so viel darüber, daß *die Bundesrepublik bei den traditionellen Produkten zwar nach wie vor führend sei*, daß sie aber bei der Zukunftstechnik den Anschluß verpaßt habe, zumindest in immer größerem Maße Gefahr laufe, den Anschluß zu verpassen. Meine Damen und Herren, wenn man Zukunftstechnik einmal nicht nur als allgemeines Stichwort nimmt, sondern auch in konkrete Bereiche aufgliedert, so stellen wir fest, daß die USA bei den elektronischen Bauelementen 35 % Marktanteil haben, Japan 29 %, Europa 15 %. Bei den integrierten Schaltkreisen haben die USA 60 %, Japan 30 % und Europa weniger als 10 % Marktanteil. In der heutigen Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" ist ein interessantes Schaubild, das einen entsprechenden Vergleich bringt. Die Überschrift heißt: "Wettbewerb um die Zukunftsmärkte". Die entsprechenden Zahlen lauten: I972: USA: 32 %; 1983: USA: 37 %; 1972: Bundesrepublik Deutschland: 26 %; 1983 Bundesrepublik Deutschland: 17 %; 1972: England: 14 %; 1983: England: 10 %; 1972: Japan: 13 %; 1983: Japan: 25 %; 1972: Frankreich: 11 %; 1983: Frankreich: 8 %; 1972: Schweiz: 4 %; 1983: Schweiz: 3 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist für uns kein Anlaß, nunmehr zu resignieren oder den Mut zu verlieren. Aber es ist ein Anlaß über die Gründe nachzudenken, die Gründe abzustellen und diesen Zustand wieder zu ändern. Es ist festzustellen - und darum bringe ich das in Zusammenhang mit der Bildungspolitik - : Die Hochschulpolitik der 70er Jahre ist in eine Sackgasse geraten. Viel zu viele Energien, viel zu viele zeitliche Abläufe sind allein durch sinnlose Diskussionen verbraucht worden bzw. unfruchtbar gewesen.

(Beifall)

Das, was wir heute brauchen, ist eine schnellere Umsetzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in marktgerechte Produkte. Das, was wir auch brauchen, ist eine Abstimmung hinsichtlich der Produkte von Forschung und Entwicklung zwischen *Industrie, Wirtschaft und Hochschulen. Es kann nicht vernünftig sein, einen Gegen*satz von Geist und Technik zu konstruieren und so zu tun, als ob die beiden nicht aufeinander angewiesen wären. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Freiheit der Forschung. Aber die Verkrampfung zwischen der praktizierenden Wirtschaft auf der einen und der Entwicklung der Hochschulen auf der anderen Seite muß ein Ende nehmen. Unsere Hochschulen müssen einen Funktionswandel auf sich nehmen, wenn wir mit den Amerikanern, den Japanern und anderen, die heute hochkommen, wieder Schritt halten wollen.

(Beifall)


Deutsc
Mit uns f
Europ
CDU

CDU
Aufwärt
Mi
E

mit Deutschland

uns für

ropa

CDU

Oldenburg

lay
der
ath

Meine Damen und Herren, es ist doch bezeichnend, daß z.B. eines der finanzkräftigsten Unternehmen der chemischen Industrie in Deutschland dem Massachusetts General Hospital - gehörend zur Harvard-Universität - über mehrere Jahre hinweg jährlich 70 Millionen Dollar zur Verfügung stellt, um damit moderne, medizinisch verwertbare Molekularbiologie zu erforschen und zu erproben. Ja, warum gibt es nicht bei uns ein Krankenhaus, eine Universitätsklinik, warum gibt es nicht bei uns eine Universität, der Hoechst diese Mittel anvertraut? Ich beschuldige hier nicht Hoechst, ich bin kein Anhänger der Formulierung "Deutsche, eßt deutsche Zitronen!", *aber es müßte doch bei uns wieder möglich sein, die Wirtschaft, von deren* Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Weltgeltung unser Lebensstandard abhängt, die Vollbeschäftigung abhängt, der soziale Leistungsstand und seine Verbesserung abhängen, so mit der Welt der Wissenschaft, Forschung und Lehre in Verbindung zu bringen, daß wir das, was die Amerikaner und Japaner längst praktizieren, nunmehr auch bei uns einführen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit bin ich bei einem Thema, das ich auch mit wenigen Worten behandeln möchte: Da gibt es - von der Publizistik allerdings - wie immer - übertrieben - einen Gegensatz zwischen dem Bundesforschungsminister Riesenhuber auf der einen Seite, der die Industrie mit seinen Forschungsvorhaben und seiner Förderung von Forschung gängeln will, und den Anhängern der reinen Marktwirtschaft, den Anhängern der reinen Lehre auf der anderen Seite. Das sind die weißen Priester im wallenden Gewande, die die hehre Flamme der Marktwirtschaft vor sich hertragen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich sind wir - ich bitte, mich einschließen zu dürfen - überzeugte Anhänger der Marktwirtschaft; wir wissen, was wir ihr verdanken. Wir wollen auch kein Jota von dieser Martkwirtschaft aufgeben. Aber ich sage aus meiner doch nunmehr ziemlich langjährigen Erfahrung heraus, daß vor allen Dingen auf gewissen Gebieten der modernen Technik, bei der Forschung und Entwicklung ungeheuer kostspielig sind, ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft unerläßlich ist.

(Beifall)

Ich sage: ein Zusammenwirken. Der Staat soll der Wirtschaft nicht Befehle oder dirigistische Weisungen geben.

Lassen Sie mich das an einem konkreten Beispiel erläutern, das noch heute für uns gültig ist: Mitte der 50er Jahre sagte Konrad Adenauer: Wir müssen, wenn wir durch die kommenden Verträge, Pariser Verträge wieder die Freiheit bekommen, auf den Gebieten, auf denen wir durch Krieg und vor allen Dingen durch die Verbote der Alliierten zehn Jahre, l5 Jahre verloren haben, z.B. bei der Kernwissenschaft und Kerntechnik, schnellstens wieder den Anschluß herbeiführen. Also muß der Staat der Wirtschaft, die vielleicht auch ihre eigenen Gelder hier nicht immer mit dem nötigen Weitblick, mit der nötigen Risikobereitschaft einsetzt - das gilt vor allen Dingen auch für die Großen -, mit gutem Beispiel vorangehen. So entstand damals der Vorgänger des heutigen Forschungsministeriums, das damalige Ministerium für Atomfragen. Wenn wir nicht - angefangen mit einem Haushalt von 500 000 DM; er steigerte sich dann auf 5 Millionen DM, 20 Millionen DM, 50 Millionen DM, 100 Millionen DM - in jedem Jahre eineinhalb Jahre Vergangenheit eingeholt und gleichzeitig ein neues Jahr bewältigt hätten, dann wären wir 1965 nicht in der Lage gewesen, wettbewerbsfähige Kernkraftwerke mit funktionierenden Sicherheitssystemen - selbstverständlich mit besseren als die der Russen, aber auch als die der Amerikaner - auf dem

Weltmarkt anzubieten. Das gleiche können Sie hinsichtlich der Luftfahrtindustrie, der Raumfahrtindustrie sagen. Das gleiche können Sie nehmen für High Technology auf dem Gebiet der Mikroelektronik, auf dem Gebiet der integrierten Schaltkreise, auf dem Gebiet der synthetischen, vollsynthetischen Biologie

Hier, meine Damen und Herren, werden gewaltige Summen benötigt, die die Wirtschaft nur zum Teil hat, die sie aber, selbst wenn sie dieses Geld hätte, wegen des damit verbundenen Risikos nicht in dem dafür notwendigen Umfang zur Verfügung stellt. *Hier ist eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft* erforderlich, damit wir den Rückstand, der uns getroffen hat - aus einer Reihe von Gründen, die in den 70er Jahren liegen -, wieder schnellstens aufholen. Denn die anderen stehen ja nicht still. Wir sind doch die erste menschliche Generation, die in einen Beschleunigungsprozeß der Geschichte eingetreten ist. Meine Damen und Herren, in den letzten 60 Jahren hat sich das Erkenntnisvolumen der Menschheit auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiete gegenüber der Vorzeit verdoppelt. Das heißt: Das Volumen von tausenden von Jahren ist in 60 Jahren verdoppelt worden. Und dieses verdoppelte Volumen wird in weniger als 60 Jahren noch einmal verdoppelt werden. Wir haben hier einen rapiden Beschleunigungsprozeß. Wer in diesem Beschleunigungsprozeß nicht mithält, muß sich darauf gefaßt machen, aus dem Spitzenklub der Industrienationen auszuscheiden und damit auch alle Vorteile eines Kultur-, Wohlfahrts- oder Sozialstaates Schritt für Schritt zu verlieren. Übrig bleibt noch eine Armuts- und Knappheitsverwaltung mit unerträglichen Verteilungskämpfen. Das ist der eigentliche Gang der Dinge.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben keine Ideologie, gerade weil wir den Unterschied zwischen Weltanschauung und Weltbild kennen. Unsere Weltanschauung ist die gleiche geblieben. Sie muß es auch bleiben. Unser Weltbild ändert sich immer schneller, und zwar je nach wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Wir brauchen also keine Ideologie. Aber die Älteren werden sich noch an eine Zeit erinnern, in der sich die Sozialdemokraten als die Promotoren, Propheten und Prediger der Wisschenschafts- und Technikgläubigkeit empfohlen haben. Wissenschaft und Technik schienen die christliche Weltanschauung mit ihren primitiven Formen, wie man sagte, mit ihren primitiven Denkkategorien, abzulösen. Was ist die Folge heute? Damals hat man den Glauben an Gott verloren, heute hat man den Glauben an die Technik verloren, weil man ihrer nicht mehr Herr wird, ohne freilich den Glauben an Gott wiedergewinnen zu können. Das ist eine der tiefsten seelischen Strukturkrisen unserer Zeit.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein drittes Thema in Stichworten anschneiden, und das betrifft die von mir schon in den Eingangsworten erwähnte historische Aufgabe der Einigung Europas, die bevorstehende Europawahl. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber ist soviel gesprochen worden, daß es falsch wäre, wenn ich jetzt noch einen flammenden Appell ausspräche und ihn auch noch im einzelnen begründete.

Meine Damen und Herren, wir müssen dieses Thema ja mit großer Nüchternheit sehen. Die heutigen politischen Organisationsformen Europas entsprechen nicht mehr den Notwendigkeiten der Weltpolitik, den Dimensionen der weltpolitischen Herausforderungen, entsprechen aber auch nicht mehr den durch die technisch-wirtschaftliche Entwicklung gebotenen Größenordnungen. Man mag es bedauern;

man mag Schuldige suchen. Es führt nicht viel weiter. Jedenfalls werden wir - ich nehme Widerspruch gern in Kauf und würde ihn gern diskutieren, um ihn widerlegen zu können - in diesem Jahrhundert die Vereinigten Staaten von Europa nicht mehr erleben.

Meine Damen und Herren, es gab zwei Strukturprinzipien Europas. Das eine war das Europa der Sechs. Dieses Europa der Sechs, dessen Beschränkung auf sechs Staaten ohne Großbritannien, war auch in unseren Reihen in den 50er, 60er Jahren sehr umstritten. Hat es aber jemals eine Möglichkeit gegeben, zu einer politischen Integration zu kommen? Ich habe in den letzten 30 Jahren so viele Sonntagsreden gehört und gelesen, daß mir heute immer noch die Tränen ob der Rührseligkeit der dabei gebrauchten Formulierungen kommen. "Europa wird kommen, weil Europa kommen muß!" Das war beispielsweise eine der sinnvollsten Dummheiten, die ich gehört habe. Ich habe eine ähnliche Logik auf anderem Gebiete und in schlimmerer Form schon einmal früher gehört. Europa wird nicht deshalb kommen, weil es kommen muß, sondern Europa wird dann kommen, wenn die Europäer die intellektuelle Einsicht, die moralische Kraft und die politische Entschlossenheit haben, aus den Forderungen der Zeit die Schlußfolgerungen zu ziehen. Dann wird Europa kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir hätten - Andersdenkende bitte ich um Nachsicht - zu einer politischen Gemeinschaft im Sinne eines Fortschritts vom gemeinsamen Markt über einen Staatenbund mit konsultativen Organen zum Bundesstaat mit zentralen Entscheidungsorganen nur im Rahmen der Sechs, auf der Grundlage einer Absprache zwischen Paris und Bonn und bei Zuerkennung der Primus-inter-pares-Rolle für unsere französischen Nachbarn kommen können. Das war der Ansatz der Konrad-Adenauer-Zeit. Er ist überschritten worden. Mit der Aufnahme neuer Mitglieder ist eine politische Integration, verbunden mit der Abgabe weiterer Hoheitsrechte vor allen Dingen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, für den Rest dieses Jahrhunderts nicht mehr zu erwarten.

Was müssen wir deshalb tun? Resignieren? Nein, ganz im Gegenteil! Dann wären wir Lügner, wenn wir im Europawahlkampf anträten.

Wir müssen zum einen die Wirtschaftsunion da ausbauen, wo es nicht eines formellen Aktes der Abtretung weiterer Hoheitsrechte bedarf. Der Ausbau der Wirtschaftsunion erfordert nicht nur schmerzliche Entscheidungen - siehe Agrarpolitik -, er erfordert auch, daß man das Hauptübel angeht. Wir haben doch in den 60er Jahren die Harmonisierung der Steuern betrieben. Meine Damen und Herren, wir haben damit aufgehört, weil in der Zwischenzeit andere Probleme dieses Problem überrollt haben. Die Auseinanderentwicklung der Währungen der europäischen Mitgliedstaaten trotz des EWS schon wegen der schnellen Abwertungsmöglichkeiten ist der Hauptgrund für die Verzerrungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch der Grenzausgleich wäre zu nennen.

Ich möchte Ihnen ein Stichwort geben. Wenn man fragt, wieviel man in Deutschland heute verdienen muß, um soviel Kaufkraft zu haben, wie man vor 30 Jahren mit 650 DM hatte, dann lautet die Antwort: 2800 DM. Zieht man Steuern und Sozialabgaben ab, dann reicht der Rest, etwa 1700 bis 1800 DM, noch aus, um das kaufen zu können, was man vor 30 Jahren mit 650 DM kaufen konnte. Damals sind wir Europapilger nach Paris, nach Rom gefahren und haben 80 Pfennige für einen Franc

und 0,67 Pfennige für eine Lira ausgegeben. Heute geben wir 33 Pfennige für einen Franc und 0,16 Pfennige für eine Lira aus. Dieses Beispiel zeigt, daß nicht nur die D-Mark erheblich an Wert verloren hat - wir sind ja trotz allem die Stabilsten geblieben -, sondern daß innerhalb der nach unten gehenden Währungsskala die anderen eine rapide Talfahrt angetreten haben. Das ist einer der Hauptgründe, wenn nicht der Hauptgrund für das Auseinanderfallen der wirtschaftlichen Entwicklung, trotz der Mechanismen des gemeinsamen Marktes. Hier muß angesetzt werden.

Ich habe mit großem Interesse gehört, daß der Herr Bundeskanzler neue europäische Initiativen für die Zeit nach den Wahlen angekündigt hat. Ich kann nur sagen: Ich höre nichts lieber als das und würde nichts lieber begrüßen. Ich kann nur zum Ausdruck bringen - für mich, für meine Parteifreunde in der CSU, für alle in der Union-, daß das ein Stück Erfüllung einer historischen Aufgabe wäre, bei deren Verwirklichung wir eine Zeitlang steckengeblieben sind.

Meine Damen und Herren, auch die Aufnahme immer neuer Mitglieder bei ständiger Steigerung der agrarischen Produktion und Aufrechterhaltung der Leistungen ist doch jetzt an ihre Grenzen gestoßen. Das zeigt sich schon im Rahmen der Sechs plus Großbritannien, Irland, Dänemark, noch mehr, wenn noch Griechenland, Spanien und Portugal dazukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier müssen wir die Wirtschaftsunion vollenden. Wir werden in absehbarer Zeit höchstens von Fall zu Fall Abstimmungen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik durchführen können, aber nicht durch Beschlußorgane, wie man sie sich ursprünglich bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgestellt hat. Deshalb muß man auch den Begriff "politische Union" einmal sorgfältiger verwenden. Von allen Wahlrednern hört man: Die politische Union, die politische Union, die politische Union ... Was ist denn das? Haben wir sie zur Zeit? Nein! Besteht eine Aussicht, daß wir sie in nächster Zeit bekommen werden? Wenn man darunter einen Staatenbund mit der Weiterentwicklung zum Bundesstaat versteht, was der eigentliche Sinn und die richtige Interpretation wäre, dann müssen wir ehrlicherweise sagen: Nein, wir haben sie nicht, und wir kriegen sie in den nächsten Jahren auch nicht.

Ist das Pessimismus? Oh nein, das ist Realismus. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die nächsten fünf Jahre schnell vergehen. In ein paar Wochen haben wir den 17. Juni. Dann kommt die zweite Legislaturperiode, wobei man von Legislatur beim Europäischen Parlament gar nicht reden kann, weil es keine legislativen Aufgaben hat. Wenn in den nächsten fünf Jahren, die jetzt vor uns liegen, auf dem europäischen Gebiet, angefangen vom Abbau der Grenzkontrollen, sowohl der Zollkontrollen als auch der Polizeikontrollen, über die Vereinfachung des Reiseverkehrs und des Warenverkehrs bis hin zu vielen anderen Gebieten nicht sichtbare Fortschritte erfolgen, was wollen wir denn dann den Wählern im Jahre 1989 sagen?

(Beifall)

Daß wir von 1989 bis 1994 für dieselben Ziele weiterkämpfen werden? Wenn man die Wähler so offen anspricht, dann hat man sich zumindest auch die Glaubwürdigkeit erhalten und hat die Aussicht, sie innerlich bewegen, also an sie appellieren zu können.

Wir müssen noch etwas anderes betreiben. Wir müssen industrielle Zusammenschlüsse fördern, wo immer es nur geht. Wo industrielle Zusammenschlüsse nicht

möglich oder auch nicht zweckmäßig sind, müssen wir größere Kooperationen herbeiführen. Ich habe auf diesem Gebiet eine gewisse Legitimation als jemand, der nunmehr 14 Jahre lang Vorsitzender der beiden Aufsichtsräte der Airbus-Gesellschaft ist, immerhin des größten europäischen Industriekonsortiums auf dem Gebiete der Zukunftstechnik. Wir haben uns vor einem Jahr - erinnern Sie sich? - über Grundig unterhalten. Wir haben gefragt, ob Grundig verschwinden werde. Das hätte nicht nur den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen bedeutet, sondern viel mehr.

Meine Damen und Herren! Damals stand eine weitergehende Fusion mit einem französischen Konzern zur Diskussion. Das konnte nicht weiter verfolgt werden. Jetzt ist der Zusammenschluß mit Phillips erfolgt. Warum, meine Damen und Herren? Wer mit den Amerikanern - die sind hier nicht so gefährlich - wie mit den Japanern auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik konkurrieren will, der muß eine Produktionseinheit von jährlich vier Millionen Stück Farbfernsehern und zwei Millionen Stück Videorecordern haben. Auf diesem Gebiet geht die Technik so schnell voran, sind die Erzeugungsanlagen, die technischen Apparaturen so kurzlebig, daß die Kosten ihres Ersatzes durch modernere sich nur noch ein Unternehmen leisten kann, das in großen Serien produziert, wie es die Japaner mit Fujitsu und mit den anderen Konzernen machen.

Meine Damen und Herren! Ich darf hier etwas sagen, was vielen nicht bekannt ist. Ich habe mich mit dem Problem eingehend befassen müssen - so muß ich sagen -, weil wir in Bayern natürlich große Sorge hatten, daß die Arbeitsplätze bei Grundig verlorengehen könnten. In diesem Zusammenhang haben nicht alle führenden Unternehmen der deutschen Industrie eine ruhmreiche Rolle gespielt. Dabei begrüßen wir jetzt die Fusion, die Übernahme durch Phillips. Das gibt eine Größenordnung - daran werden sich auch noch andere anschließen müssen - der eben genannten Dimensionen. Aber wenn wir das nicht tun. Dann wird etwas noch weiter gehen, was zum Teil unsere eigenen Unternehmen, die über die japanische Konkurrenz klagen, unter der Hand in großem Umfang tun: Sie kaufen entweder gesamte technische Systeme oder Teile derselben aus Japan, heften ihr eigenes Firmensiegel daran, schimpfen in Brüssel über die japanische Konkurrenz und verkaufen selber Produkte, die zur Hälfte oder noch mehr japanischer Produktion entstammen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich hier keine Namen nenne; ich wäre dazu aber in der Lage.

Auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt - hier bin ich dem Bundeskanzler, der Bundesregierung dankbar; das ist keine Angelegenheit des Franz Josef Strauß - dürfen wir keinen Zweifel daran lassen, daß wir entschlossen sind, eine europäische Flugzeugindustrie am Leben zu erhalten, daß wir alles tun, um ein amerikanisches Monopol zu verhindern. Wenn BOEING morgen ein Angebotsmonopol hat, dann diktiert BOEING auch die Preise.

Das sind Aufgaben, bei denen Weitblick, Konsequenz, Organisationskönnen und nicht zuletzt auch finanzielle Risikobereitschaft unerläßlich sind.

Lassen Sie mich ein vorletztes Thema anschneiden; das ist das Thema Europa und Amerika. Manchem klingt das vielleicht nicht freundlich in den Ohren, wenn ich sage, daß sich Europas Politiker hüten sollten, das Problem der transatlantischen Bezie-

hungen eurozentrisch und regional-provinziell zu sehen. In den USA gibt es zwei Grundströmungen: das eine ist der schlummernde Isolationismus, der seit George Washingtons Zeiten vorhanden ist; das andere sind die globale Ausrichtung und die globale Verantwortung als Supermacht. Die Amerikaner sind nach ihrem Sieg im ersten Weltkrieg nicht mit dieser weltweiten Verantwortung angetreten. Nach dem zweiten Weltkrieg sind sie angetreten, haben sich dann aber sehr bald über Eurocommitment beklagt.

Wir müssen wissen, meine Damen und Herren, die USA haben uns gegenüber im Bündnis vieles voraus. Sie sind einmal im großen und ganzen autark. Für die Amerikaner ist der Export nicht so wichtig wie der Binnenmarkt. Bei uns ist es fast umgekehrt. Die Amerikaner sind autark in der Rohstoffversorgung, sind autark in der Erdölversorgung. Das ist ihre wirtschaftliche Autarkie. Die Amerikaner sind im Gegensatz zu uns zwar durch Raketen zerstörbar - das ist die Änderung der militärtechnischen Lage nach dem zweiten Weltkrieg -, aber die Amerikaner sind nicht besetzbar. Wir wären innerhalb weniger Stunden besetzbar ohne den amerikanischen Schutz und eine eigene starke Verteidigung. - So schnell, wie Hitler damals das sogenannte Protektorat besetzt hat, würde ein wehrloses Europa ohne amerikanischen Schutz von den Russen überrannt werden. Und dann, meine Damen und Herren, ist Amerika einfach durch die geographische Lage und seine Dimensionen, die Entfernungsdimensionen strategisch begünstigt.

Das Hauptproblem der NATO ist nicht der latente Antiamerikanismus - der ist nur eine Funktion -, das Hauptproblem der NATO ist eine Großmacht mit 15 Mittel- und Kleinstaaten. Dieser verheerende Unterschied im Gleichgewicht, in der Größenordnung ist das eigentliche Struktuproblem der NATO.

Ich habe neulich in einer Rede von Helmut Kohl gehört - als er wieder die Forderung vertrat und wieder aufstellte; wir haben sie ja nie fallen lassen, aber nicht immer wieder an die Oberfläche gebracht -, daß die NATO auf zwei Pfeilern stehen sollte: auf einem nordamerikanischen und auf einem europäischen. Aber europäisch nicht auf einem Haufen von Bruchziegeln, die dann zusammen auch keine Säule ergeben.

Meine Damen und Herren! Auch wenn das schon ein Blick in die nächste Generation sein mag: Wo steht denn geschrieben, daß 300 Millionen intelligente, fleißige, leistungsfähige Europäer dauernd vor 200 Millionen Russen und ihren wenig leistungsfähigen Bundesgenossen zittern müssen und deshalb auch verlangen, daß 230 Millionen Amerikaner als geschichtlich-moralische Aufgabe zu ihrem Schutz auf die Dauer verpflichtet seien?

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eagleburger hat ja angedeutet, daß man drüben etwas verärgert sei. Nun, er ist diplomatisch zurückgepfiffen worden. Offen hat sich die amerikanische Regierung von Kissingers Vorschlägen distanziert.

Meine Damen und Herren! Was uns in Europa fehlt, das sind nicht die Menschen, das ist nicht das technisch-wirtschaftliche Potential, das ist nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit. Wenn wir die gleichen Opfer bringen würden wie die Amerikaner bei einer entsprechenden europäischen Organisationsform, dann wäre das Gleichgewicht in der NATO viel besser bestellt. Was uns an Tatsachen fehlt, ist die Tiefe des Raumes. Deshalb brauchen wir das Bündnis mit den Amerikanern, weil sonst die

Tiefe des Raumes nach dem Westen hin nicht vorhanden wäre, wie sie die Sowjetunion nach dem Osten hin hat. Aber ich halte es auf die Dauer im Interesse der europäischen Selbstachtung, meine Damen und Herren, für unerfreulich und - genauer - auch für untragbar, daß die Europäer an den Rockschößen der Amerikaner hängen, in bittere Tränen ausbrechen, wenn ein Küchenbataillon zurückgezogen wird, weil man das schon als Aufgabe Europas ansieht. Wir Europäer müssen wieder mehr Selbstbewußtsein, mehr Selbstachtung und auch historisches Verantwortungsbewußtsein haben, als uns nur von den Imponderabilien der amerikanischen Politik abhängig zu machen.

(Beifall)

Das sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, als einer, der in der Bundesrepublik zu den Architekten der NATO gehört, der den Aufbau der NATO bei uns an entscheidender Stelle über Jahre hindurch betreut hat und der zu den aufrechten, wenn auch nicht immer unkritischen Freunden unserer amerikanischen Bundesgenossen gehört.

Meine Damen und Herren! Unser Maß der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten wird nicht durch Washington bestimmt, sondern wird durch das Defizit der eigenen Leistung auf diesem Gebiet bestimmt.

(Beifall)

Hier müssen wir auch einmal den Mut haben, zu neuen Formen durchzudringen, statt das Muster von 1949/54 bis zum Ende des Jahrhunderts und über das nächste Jahrhundert hinweg fortzusetzen.

Dann, meine Damen und Herren, halte ich es für falsch - ich bitte jeden, der sich getroffen fühlen könnte, mir das nicht übelzunehmen - , wenn der amerikanische Präsident aus diesem oder jenem europäischen Mund zeitungswirksam, radiowirksam und fernsehwirksam immer hört, was er falsch gemacht hat und was er in Zukunft richtig machen soll. Zwischen Bundesgenossen ist es zwar richtig, die eigene Meinung offen auszutauschen, aber möglichst nicht am Fernseher. Und wenn man die Amerikaner fragt, ob ihre Weltraumwaffen jetzt nicht eben doch eine Abkoppelung der USA von Europa beträfen, dann sage ich folgendes: Das könnte sein, das muß aber nicht sein, und das kann auch mit Sicherheit verhindert werden. Die Amerikaner sind zum ersten Mal in ihrer Geschichte nach den beiden Kriegen selbst verwundbar geworden. Wir, die wir über Jahrtausende hinweg immer Kriegsschauplatz waren, sind mit dem Schicksal mehr oder minder vertraut, bekannt; jedenfalls ist dieses Schicksal für uns nicht außergewöhnlich: Der erste Weltkrieg vor den deutschen Toren mit schrecklichen Auswirkungen, der zweite Weltkrieg in Deutschland mit fast totaler Zerstörung. Die Amerikaner haben mit Expeditionskorps gesiegt; in ihren Städten ist kein Ziegelstein vom Dach gefallen. Sie mußten sich innerlich jetzt umstellen, nunmehr genauso verwundbar zu sein, wie es die Europäer sind. Man würde dann sagen, solange die Amerikaner unverwundbar waren, hätten sie sich ja auch abkoppeln können. Sie haben es aus gutem Grunde nicht getan. Die Abkoppelung kann eine Folge werden. Dies aber nur dann, wenn die Amerikaner es erleben, daß die Europäer auch in unbegrenzte Zukunft hinein nicht bereit sind, ihre eigene Verteidigungsfähigkeit auf den geeigneten Gebieten zu stärken. Nur dann ist eine Abkoppelung, eine größere militärische Autarkie der Amerikaner denkbar und unter Umständen auch realistisch.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich mich etwas gewundert, als ich, wiederum aus dem Fernsehen, vernommen habe, man habe mit den Amerikanern über die Gefährlichkeit ihrer Weltraumwaffen gesprochen und erreicht, daß sie bereit seien, darüber zu verhandeln. Die Antwort kam dann gleich: Das waren wir schon immer. - Meine Damen und Herren, ein Besuch in Washington muß nicht immer mit einer großen Erfolgsmeldung verbunden sein. Wer Freunde besucht, der braucht nicht immer mit einem großen Geschenk nach Hause zu kommen, sondern der sollte mit gestärktem Vertrauen zurückkehren.

Ich habe auch nie einen Hehl aus meiner Meinung gemacht, daß ich die europäische Kritik an der amerikanischen Aktion in Grenada für gefährlich, für sinnlos, auch für politisch unklug gehalten habe. Meine Damen und Herren, wenn die Amerikaner in ihrem ureigenen Bereiche, in der Karibik, durch die 50 % ihres Nachschubs nach Europa gehen würden, nicht für Ordnung in dem Sinne sorgen dürften, daß sie der weltrevolutionären, imperialistischen Moskaustrategie mit ihrem Fremdenlegionär Fidel Castro eine Barriere entgegensetzen, würde das Mißverständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in absehbarer Zeit wirklich ein ernsthaftes politisches Hindernis werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Ende kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Einigung Westeuropas ist die entscheidende Voraussetzung, die strategische Herausforderung der kommenden Jahre zu überstehen. Entscheidend dabei ist, trotz der Verschiedenheit der Regierungszusammensetzung, die deutsch-französische Zusammenarbeit. Unser Problem ist nicht so sehr die Gefahr Sowjetunion oder die Gefahr Rückzug der Amerikaner, unser Problem ist, das innere Machtvakuum Europas selber auszufüllen.

(Beifall)

Das können die Amerikaner nicht ausfüllen.

Ich habe nicht die geringste Sorge vor einer sowjetischen Aggression. Die Sowjets stoßen nur in strategische Leerräume hinein wie Afghanistan. Wo aber kein Leerraum - natürlich auch wieder mit zwei "e" geschrieben -, also Hohlraum, besteht, sind die Sowjets risikoscheu, risikobewußt und risikoängstlich.

Darum - meine Damen und Herren, erlauben Sie mir diesen Ausblick - müssen wir uns auch mit der Frage befassen - auch, weil sie in den eigenen Reihen immer wieder auftaucht -: Haben wir denn die richtige Strategie? Wir haben die Strategie der Abschreckung. Das Wort "Abschreckung" klingt furchtbar. Die Franzosen sind da viel eleganter. Die sagen: Dissuasion - Abraten. Wir sollten vielleicht sagen: eine Strategie der Kriegsverhinderung.

Besteht in Europa Kriegsgefahr? Latent natürlich schon, meine Damen und Herren, aber aktuell natürlich nicht - und für unabsehbare Zeit nicht. Ich bin kein Träumer, ich glaube nicht, daß wir am Ende aller Kriege angekommen sind. Es werden im Mittleren Osten - ich habe in Syrien Einblicke in die inneren Zusammenhänge bekommen, von denen ich wünschte, daß sie manche auch hätten, die sich sonst immer sehr sinnvoll darüber äußern -, in Afrika weiterhin Kriege stattfinden, auch in Lateinamerika, im Fernen Osten. Siehe dazu die Auseinandersetzung zwischen China und Vietnam, ideologisch ungeheuer interessant, weil es doch zwischen zwei

sozialistischen Staaten keinen Krieg geben kann. Wenn aber jetzt trotzdem zwischen zwei sozialistischen Staaten ein Krieg geführt wird - und immer wieder -, stimmt doch die ganze Ideologie nicht mehr. Die ist doch eh schon längst tot. Es gibt doch, wie mir neulich einer in Spanien sagte, in Malaga mehr Marxisten, als es in ganz Polen gibt. Man kann statt Malaga auch die eine oder andere Stadt bei uns setzen. Es war nur zufällig der Ort des Aufenthaltes, der hier gewählt worden war. Wer den Marxismus jahrelang kennengelernt hat, hat ihm längst abgeschworen, auch wenn er äußerlich manchmal noch die Hand zum Schwure erheben muß. Und darum ist die Konsistenz des russischen Imperiums viel geringer, als manche Hasenfüße bei uns glauben.

Meine Damen und Herren, die Sowjets werden nicht das geringste militärische Abenteuer in Europa unternehmen, solange damit ein unkalkulierbares Risiko verbunden ist. Und darum ist die Gefahr nicht die Tatsache von Atomwaffen, sondern die Gefahr ist die Atomisierung der Weltordnung, das Auseinanderbrechen natürlicher Zusammengehörigkeiten. Das ist die Gefahr. Die Atomwaffe hat uns über 35 Jahre den Frieden in Europa erhalten und nicht die Massenvernichtung herbeigeführt. Aber man fragt, auch in den eigenen Reihen: Wie lange hält denn das? Meine Damen und Herren, wie lange hält diese Strategie der - ich gebrauche das Wort noch einmal - Abschreckung? Da muß ich einmal fragen: Was soll denn an ihre Stelle treten? Soll an ihre Stelle die neue Defensivverteidigung nach sozialdemokratischer Vorstellung treten? Die hätte genau dieselbe Wirksamkeit, die die holländische Milizarmee im Jahre 1940 gegenüber Hitlers Wehrmacht hatte, als sie innerhalb weniger Tage kapitulieren mußte. Genau dasselbe wäre unser Schicksal bei der Realisierung der Vorstellung der Defensivarmee. Wir wollen keine Aggressivarmee. Aber die Vorstellung, nur Waffen zu nehmen, die angeblich reine Defensivwaffen seien, zeugt schon von einer Verkümmerung der Fähigkeit zu strategischem Denken. Es gibt überhaupt keine Waffen, die man allein als Offensiv- oder allein als Defensivwaffen bezeichnen könnte. Die Diskussion ist doch über Generationen geführt worden.

Zum anderen, meine Damen und Herren: Was könnten wir tun? Neutral werden? Ich glaube, ich brauche nicht weiterzufahren. Uns gleich auf die andere Seite schlagen? Beides wäre der sicherste Weg zum dritten Weltkrieg. Wie lange muß das gehen? Lassen Sie mich hier sagen: Die Änderung in Europa kann nicht durch Krieg eintreten. Sie kann aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht durch Revolutionen eintreten, weil Erhebungen im sowjetischen Machtbereich von außen nicht unterstützt werden können. Wir haben doch genug: Berlin, Budapest, Prag, Warschau. Auch dieser Weg ist doch nicht möglich.

Ja, meine Damen und Herren, bleibt dann alles, wie es ist? Ich glaube: nein. Geschichte wird vom Menschen gemacht. Geschichte ist dynamisch. Es gibt in der Geschichte keinen Stillstand. Aber der Weg der Geschichte geht in Europa nach meiner Überzeugung nie mehr über Kriege und höchstwahrscheinlich auch nicht über Revolutionen. Der Gang der Geschichte ist in Europa ein Prozeß der Evolution. Die Schlachtfelder sind nicht mehr blutgetränkte Schlachtfelder wie bei Verdun oder an den Pripjetsümpfen, die Schlachtfelder sind heute die Studios der Massenmedien mit ihren Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, die Schlachtfelder von heute sind die Studios und Laboratorien der Wissenschaftler und Techniker, die Anwendungsgebiete in der modernen Wirtschaft, das ganze Gebiet der sogenannten High oder Advanced Technology. Auf diesem Gebiet wird die Leistungsfähigkeit von morgen entschieden werden.

Das ist für uns ein faszinierender Ausblick, auch eine faszinierende Aufgabe für

unsere jungen Menschen. Wissen Sie, warum? Fortschritt der modernen Naturwissenschaften ist ohne Freiheit der Information und ohne Freiheit der Diskussion in dem notwendigen Umfange nicht möglich.

(Beifall)

Ein System, das auf diesem Gebiet Freiheit bietet, hat allemal Meilen Vorsprung gegenüber einem System, das die Informationen gängelt, kanalisiert oder ideologisch vergewaltigt.

Wie lange geht das? Wie lange eine Gesellschaft für die Evolution braucht, kann niemand sagen. Aber eines kann ich Ihnen sagen: wann die Politik der Kriegsverhinderung zu Ende geht, und zwar endgültig zu Ende geht. Sie geht dann zu Ende, wenn sich die marxistischen Gesellschaften in freiheitliche Gesellschaften gewandelt haben. Und das ist keine Utopie, so utopisch es heute klingen mag. Die Gefahr ist nicht eine hochgerüstete Demokratie neben einer militärisch schwachen Diktatur. Daraus ist noch nie ein Krieg entstanden. Aber aus einer hochgerüsteten Diktatur neben militärisch schwachen Demokratien besteht immer eine akute Kriegsgefahr.

(Beifall)

Darum ist auch die Frage des Gleichgewichtes logisch nicht immer ganz richtig gestellt. Die Amerikaner haben nie, auch nicht in der Zeit des Monopols der Atomwaffe, daran gedacht, diese zur Änderung der Verhältnisse in der Sowjetunion etwa einzusetzen. Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt unsere Hoffnung, unsere Chance. Die marxistischen Gesellschaften werden sich aus dem naturwissenschaftlich-technischen Zwang heraus wandeln müssen. Und wenn einmal alle Völker, alle Staaten, in diesem Bereiche der nördlichen Halbkugel der Erde ihren Bürgern die Freiheit und ihren Nachbarn das Selbstbestimmungsrecht nicht mehr vorenthalten können, können wir unsere Atomwaffen zerstören, unsere Armeen auflösen. Dann brauchen wir keine Panzerarmeen und keine großen Armadas von Flugzeugen mehr, weil dann andere Gesetze gelten, die Gesetze des Rechtes, die Gesetze der Menschlichkeit, die Gesetze des Logos und nicht mehr die Gesetze des Mars die Stunde beherrschen. Und bis dahin müssen wir aushalten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aber immer, wenn man nach den Sternen schaut, gerät man in Gefahr, auf dem Wege zu stolpern, wie Sie wissen. Und deshalb ein letztes Wort zu einem Thema, zu dem, wie ich weiß, Helmut Kohl noch sprechen wird und zu dem ich mich nicht lange äußern will, nur mit ganz wenigen Sätzen.

Es sollte nicht der geringste Zweifel bestehen, daß ich die Entscheidung, die nun einmal dazu führt, hinter eine juristische Grauzone einen Schlußstrich zu setzen und damit auch mißbräuchliche Entwicklungen nicht mehr zu ermöglichen, daß ich diesen Versuch oder diese Absicht ohne Wenn und Aber unterstütze.

(Beifall)

Ich bin gegenüber der CDU, ich bin gegenüber Helmut Kohl, ich bin gegenüber der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion nicht, weil etwa gegenteilige Annah-

men denkbar wären oder gegenteilige Äußerungen vorlägen, aber damit überhaupt kein Zweifel geltend gemacht werden kann, zu dieser Feststellung verpflichtet.

Ich bin seit 1946 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CSU, seit 1948 Generalsekretär, seit 1952 stellvertretender Vorsitzender - praktisch der eigentliche -

(Heiterkeit)

- mein Freund Ehard hatte großes Vertrauen zu mir -

(Erneute Heiterkeit)

und seit 1961 der Landesvorsitzende der Christlich Sozialen Union. Ich habe erlebt, wie wir unsere Parteien großgehungert haben in jenen Jahren. Ich könnte wirklich also hier Geschichten erzählen, die heute den jungen Menschen kaum mehr glaubhaft erscheinen.

Wir haben, meine Damen und Herren, dann versucht, durch Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit in einem Einkommensteuergesetz der 50er Jahre klare Verhältnisse zu schaffen.

Kaum war das eingeführt, hat Zinn von Hessen die Klage in Karlsruhe erhoben. Die Richter haben die Abzugsfähigkeit wegen angeblicher Gefährdung des Gleichheitsgrundsatzes - - Die sollten manchmal bei solchen Prozessen Leute vom Bau hören und nicht Theoretiker vom Grünen Schreibtisch!

(Beifall)

Denn die Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, und der Koalitionspartner sowieso als Wirtschaftspartei haben ganz schön abgerahmt: in der Zeit, bevor sie an der Regierung waren, und in der Zeit, nachdem sie an die Regierung gekommen waren. Und ich frage mich nur, meine Damen und Herren, warum die Staatsanwaltschaft diese Akten nicht auflegt. Ich frage mich nur, warum hier keine Namen genannt werden.

(Beifall)

Ich habe für die "Bild"-Zeitung von morgen ein Interview gegeben. Hoffentlich druckens alles ab, was ich in dem Zusammenhang wohlüberlegt an Formulierungen geboten habe.

Und kaum stand man hier auf festen Füßen, da hat derselbe Zinn wieder - - Bei diesem Urteil hat Karlsruhe damals auf die Staatsfinanzierung verwiesen. Mir war der Weg zuwider. Aber das Verfassungsgericht hat ihn uns gewiesen. Staatsfinanzierung! Da kam wieder von derselben Seite die gleiche Klage. Da hat dasselbe Gericht, das uns vorher an die Staatsfinanzierung als möglichen Weg verwiesen hat, auf einmal in Änderung der Rechtsauffassung die Staatsfinanzierung für verfassungswidrig erklärt.

Und damit ist ein großer Zustand der Unehrlichkeit auch eingetreten, der Unehrlichkeit, meine Damen und Herren. Denn wenn wir heute die Wahlkampfkostenerstattung bekommen, die das Gericht erlaubt hat, dann ist es doch so, daß der größte Teil

der Wahlkampfkostenerstattung, da er ja über Jahre hinweg verteilt wird, für den laufenden Betrieb verwendet wird und für den Wahlkampf dann in der Hauptsache der Klingenbeutel im Land spazierengeführt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Spender konnten sich auch guten Glaubens darauf verlassen, daß die jahrelang bekannte, jahrzehntelang bekannte, geduldete Rechtsauffassung, gerade weil es hier eine juristische Grauzone gab, auch einmal durch ein solides Gesetzeswerk abgelöst werden würde.

Und wir sind hier verpflichtet, meine Damen und Herren, unseren Freunden gegenüber, die die Aktionsfähigkeit unserer Partei - zum Kriegführen gehört Geld, Geld und wieder Geld, und auch Wahlkampf ist eine Art Krieg, zu dem man Geld, Geld und wieder Geld braucht - - - und unseren Helfern auch unsererseits zur Seite zu stehen: seit 1. Januar durch Neuregelung der Parteienfinanzierung und auch durch Beendigung dieses unerfreulichen Zwischenzustands durch den Weg, den die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Ich sehe keinen anderen Weg.

Und wenn die Sozialdemokraten sagen "Auch wenns uns trifft": Die kommen mir vor wie vorgeschobene Beobachter mit dem Feuerkommando auf dem eigenen Feuerstand. So kommen sie mir ungefähr vor. Was sie beabsichtigen, ist doch nur, eine große, Tausende von Menschen umfassende gesellschaftliche Schicht, deren Träger sich individuell weder bereichert haben noch das geringste haben zuschulden kommen lassen, an den Pranger der Nation zu stellen und sozusagen vorzuführen.

Und dieses nicht zu ermöglichen, saubere Rechtsverhältnisse zu schaffen: für die Vergangenheit einen Schlußstrich und für die Zukunft einen sauberen Boden, das ist die Aufgabe dieses Entwurfs.

Und deshalb fühlte ich mich auch verpflichtet, am Ende meiner Ausführungen in dieser Weise für diesen Entwurf einzutreten. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Dr. Strauß! Wir danken Ihnen für den engagierten Vortrag, den Sie uns gehalten haben, und wir freuen uns, daß wir so viele Gemeinsamkeiten feststellen können. Der Parteitag hat Sie verstanden.

Wenn ich richtig informiert bin, wollen Sie nicht länger bei uns bleiben, sondern schon den Heimflug nach Bayern antreten. Da wollen wir Ihnen heute dafür danken, daß Sie zu uns gekommen sind, wie jedes Mal, wenn unser Parteitag durchgeführt wird und Ihnen einen guten Heimflug wünschen.

(Anhaltender Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treten jetzt wieder in die Beratungen ein, und zwar setzen wir die Behandlung des TAGESORDNUNGSPUNKTS 10 fort:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Wir haben uns heute vormittag bei der Festlegung der Tagesordnung darauf verständigt, daß die Aussprache über die Berichte in zwei Teile gegliedert wird, nämlich in einen ersten Teil, den Gesetzentwurf über die Amnestie im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung betreffend, und einen zweiten Teil: eine allgemeine Aussprache zu den Berichten.

Ich rufe jetzt den ersten Teil auf.

Vereinbarungsgemäß wird der Bundesvorsitzende diese Debatte mit einem Beitrag einleiten. Das Wort hat der Bundesvorsitzende.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich begrüße es, daß wir heute die Chance und die Möglichkeit haben, über diese sehr wichtige Frage, die auch von sehr vielen kritischen Kommentaren begleitet wird, miteinander zu sprechen und miteinander zu diskutieren: über das Thema Straffreiheit für Parteispenden.

Ich begrüße es vor allem deswegen, weil ich ganz sicher bin, daß der Stil und der Inhalt unserer Diskussion und die Art des Gesprächs über eine so strittig zu diskutierende Frage wieder einmal deutlich machen, welche innere Kraft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands innewohnt.

Und ich denke, es ist wichtig, vorweg eines festzustellen: daß der Respekt vor der Meinung des anderen, der auch in einer solchen Frage anders denkt, für uns ganz selbstverständlich ist und daß niemand das Recht hat - ich betone: daß niemand das Recht hat -, bei einer solchen Sachfrage und bei einer solchen Diskussion dem anderen die gute Absicht seiner Meinung oder gar die moralische Qualifiaktion abzusprechen.

Ich sagte: Ich habe Verständnis für manche Kritik. Ich habe keinerlei Verständnis für mancherlei Form von Heuchelei, wie ich sie in diesen Tagen, nicht zuletzt durch maßgebliche Sprecher der deutschen Sozialdemokratie erfahren habe.

(Beifall)

Das Parteipräsidium der CDU hat in voller Übereinstimmung mit allen Landesvorsitzenden der CDU gemeinsam wie Präsidium und Landesvorstand und Landesleitung der CSU an unsere gemeinsame Bundestagsfraktion die Empfehlung gegeben, die Ihnen bekannte Vorlage über Straffreiheit für Parteispenden im Deutschen Bundestag einzubringen.
Ich denke, jeder in der deutschen Öffentlichkeit und insonderheit jeder in der Partei hat einen Anspruch darauf, in einer so wichtigen Frage die Meinung des Parteivorsitzenden kennenzulernen. Deswegen darf ich zu Beginn dieser Aussprache einige Bemerkungen vortragen.

Liebe Freunde, seit den frühen 60er Jahren - Franz Josef Strauß hat die Vorge-

schichte eben ganz zutreffend geschildert - ist der deutschen Öffentlichkeit bekannt, daß Berufsverbände, staatsbürgerliche Vereinigungen und andere vergleichbare Organisationen, die als gemeinnützig anerkannt sind, den demokratischen Parteien Spenden, ja Spenden in erheblicher Höhe zugeleitet haben. Ich sage ganz bewußt: den demokratischen Parteien, da das allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, die in jener Zeit auch Parlamentsfraktionen bildeten, selbstverständlich zugute kam

Dieser Vorgang hat bis in die allerjüngste Vergangenheit nicht zu Ermittlungsverfahren der Justizbehörden geführt. Bei Betriebsprüfungen - sehr, sehr vielen Betriebsprüfungen - sind nach unserer, nach meiner Kenntnis in der Regel auch keine Beanstandungen erfolgt. Auch wenn sich nachträglich herausgestellt hat, daß die praktizierten Verfahren in einer Reihe von Fällen steuerrechtlich nicht einwandfrei waren, so handelten - da habe ich überhaupt gar keinen Zweifel - die Spender in gutem Glauben. Sie können insofern auch kein Unrechtsbewußtsein haben. Diese Spender - das ist meine Überzeugung - haben Anspruch auf Vertrauensschutz.

(Beifall)

Meine Freunde, es geht hier um die Unbescholtenheit von Bürgern, die demokratischen Parteien, auch der Christlich Demokratischen Union, Spenden gegeben haben. Dafür haben sie steuerlich abzugsfähige Quittungen erhalten. Sie haben sie ihren zuständigen Finanzbehörden vorgelegt, und sie wurden anerkannt. Für dieses über viele Jahre hindurch von niemandem gerügte Verhalten dürfen sich nach unserer Überzeugung im nachhinein keine strafrechtlichen Folgen in der Form ergeben, daß die Spender vor Gericht gestellt werden.

(Beifall)

Ich muß auf Grund der Erfahrungen der jüngsten Zeit leider bemerken, daß eine Reihe der bisherigen Ermittlungsverfahren begleitet waren von systematischen und, wie ich finde, rechtswidrigen Veröffentlichungen aus den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer immer für diese Indiskretionen die Verantwortung trägt, so muß ich doch sagen: Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, muß leider damit gerechnet werden, daß es auch bei weiteren Verfahren zu derartigen rechtswidrigen Vorverurteilungen in der Öffentlichkeit kommt.

Alle hier angesprochenen Bürger haben sich nicht bereichert. Sie haben aus staatspolitischer Verantwortung Geld für Parteien gespendet. Sie haben nicht Einkommen verschwiegen, um weniger Steuern bezahlen zu müssen und um dadurch für sich persönliche Vorteile zu ziehen. Auch wenn sich durch die Spende das zu versteuernde Einkommen verringerte und damit weniger Steuern bezahlt werden mußten, so war doch die Spende in jedem Fall höher als der Steuervorteil. Alle diese Spender hatten dementsprechend nach einer Spende eben weniger.

Das ist - das sage ich im Hinblick auf die aktuelle Diskussion - ein ganz entscheidender Unterschied zu dem, was Steuerhinterziehung gemeinhin so verwerflich macht. *Das ist auch ein Unterschied, liebe Freunde, zu anderen Straftaten, bei denen sich* jemand einen irgendwie gearteten Vorteil verschafft, der ihm von Rechts wegen nicht

zusteht. Deshalb ist der Vorwurf unberechtigt, hier werde mit zweierlei Maß gemessen.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Gesetzentwurf sieht vor, daß jene Spenden nachträglich zu versteuern sind, die steuerlich nicht oder nicht vollständig anerkannt werden oder nicht anerkannt werden können. Das heißt - das muß deutlich gesagt werden -, die Steuern müssen nachentrichtet, nachgezahlt werden. Die Spender sollen nicht steuerfrei, sondern straffrei gestellt werden.

Nach den von allen Fraktionen mit Ausnahme der Fraktion der GRÜNEN - endlich - verabschiedeten Änderungen des Parteiengesetzes im Dezember 1983 sind die Tätigkeiten der politischen Parteien staatspolitisch förderungswürdig und damit auch steuerbegünstigt. Ich bedaure, daß 25 Jahre ins Land gingen, bis der deutsche Gesetzgeber die innere Kraft aufbrachte, die Konsequenz aus Art. 21 des Grundgesetzes zu ziehen.

(Beifall)

Ich denke aber auch, daß der Satz richtig ist: Was nach dem Willen des Gesetzgebers für die Spenden heute und für die Zukunft gilt, muß sinngemäß auch für frühere Spenden gelten. Liebe Freunde, im Strafrecht gilt der Grundsatz, daß das Verhalten eines Menschen strafrechtlich immer dann nach dem jeweils mildesten Gesetz zu beurteilen ist, wenn die betreffende Strafbestimmung während des laufenden Verfahrens geändert wird.

Ich will auch darauf hinweisen, daß das, was die Fraktionen der FDP und der CDU/CSU jetzt beschlossen haben, nicht die erste Initiative für ein Straffreiheitsgesetz mit dem genannten Ziel ist. Auch führende Sozialdemokraten waren noch vor kurzer Zeit mit uns der Überzeugung, daß das der richtige Weg ist. Der künftige Schatzmeister der SPD Wischnewski und der Obmann der SPD-Fraktion für Rechtspolitik im vergangenen Bundestag Fritz-Joachim Gnädinger erarbeiteten im Jahre 1981 einen Gesetzentwurf mit demselben Ziel. Wenn nicht alles täuscht, hat dieser Entwurf damals auch die Zustimmung des Fraktionsvorsitzenden und des Parteivorsitzenden der SPD gefunden. Aus Gründen, die innerhalb der SPD zu suchen sind, ist diese Aktivität nicht weiter verfolgt worden.

Die von der Koalition geplante Straffreiheit - es ist wichtig, auch das deutlich zu sagen - für Parteispenden bezieht sich ausschließlich auf die genannten steuerlichen Tatbestände. Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme, Untreue, Bestechlichkeit und anderer vergleichbarer Straftatbestände werden von diesem Straffreiheitsgesetz selbstverständlich nicht erfaßt.

Meine Damen und Herren, ich habe mir wie alle anderen Freunde - vor allem auch die ganze Fraktion - diese Entscheidung wahrlich nicht leichtgemacht. Wir haben sie lange und intensiv miteinander diskutiert. Ich stehe hier auch mit gutem Gewissen, weil ich von mir behaupten kann, daß es niemanden - niemanden! - unter den führenden Politikern der Bundesrepublik gibt, der sich so frühzeitig und rechtzeitig - vor vielen Jahren schon - um eine abschließende rechtliche Ordnung des Ganzen bemüht hat.

(Beifall)

Ich habe bereits im Jahre 1975, über ein Jahr vor der Bundestagswahl - damals in meiner Funktion als Parteivorsitzender und noch Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz -, erste Gespräche mit den Kollegen der SPD und der FDP und zuvor auch mit den Freunden aus der CSU aufgenommen. Es war nicht möglich, wegen des Widerstands der damaligen Koalition, insonderheit wegen des Widerstands in der SPD, diese Frage weiter voranzubringen.

Nach der Bundestagswahl 1976 habe ich - auch angesichts der zunehmenden steuerrechtlichen Diskussion in den wissenschaftlichen Zeitschriften - sehr intensiv darauf gedrungen, diese Gespräche wieder aufzunehmen.

Es fanden dann bei mir - ich war inzwischen Oppositionsführer im Deutschen Bundestag - mehrere Gespräche mit den Parteivorsitzenden der CSU, SPD und FDP, den Schatzmeistern und den Fraktionsvorsitzenden statt. Mein Ziel war in jener Zeit eine gesetzliche Regelung, wie sie endlich 1983 zustande gekommen ist. Es war bei allem Bemühen in diesen Tagen nicht möglich, eine Regelung der Vernunft zu finden, die endlich Klarheit in diese Grauzone gebracht hätte. Dies scheiterte wiederum vor allem am Widerspruch der Sozialdemokraten.

Aus den Erfahrungen dieser Gespräche haben wir dann, vor allem unser Schatzmeister Walter Leisler Kiep, die zuständigen Mitarbeiter und ich, unter uns darüber gesprochen, was geschehen könnte, um die notwendige Klarheit zu erzwingen. Aus diesen Gesprächen erwuchs dann die Klage des Landes Niedersachsen vor dem Bundesverfassungsgericht. Ernst Albrecht und seine Landesregierung haben es damals freundlicherweise übernommen, für uns alle den Weg nach Karlsruhe zu beschreiten, um dieses Urteil zu erstreiten. Im Juli 1978 ist die Klage Niedersachsens eingebracht worden, und im Juli 1979 erfolgte dann der Spruch des Bundesverfassungsgerichts.

Als das schriftliche Urteil vorlag, habe ich wiederum zu einem Gespräch eingeladen, um auf der Grundlage des Urteilstenors endlich die notwendige Gesetzgebung voranzubringen. Das ist wiederum gescheitert. Wir haben dann als CDU-Bundespartei - ich lege großen Wert auf diese Feststellung, die übrigens auch von den untersuchenden Staatsanwälten, soweit ich weiß, nie bestritten wurde - als Konsequenz aus diesem Beschluß des Gerichts verfügt, daß mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Bundespartei der CDU Deutschlands nur noch Spenden nach Steuern, also nach versteuerten Einnahmen, annehmen wird. Es gab wegen dieses Verhaltens der Bundespartei, wie viele aus den Ländern wissen, eine große Diskussion. Wir sind bei dieser Entscheidung geblieben, und ich bin gerade jetzt und heute froh darüber, daß wir diese Entscheidung durchgesetzt haben.

Im weiteren Fortgang des Verfahrens war es dann 1981 endlich möglich - die Initiative dazu ging wiederum von uns aus - , den Herrn Bundespräsidenten in einem gemeinsamen Schreiben aller Parteivorsitzenden zu bitten, eine Kommission zu berufen, die zu diesem ganzen Themenbereich ein notwendiges Gutachten erarbeiten und vorlegen sollte. Dieser Bericht der Kommission wurde dann im April 1983 vorgelegt und führte im Dezember 1983 zu der Änderung des Parteiengesetzes mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres.

Ich kann für mich beanspruchen - und damit kann dies auch die CDU Deutschlands für sich beanspruchen - , daß ich zum frühestmöglichen Zeitpunkt jede nur denkbare

Möglichkeit untersucht habe, um möglichst frühzeitig zu einer abschließenden klaren gesetzlichen Regelung zu kommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, indem ich dies sage, will ich dazu zum Abschluß noch ein sehr persönliches Wort anfügen. Ich bin seit dem Jahre 1954 in vielfältiger Funktion Parteivorsitzender: Kreis-, Bezirks-, Landes- und jetzt seit elf Jahren Bundesparteivorsitzender. Ich habe in diesen Jahrzehnten viele Wahlkämpfe mitorganisiert. Zur Organisation eines Wahlkampfes gehört immer auch jenes Geschäft, das wir ganz gewiß nicht zu den angenehmen Seiten unserer Tätigkeit zählen können, nämlich die nötigen Mittel zu sammeln, herumzugehen, zu bitten, häufig genug auch zu betteln. Aus dieser Erfahrung heraus weiß ich, wie wichtig die Unterstützung von Freunden unserer Idee aus allen Bereichen der Bevölkerung war und ist.

Aber, liebe Freunde, ich weiß auch - und das gehört ebenfalls in eine solche Betrachtung, weil es in diesen Tagen weitgehend unterschlagen wird - , welch ungeheure Leistung die Mitglieder demokratischer Parteien vollbringen. Die weit über 1 Million Mitglieder der CDU und der CSU, um nur unsere Parteien zu nennen - aber das gilt auch für die anderen - , erbringen Wahlkampf für Wahlkampf eine ungeheure Eigenleistung. Das beginnt mit den vielen Zehntausenden, die bei *Plakatierungen, bei sonstigen Aktivitäten für unsere Idee, für unsere Überzeugungen* auf die Straße gehen. Das beginnt mit den Spenden unserer Mitglieder. Dazu gehört - um das bei einer solchen Gelegenheit auch einmal zu sagen - der ganz erhebliche Anteil an Beitragsaufkommen, den unsere Mandatsträger in allen Bereichen, auf allen Stufen der Politik selbstverständlich für die Partei erbringen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesen Jahren gab es nicht nur Hoch-Zeiten für die CDU. Als ich im Jahre 1973 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, standen die Prognosen für die zukünftige Entwicklung der Union nicht gerade zum besten. Eine Reihe von Professoren, die sich für besonders klug hielten, haben uns in jener Zeit die Prognose gestellt, daß wir niemals wieder die 40-%-Grenze erreichen würden. Andere haben uns im kommunalen Bereich signalisiert, daß die Union in Städten mit über 100 000 Einwohnern keinerlei Chancen mehr haben werde. Das war eine weitverbreitete Stimmung. Wer in den Tagen, von denen ich jetzt spreche, unterwegs war, um für die Partei die notwendigen Mittel zu mobilisieren, der kann ein Lied davon singen.

Ich habe nicht vergessen, daß es in diesen sehr kritischen Zeiten nicht wenige Mitbürger gab - wiederum aus allen Bereichen unserer Gesellschaft, aber auch in und aus der Wirtschaft - , die uns ungeachtet jener Prophezeiungen, von denen ich sprach, geholfen haben. Ich will das in diesem Augenblick sehr dankbar erwähnen. Wir haben Hilfe von diesen Mitbürgern erfahren, und zwar eine Hilfe ohne alle Vorbedingungen. Ich habe niemals Gespräche über Spenden geführt - das gilt auch für den Schatzmeister -, die an irgendeine Bedingung oder Vorbedingung geknüpft waren.Wir haben darum gebeten, daß uns geholfen wird, indem wir immer wieder darauf hingewiesen haben, daß nach Artikel 21 des Grundgesetzes demokratische Parteien einen wichtigen Auftrag zur Gestaltung und Vermittlung von Politik haben.

Sie werden verstehen - lassen Sie jetzt bitte den Bundeskanzler und den Parteivorsitzenden weg - , daß das Mitglied Helmut Kohl das seit dem Frühjahr 1947, seit

seiner Schülerzeit, Mitglied unserer Partei ist und in vielen Jahrzehnten hier Freundschaft, Kameradschaft und seine politische Heimat gefunden hat, gerade in einer so kritischen Lage, in der unbescholtene Bürger für eine persönliche Entscheidung an den Pranger gestellt werden und der Hilfe des demokratischen Staates bedürfen, ein klares Ja zu diesem Amnestiegesetz sagt.

(Beifall)

Es geht nicht darum, in dieser Lage Steuern, die dem Fiskus gehören, dem Fiskus zu entziehen. Wenn sich aus der Rechtsprechung ergibt und aus dem Gesetz, wie sich jetzt herausstellt, daß diese Steuern nachentrichtet werden müssen, dann müssen sie eben nachentrichtet werden. Das ist der klare Tenor dieses Vorschlages. Aber, liebe Freunde, ich weigere mich zu akzeptieren, daß Mitbürger sozusagen deshalb kriminalisiert werden, weil sie bereit waren, demokratischen Parteien zu helfen.

(Beifall)

Ich bin mir darüber im klaren, daß diese Position heftig umstritten ist. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß es für diejenigen, die ihre Geschäfte parteipolitisch oder sogar staatspolitisch gegen diesen Staat und unsere Gemeinschaft machen wollen, eine gute Gelegenheit zur Verdrehung von Tatsachen und zu einer Interpretation ist, die den Tatsachen nicht entspricht.

Dennoch plädiere ich leidenschaftlich dafür - und so haben Sie mich in vielen Jahren kennengelernt - , daß wir jene nicht im Stich lassen, die uns geholfen haben, und zwar aus ihrer staatspolitischen Überzeugung, aus der Überzeugung, daß demokratische Parteien lebensfähig und untereinander konkurrenzfähig sein müssen, und aus der Überzeugung, daß das, was ihnen vorgeschlagen wurde, was jahrelang nicht beanstandet wurde, ein Weg sei, der gangbar ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, das Votum der Bundestagsfraktion zu unterstützen. Ich werde für diesen Amnestieentwurf im Deutschen Bundestag sprechen und stimmen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen und zugleich den Initiativ-Antrag G 34 der Delegierten Christian Wulff, Christoph Böhr und weiterer 28 Delegierter aufrufen, der Ihnen vorliegt. Der Antrag lautet: Der Bundesparteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Pläne für ein "Amnestie-Gesetz" nicht weiter zu verfolgen.

In der Aussprache hat zunächst Christoph Böhr das Wort.

Christoph Böhr: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es kann überhaupt keinen Zweifel darüber geben, daß es gute, ja, ich will sagen, daß es überzeugende Gründe für eine Regelung gibt, wie sie die beiden Koalitionsfraktionen vorgeschlagen haben und wie sie soeben von Helmut Kohl in beeindruckender Weise noch einmal vorgetragen wurden. Ich möchte sagen, daß die Gründe, die Helmut Kohl und die Befürworter dieser Regelung vortragen, Respekt und Achtung verdienen, vor allem auch moralischen Respekt und moralische Achtung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Tagen zwei Einzelschicksale von Parteispendern kennengelernt, mit denen ich konfrontiert wurde, Schicksale von Kleinspendern - ich rede nicht von den großen -, die guten Glaubens annehmen konnten, ja, die guten Glaubens annehmen mußten, daß sie in völliger Übereinstimmung mit der Rechtslage Spenden angegeben haben, zumal diese Spendenpraxis *über viele, viele Jahre hinweg von niemandem moniert wurde, und denen heute* Unrecht widerfährt. Dieses Unrecht, meine ich, müsssen wir beim Namen nennen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, liegt dieser Entscheidung für oder gegen den *Antrag der Koialitionsfraktionen eine Güterabwägung zugrunde. Im Rahmen dieser* Güterabwägung kann ich mich nur anders entscheiden, als die Mehrheit unserer Fraktion dieses getan hat.

Ich finde, daß die Entscheidung im Rahmen dieser Güterabwägung nur eine Entscheidung sein kann, die jeder für sich nach bestem Wissen und bestem Gewissen treffen kann und die wir treffen sollten und müssen - ich sage das jetzt insbesondere für diejenigen, die wie ich kritisch zu dieser Vorlage stehen -, ohne den Eindruck zu erwecken, daß wir pharisäerhaft doppelbödig argumentieren, und die wir in einer Weise treffen müssen, in der sich niemand, welche Position auch immer er vertritt, über den anderen moralisch erheben kann, und zwar deswegen nicht über den anderen erheben oder gar empören kann, weil jeder von uns, der diese Entscheidung für sich treffen muß, in der Tiefe seines Herzens diese innere Not verspürt, in der er steht und mit der jeder für sich zurechtkommen muß.

Aber, meine Damen und Herren, diese Frage, über die wir jetzt diskutieren, ist eben auch eine eminent moralische Frage. Sie läßt sich, meine ich, nicht nur mit politischen Klugheitsargumenten führen. Ich bin dem Bundeskanzler sehr dankbar, daß er insbesondere die moralischen Aspekte dieser Frage in den Vordergrund und in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat. Weil sie eine so eminent moralische Frage ist, kann sie jeder von uns - wir werden nachher darüber abstimmen - nur vor seinem Gewissen so oder so beantworten.

Wenn ich mich prüfe - ich habe das in den letzten Tagen getan -, komme ich zu einer anderen Entscheidung und zu einer anderen Position als die vom Vorsitzenden hier vorgetragene. Ich möchte meine Bedenken, die ich in der Sache gegen diesen Vorschlag geltend machen muß, in drei Punkten zusammenfassen. Es lassen sich viele andere nennen. Ich reduziere das und konzentriere es auf drei Punkte.

Erstens. Meine Damen und Herren, im Vordergrund der Argumentation der Befürworter steht - in der Sache sehr zutreffend - die Aussage, daß diejenigen, die jetzt *von Verfahren betroffen sind, guten Glaubens und ohne Unrechtsbewußtsein gehan*delt haben. Das ist sicher richtig so. Aber ich finde, daß diese Tatsache kein Argument in dieser Diskussion sein kann, genausowenig wie die eigene Betroffenheit von vielen von uns, die hier im Raume sitzen - beispielsweise auch von der *Jungen Union -, kein Kriterium der Entscheidung sein kann.*

Wir haben in den letzten Jahren gelegentlich Amnestiediskussionen geführt. Ich denke in diesem Zusammenhang gar nicht vorrangig an die Amnestiediskussion hinsichtlich von Hausbesetzern. Auch hier haben eine ganze Reihe junger Leute ohne Unrechtsbewußtsein und guten Glaubens gehandelt, insbesondere dann, wenn sie ein fast zur Ruine zerfallenes Haus besetzt haben. Ich denke auch an andere Fälle, die wir beispielsweise in der Region diskutieren, aus der ich komme. Wir diskutieren seit vielen Jahren an der Mosel kleine Delikte von kleinen Leuten, von

Winzern, die den Wein mit Flüssigzucker angereichert haben und die deswegen bestraft werden.

(Vereinzelt Lachen)

Im Rahmen dieser Diskussion wurde gelegentlich immer wieder der Vorschlag laut, eine Amnestie durchzuführen, weil es sich eben um so kleine Delikte handelt. Es war die Union, und es war die Junge Union, die immer wieder gesagt haben, daß wir geltendes Recht durchsetzen müssen - das Recht gilt -, daß wir vom Recht nicht abrücken dürfen und daß deswegen eine Amnestie, egal, in welcher Frage, für uns nicht in Frage kommt

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen, meine Damen und Herren, nämlich die außerordentlich schädlichen und langfristigen Folgen einer solchen Regelung für das Rechtsempfinden und die Entwicklung des Rechtsbewußtseins in unserer Bevölkerung. Ich denke dabei vor allem an die Gruppe junger Leute, von denen wir wissen, was heute bei vielen jungen Leuten Rechtsbewußtsein eigentlich noch heißt. Wir wissen es seit einigen Tagen sehr genau, seitdem wir eine neue Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung vorliegen haben. Sie zeigt uns, welche verheerenden Ausmaße mittlerweile die Entwicklung des Rechtsempfindens und des Rechtsbewußtseins bei einer großen Zahl von Jugendlichen in der Bundesrepublik erreicht hat. Ich fürchte, daß wir durch eine solche Regelung, wie sie jetzt vorgetragen wurde und vorgeschlagen wird, einem weiteren Abbau und einem weiterem Abbröckeln des Rechtsempfindens bei den Bürgern in der Bundesrepublik Vorschub leisten und daß wir den Eindruck erwecken, als ob Recht zur Disposition gestellt sei und als ob wir mit dem Recht, wenn es uns im Wege stünde, beliebig umgehen und es ändern, weil es uns im Wege steht und weil es unseren Interessen nicht entspricht. Ich meine, daß wir diesen Eindruck nicht erwecken dürfen, daß wir alles tun müssen, um zu verhindern, daß der Eindruck entsteht, Recht sei in diesem Staat zur Disposition gestellt.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem dritten und letzten Punkt. Das Ansehen aller demokratischen Parteien in unserem Staat und in unserer Parteiendemokratie - die nur in lebendigen und aktiven Parteien als den Trägern politischer Willensbildung wurzeln kann - ist - ich sage das sehr vorsichtig - nicht gut. Wenn wir jetzt eine solche Regelung in Kraft setzen, befürchte ich - ich habe das in der Diskussion der letzten Tage auch konkret erfahren -, daß wir eine ganze Fülle von Vorurteilen, die gegen die Parteien bestehen, bestätigen und noch bestärken.

Dann tun wir eigentlich etwas, was keiner von uns wollen kann: Wir mobilisieren einen Antiparteieneffekt in noch größerem Ausmaße als wir ihn heute schon haben. Die Leidtragenden und diejenigen, die Schaden nehmen, werden die Institutionen unserer Demokratie sein. Die Institutionen unserer Demokratie - die Parteien und die Parlamente, die dann weiter an Vertrauen verlieren werden - werden in viel stärkerem Maße als die Politiker, die diesen Vorschlag jetzt vertreten, die Leidtragenden sein.

Meine Damen und Herren, deshalb plädiere ich bei aller Achtung und bei allem moralischen Respekt vor den Befürwortern dieser Regelung dafür, diesem Vorschlag nicht zu folgen. Ich plädiere in Kenntnis der Alternative dafür - ich sage das ausdrücklich; das macht ja ein Stück jener inneren Not aus, in der jeder von uns steht -, diesem Vorschlag nicht zu folgen. Wir müssen wissen, welches die Alternative ist. Helmut Kohl hat das eindrucksvoll geschildert. Ich finde aber, daß diese Güterabwä-

gung es zuläßt und es notwendig macht, uns anders als die Mehrheit der Koalitionsfraktionen zu entscheiden. Ich bitte Sie zu Beginn dieser Debatte sehr herzlich darum, allen, die sich hier kritisch gegenüber diesem Vorschlag äußern, allen Kritikern zu glauben, daß sie sich diese Entscheidung nicht leichtgemacht haben und daß sie nicht aus irgendwelchen vordergründigen, vielleicht sogar populistischen Argumenten heraus, eine andere Position als die Fraktion vertreten.

Weil auf diesem Parteitag, wie ich meine, eine Entscheidung in dieser Sache notwendig ist und von uns erwartet wird, bitte ich Sie, dem Ablehnungsantrag der Jungen Union, der Ihnen vorliegt, zu folgen. Ich weiß, daß jeder von Ihnen, der als Delegierter auf diesem 32. Parteitag hier sitzt, diese Entscheidung in bestem Wissen und vor seinem Gewissen treffen wird. Jeder wird diese Entscheidung in der Verantwortung treffen, die gerade wir als Christliche Demokraten wahrzunehmen haben, nämlich - ich scheue mich nicht, das jetzt im Zusammenhang mit dieser Frage zu sagen - vor Gott und den Menschen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Walter Wallmann.

Dr. Walter Wallmann: Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich respektiere die Meinung, die Christoph Böhr hier eben vorgetragen hat, aber ich komme zu einem anderen Ergebnis. Ich respektiere, daß es moralische Erwägungen sind, die unseren Freund Christoph Böhr und all diejenigen, die diesen Antrag unterschrieben haben, geleitet haben und leiten. Ich möchte aber genauso deutlich sagen, daß ich auch für mich in Anspruch nehme, daß ich mich nach gründlicher Prüfung von moralischen Erwägungen leiten lasse.

Wenn Herr Böhr davon gesprochen hat, daß es für ihn nicht entscheidend sein könne, daß diejenigen, die uns Geld gespendet haben, guten Gewissens gehandelt haben, so möchte ich dem entgegenhalten: Für mich ist das sehr entscheidend. Die Beispielfälle, lieber Christoph Böhr, die Sie genannt haben - etwa das Thema der Hausbesetzungen -, vermag ich nicht zu akzeptieren.

(Beifall)

Daß es Betroffensein gibt, kann niemand von uns bestreiten. Wer wollte denn bestreiten, daß sich gerade junge Menschen in besonderer Weise betroffen fühlen können und oft genug betroffen fühlen? Dies ist ja nicht etwa ein bequemes Thema. Wer sich hierzu äußert, kann nicht erwarten, daß es viel Beifall gibt.

Meine lieben Freunde, ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir Stellung beziehen müssen, daß wir uns zu entscheiden haben. Ich denke, ich kann das ganz unbefangen tun, weil ich weder dem Präsidium noch der Bundestagsfraktion angehöre. Deswegen kann ich besonders unbefangen sprechen. Ich bin der Auffassung, daß wir auch die Verpflichtung haben, unseren Freunden in der Bundestagsfraktion zu sagen, was wir von diesem Thema halten.

Meine verehrten Freunde, schneidige Erklärungen helfen genausowenig wie selbstquälerisches Grübeln. Unser Bundeskanzler hat davon gesprochen, seit wie vielen

Jahren eine Lösung in dieser Frage zu erreichen versucht worden ist. Wir alle, die wir in der Union lange genug zu Hause sind, wissen genau, was in den vergangenen Jahren geschehen ist. Wir sollten nun in aller Ehrlichkeit, in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit über dieses Thema sprechen. Noch einmal: Daß es Betroffenheit, Unsicherheit und manchmal Unverständnis gibt, wollen und dürfen wir, denke ich, bei dieser Diskussion nicht unterschlagen.

Es gibt aber natürlich auch ein anderes Betroffensein, das Betroffensein derjenigen, die uns Spenden gegeben haben und die jetzt ebenfalls Fragen an uns richten. Eines sei in aller Zurückhaltung gesagt: Ich kann nicht hinnehmen - dies ist hier natürlich nicht vorgetragen worden, aber wir haben es in der öffentlichen Diskussion vernommen -, daß eine ganze Bundestagsfraktion oder diejenigen, die ihr Votum für diesen Gesetzentwurf abgegeben haben - die Mehrheit war überwältigend -, daß alle Mitglieder des Präsidiums, die nach den Beratungen zugestimmt haben, nunmehr mit Formulierungen - ich zitiere - wie Komplott, Unredlichkeit, ja sogar unehrenhaftem Verhalten belegt werden.

(Beifall)

Dieses ist nicht akzeptabel. Wir wissen alle, daß der Gesetzgeber längst hätte handeln müssen. Wir alle wissen, daß wir eine Abwägung vorzunehmen haben. Ich sage es noch einmal: Wir wissen, daß wir uns die Entscheidung nicht leicht machen dürfen. Ich sage aber auch dies: In weiten Teilen empfinde ich die Diskussion, die jetzt geführt wird, als unredlich. Ich beziehe mich dabei nicht nur auf Sozialdemokraten, die sich dazu geäußert haben. Das Wort eines führenden Sozialdemokraten, hier werde ein Anschlag auf den Rechtsstaat verübt, ist so maßlos, daß sich eine solche Aussage gegen sich selbst richtet.

(Beifall)

Darüber will ich jetzt nicht sprechen. Ich will vielmehr - ich betone es noch einmal - bei allem Respekt gegenüber denjenigen, die anders denken, uns noch einmal in das Bewußtsein rufen, welche Aufgaben beispielsweise Ortsvorsitzende, Kreisvorsitzende, Bezirksvorsitzende, Landesvorsitzende und Mitglieder der entsprechenden Gremien zu erfüllen haben. Ich bin selber viele Jahre Kreisvorsitzender und viele Jahre Bezirksvorsitzender gewesen. Ich muß es schlicht und einfach so sagen: Ich bin, wenn ich auf die Jahre zurückblicke und an Wahlkämpfe denke, jedem dankbar gewesen, der uns eine Spende gegeben hat.

(Zustimmung)

Wir sind in der Regel zu den Spendern hingegangen. Wir haben sie gefragt und um Spenden gebeten.

Betroffen - Christoph Böhr hat davon gesprochen - sind aber nicht nur diejenigen, die dieses nicht verstehen und uns kritisieren. Betroffen sind auch nicht nur die Spender, meine verehrten Freunde. Betroffen sein müssen wir alle. Denn es wäre schlimm, wenn zum Schluß alles auf die Schatzmeister der verschiedenen Ebenen in unserer Partei abgewälzt werden würde. Das kann doch unsere Solidarität nicht sein.

(Beifall)

Solidarität nicht im Sinne von blindem Jasagen, sondern Solidarität im richtig

verstandenen Sinne. Wir alle haben doch gewußt, daß es Spenden gegeben hat. Wir alle haben doch gewußt, daß es irgendwelche Institutionen gegeben hat.

Solidarität, so meine ich, verlangt auch die Entscheidung, die Verhaltensweise unserer Fraktion. Ich habe nicht darüber zu entscheiden - schon weil ich gar nicht dabeigewesen bin -, ob sie nun - auch mit Blick auf den Zeitablauf - alle nur denkbaren Möglichkeiten in Betracht gezogen hat; das weiß ich nicht. Ich weiß nur, meine Freunde, daß freigewählte Abgeordnete in einer Fraktion, die keinen Fraktionszwang kennen, Verhandlungsgegenstand freiwillig angenommen, beraten hat und dann zu einer Entscheidung gekommen ist. Ich weiß nicht, wie dies als ein Überraschungscoup oder als Komplott oder dergleichen bezeichnet werden könnte.

Und noch etwas möchte ich sagen, und zwar im Zusammenhang mit der Bemerkung, unsere Spender seien doch genauso gutgläubig gewesen wie wir selbst. Es wird gesagt: Wenn das so ist, dann brauchen die doch eigentlich gar keine Sorge zu haben. Denn jedes Gericht wird sie dann wegen fehlenden Unrechtsbewußtseins nicht zur Verantwortung ziehen. Ich bin selber einmal Richter gewesen, bis vor l8 Jahren. Ich habe hohen Respekt vor unseren Gerichten. Sie entscheiden in voller Freiheit, in voller Unabhängigkeit. Sie unterliegen gar keinen Weisungen.

Aber zum Thema Redlichkeit, meine lieben Freunde, zu der Bemerkung, die, die da gespendet haben, bräuchten doch gar keine Sorge zu haben. Wie ist das eigentlich, wenn es jahrelange Verfahren gibt, wenn Akten beschlagnahmt, Büros und Privaträume durchsucht werden, und die, die sich dem unterwerfen müssen, an uns die Frage richten: Was sagt ihr denn dazu? Ihr habt uns doch gesagt, daß dies alles korrekt, in Ordnung, rechtsstaatlich sei.

Ich meine, jeder sollte sich diese Frage vorlegen und seine persönliche Antwort finden. Wir, in allen Parteien, meine Freunde, haben um Spenden gebeten und Spenden erhalten. Und wir haben nun die Frage zu beantworten, wie wir uns angesichts einer Situation verhalten, die über Jahre nicht beanstandet worden ist, hinsichtlich der Wirtschaftsprüfer das Ganze für unbedenklich gehalten haben, hinsichtlich der Finanzverwaltungen nicht tätig geworden sind, hinsichtlich der Staatsanwaltschaften über Jahre hinweg nichts kritisiert, beanstandet und auch keine Ermittlungsverfahren eingeleitet haben. Wir müssen in dieser Situation auch jenen eine Antwort geben, die nun - völlig berechtigt - an uns Fragen richten.

Ich will keine großen Begriffe einführen. Ich will nicht über Rechtsfrieden und dergleichen reden; man soll mit solchen Formulierungen vorsichtig sein. Aber dies möchte ich doch feststellen: Keiner von uns kann sich aus der Diskussion fortstehlen, entscheiden müssen wir. Und ein unbequemes Thema mit einem Tabu zu belegen, das, finde ich, ist sowenig redlich wie verantwortbar.

Ich bin der Überzeugung, daß die Fraktion nicht leichtfertig entschieden hat. Sie hat ihre Entscheidung in vollem Bewußtsein der Problematik, der Schwierigkeiten getroffen. Ich trage diese Entscheidung nach gehöriger Prüfung mit.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort geht an Franz Dormann. Ihm folgt Dr. Göhner.

Franz Dormann: Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat sehr überzeugend vorgetragen, was seine Argumente und die Argumente der Bundestagsfraktion für diese Entscheidung sind. Wir als Ring Christlich-Demokratischer Studenten haben uns unsere Entscheidung ebenfalls nicht leicht gemacht. Wir haben an den Hochschulen zum Teil eine schwierige Auseinandersetzung zu bestehen. Daher möchte ich in diesem Zusammenhang Ihnen, Herr Bundeskanzler, und der gesamten Partei unseren Dank für Ihre Unterstützung aussprechen, insbesondere im letzten Jahr.

Meine Damen und Herren, viele Jugendliche an den Hochschulen, mit denen wir uns in der Diskussion befinden, sind zwar kritisch, äußerst kritisch, aber für das Gemeinwesen zu gewinnen, wenn man ihnen überzeugend erklärt, daß es hier in unserem Lande gerecht zugeht. In dieser Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, glaube ich, wird es sehr schwierig, wird es kaum möglich sein, für die Maßnahme einer geplanten Amnestie Verständnis bei den Jugendlichen zu finden.

Meine Damen und Herren, diese Pläne werden Wasser - der Herr Bundeskanzler hat es bereits gesagt - auf die Mühlen derjenigen schütten, die - wie der kommunistische Studentenverband Spartakus, die kommunistische Nachwuchsorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei - den Studenten jeden Tag nachweisen wollen, daß die sogenannten Herrschenden ohnehin das machen, was sie für richtig halten.

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei wesentliche Überlegungen anführen, die meines Erachtens gegen die Amnestiepläne sprechen.

Erstens. Die geplante Amnestie unterhöhlt nach unserer Überzeugung Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit des Rechtsstaates. Ich möchte Sie daran erinnern, mit welcher Leidenschaft wir im letzten Herbst gegen diejenigen gekämpft haben, die uns erklären wollten, daß es in diesem Staate Recht sei, die Zufahrtswege zu Kasernen zu blockieren und eine freie Entscheidung eines frei gewählten Parlaments durch eine Blockade unmöglich zu machen. Haben wir nicht alle mit allen Kräften auf die Achtung des Gesetzes ohne Wenn und Aber bestanden? Haben wir in der geistigen Auseinandersetzung mit den überwiegend jungen Menschen in der Friedensbewegung nicht versucht, ihnen zu verstehen zu geben, daß noch so edle Motive die Blockade und den Sitzstreik nicht rechtfertigen? Meine Damen und Herren, ich möchte Sie fragen, wie Sie diesen jungen Leuten diese Amnestiepläne erklären.

Meine Damen und Herren, wer will, daß die Gesetze geachtet werden, muß für ihre Geltung überall eintreten. Ich glaube, daß wir alle unseren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates leisten müssen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es keine Sonderregelung geben darf, auch keine Sonderregelung für die eigene Klientel und für unsere Freunde - mögen sie noch so betroffen sein.

Der zweite Grund: Das Amnestievorhaben ist meines Erachtens ein Mißtrauensvotum gegen die Justiz. Die Befürworter des Amnestieplanes sagen, daß diejenigen kriminalisiert würden, die gutgläubig gehandelt haben. Dem ist zweifellos zuzustimmen. Aber dieser Grundsatz gilt auch ohne Amnestie; denn es sind bereits viele Verfahren, mehrere hundert Verfahren - so die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" heute - wegen Geringfügigkeit oder mangelnden Schuldbewußtseins eingestellt worden. Die Gerichte prüfen den Einzelfall. Das ist gut so, das ist richtig. Ich bin der Überzeugung, wer der Unabhägigkeit der Gerichte und ihrer Fähigkeit zur Findung gerechter Urteile traut - ich glaube, das müssen wir -, der braucht keine Amnestie.

Herr Bundeskanzler, es mag sein, daß bei der Abwägung der zu schützenden Güter ein Amnestiegesetz das kleinere Übel ist. Doch dieses Übel wird, glaube ich, einen hohen Preis einfordern. Das ist der Preis des Verlustes an Glaubwürdigkeit.

Meine Damen und Herren, wir, Junge Union und RCDS, haben es uns auch in unserer öffentlich vorgetragenen Kritik sicherlich nicht leicht gemacht. Wir appellieren an die Delegierten des Parteitages, dem Initiativantrag zuzustimmen, die Amnestiepläne nicht weiter zu verfolgen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort geht an Dr. Göhner, Westfalen. Ihm folgt Christian Wulff.

Dr. Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Bei dem Abwägungsprozeß, von dem Herr Wallmann gesprochen hat, muß sicherlich berücksichtigt werden, daß es eine große, unbestreitbare Rechtsunsicherheit bezüglich bestimmter Spendenvorgänge gibt, von denen alle Parteien und auch alle Teile der Parteien betroffen sind, selbstverständlich auch deren Jugendorganisationen.

Unterschiedliche Rechtssprechung der Gerichte, unterschiedliche Verfahrensweisen der Staatsanwaltschaften sind zu erwarten - eine Rechtsunsicherheit, zu der der Parteivorsitzende, wie ich meine, ganz zu recht darauf hingewiesen hat, daß sie durch Versäumnisse des Gesetzgebers entstanden ist, zu einer rechtzeitigen Neuregelung der Parteienfinanzierung zu kommen. Dies ist ein Versäumnis, das weiß Gott nicht die Union zu verantworten hat.

Aber ich habe Bedenken gegen diesen Versuch, diese Versäumnisse zu korrigieren, obwohl ich - das möchte ich ausdrücklich sagen - die Zielsetzung dieses Gesetzentwurfs in vollem Umfang teile und für richtig halte, nämlich keine Kriminalisierung der Spender, die ohne jedes Unrechtsbewußtsein handelten. Aber das Mittel und der Weg dieses Gesetzentwurfs, die Amnestie, werfen Zweifel und Fragen auch nach der Tauglichkeit dieses Mittels auf.

Ich habe erstens grundsätzliche Bedenken gegen rückwirkende Strafbefreiungen schlechthin. Wir erwarten die Rechtstreue der Bürger. Wir ermahnen zur Gesetzestreue. Wir erwarten vom Rechtsstaat, daß er notfalls mit den Mitteln des Strafrechts eben jene Rechtstreue der Bürger durchsetzt. Der verfassungsrechtlich sicherlich zulässige Weg einer solchen Amnestie entspricht aber nicht diesem verfassungspolitischen Grundsatz.
Zweitens: Wir schaffen eine Ausnahme von diesen Prinzipien für einen Bereich, von dem wir alle, zumindest indirekt, mit betroffen sind. Der nicht zu widerlegende Eindruck wenn auch mittelbarer Selbstbegünstigung wird, meine Damen und Herren, die Parteien- und Staatsverdrossenheit vor allem junger Menschen in nicht wiedergutzumachender Weise fördern.

(Beifall)

Das ist auch der Grund, warum sich die Junge Union in dieser Frage so engagieren muß.

Drittens: Ich habe Zweifel, ob es zweckmäßig ist, die Klärung der noch vorhandenen - ich betone es noch einmal; Herr Dregger hat heute Mittag davon gesprochen - großen und mit anderen Fragen nicht vergleichbaren Rechtsunsicherheit der Judikative zu entziehen. Freund Dormann hat eben darauf hingewiesen, daß hunderte von Verfahren bereits wegen fehlenden Unrechtsbewußtseins der Beteiligten, wegen unvermeidbaren Verbotsirrtums oder geringer Schuld eingestellt worden sind.

Ich gebe zu, daß die eigentliche Rechtsunsicherheit in der Frage besteht, ob es sich bei dem mangelnden Unrechtsbewußtsein um, wie bisher bei den vielen Einstellungen angenommen wurde, einen unvermeidbaren Verbotsirrtum handelt oder ob er vermeidbar war. Aber auch wenn Gerichte zu der Auffassung kämen, es liege ein vermeidbarer Verbotsirrtum trotz Unrechtsbewußtseins vor, sieht unser Strafprozeßrecht die Einstellung auf Grund geringer Schuld vor. Auch davon haben die Gerichte bisher Gebrauch gemacht.

Daß der Grundsatz des milderen Rechts auf Grund des neuen Parteiengesetzes dabei nicht angewandt wird, ist verschiedentlich zur Begründung des Entwurfs auch öffentlich angeführt worden. Meine Damen und Herren, das allerdings entspricht dem erklärten gesetzgeberischen Willen, auch dem damals erklärten Willen der CDU/CSU. Das können wir deshalb heute nicht zur Rechtfertigung dieses Entwurfs heranziehen.

Für die Amnestie, für diesen Entwurf spricht als meines Erachtens gewichtigstes Argument das, was Herr Wallmann hier überzeugend dargestellt hat, daß nämlich durch zu erwartende Verfahren oder laufende Verfahren und deren öffentliche Bekanntmachung eine öffentliche Vorverurteilung erfolgt, auch wenn es später zu einer Einstellung oder Freisprechung kommt, und daß durch diese öffentliche Vorverurteilung etwas hängen bleibt.

Ich nehme dieses Argument sehr ernst, und wir haben es abzuwägen. Aber gegen dieses Argument spricht auch, daß diejenigen, gegen die Verfahren eingeleitet und öffentlich bekannt sind, jetzt keine Gelegenheit haben, ihre Unschuld auch nach geltendem Recht zu beweisen. Es ist der Eindruck entstanden - auch durch die bisherige Verfahrensweise -, als würde es ohne Amnestiegesetz in einer großen Anzahl dieser Verfahren zu Verurteilungen führen. Ich halte diesen Eindruck für falsch, weil fehlendes Unrechtsbewußtsein in den meisten Fällen als unvermeidbarer Verbotsirrtum erkannt werden wird.

Meine Damen und Herren, bei dieser Abwägung des Für und Wider komme ich zu dem Ergebnis, daß die Pro-Argumente nicht glaubwürdig von uns begründet werden können. Das ist mein viertes Bedenken gegen diesen Entwurf. Wir können nicht glaubwürdig begründen, warum wir von unserer Position abgehen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch vor sechs Monaten im Deutschen Bundestag eingenommen hat. Damals, vor sechs Monaten, erklärte unser Sprecher in der Debatte um die Verabschiedung des Parteienfinanzierungsgesetzes wörtlich:

> Im Namen meiner Fraktion möchte ich sagen: Die Würdigung von Praktiken bei der Parteienfinanzierung in der Vergangenheit müssen und wollen wir denen überlassen, die nach dem Grundprinzip der Gewaltenteilung als unabhängige Richter dazu berufen sind. Es ist nicht unsere Sache, es ist nicht Sache der Legislative, die Anwendung von Gesetzen rechtlich zu würdigen oder mögliche Verletzungen des Rechts zu ahnden. Das ist Sache der Judikative.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen wir uns gemeinsam sorgfältig prüfen, ob wir nicht zu dieser Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von vor sechs Monaten zurückkehren wollen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Christian Wulff. Ihm folgt Gerhard Stoltenberg.

Christian Wulff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte erst einmal sagen, daß es dieser Partei gut ansteht, daß wir in dieser Form so offen und so kontrovers diese Frage diskutieren. Ich glaube - lassen Sie mich das ruhig sagen -, daß wir der Fraktion damit schon ein gewisses Zeichen geben, wie man es auch hätte machen können.

(Beifall)

Denn junge Leute fragen natürlich nach Glaubwürdigkeit in der Politik, und sie wollen sehen, daß sich ihre persönlichen Auffassungen von politischer Auseinandersetzung in dem Ringen der Politiker um den besten Weg wiederfinden. Ein solches Ringen findet hier heute statt. Das läßt mich jedenfalls vieles von dem vergessen, was ich an dem Verfahren der Entscheidung zu bemängeln hätte.

Ich will noch zu dem Verfahren bei diesem Parteitag etwas sagen. Es geht natürlich nicht an, daß dann mehr oder weniger personifiziert über diese Frage diskutiert wird. Ich will das ganz deutlich sagen: Die Union wird nicht allein Wahlen gewinnen, die Junge Union wird nicht allein Jungwähler gewinnen, sondern wir werden dies nur gemeinsam oder überhaupt nicht tun können. Deswegen ist es doch völlig klar, daß die Junge Union erstens zu Bundeskanzler Dr. Kohl steht, zweitens zum Parteivorsitzenden und sie drittens geradezu weiß, daß Dr. Kohl es der Jungen Union im besonderen - in seiner Person verkörpert - immer besonders leicht gemacht hat, junge Leute anzusprechen. Das sollte uns gerade auch in dieser Frage, die für uns alle sehr schwierig ist, weil wir betroffen sind - wir alle -, dazu bewegen, hier die Frage nicht für oder gegen Helmut Kohl zu stellen, sondern die Frage für oder gegen Amnestiegesetz.

(Beifall)

Ich will sagen, daß die Frage, die sich für mich stellt, zweierlei Punkte beinhaltet: Das ist einmal die Stilfrage. In Sachfragen kann man kontroverser Meinung sein, über Sachfragen wird so oder so in der Politik durchaus hinweggegangen, indem die Entscheidungen umgesetzt werden. Die Bürger verzeihen aber wesentlich weniger Fehler und Versäumnisse in Stilfragen. Wie Politiker mit sich, wie Parteien mit ihren Rechten umgehen, das ist die Frage, die Menschen viel sensibler, viel aufmerksamer verfolgen, als wir uns dies vielleicht alle bewußt machen.

(Beifall)

Da muß ich allerdings sagen, daß ich es schlimm finde, wenn sich ein Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion damit brüstet, diese Entscheidung bis zuletzt geheimgehalten zu haben. Die Geheimhaltung führt zu einem schlechten Gewissen der Partei, das wir gar nicht zu haben brauchen.

Zweitens. Die Überrumpelung der Fraktion führte dazu, daß der einzelne Abgeordnete die Konsequenzen seines Tuns nicht überdenken konnte. Selbst wenn er zu der Entscheidung kam zuzustimmen, konnte er nicht die Konsequenzen auf Steuermoral, auf Rechtsbewußtsein, auf andere Fragen so umfassend abklären, wie wir dies alle von Parlamenten, von Parlamentariern und von Parteien erwarten müßten. Die besondere Brisanz - junge Leute hinterfragen ja politische Entscheidungen besonders sensibel; auch andere, aber gerade junge Leute - liegt doch darin, daß wir betroffen sind: Wir als Junge Union, die wir mit Defiziten zu kämpfen haben und diese durch Spenden ausgleichen mußten und müssen, wie auch die Gesamtpartei.

Wenn wir hier - das möchte ich versuchen deutlich zu machen - feststellen, wir alle sind selbst betroffen - auch in der Spendenpraxis -, dann frage ich mich, ob es dann nicht besonders problematisch ist, daß wir uns hier alle durch einen Beschluß oder durch ein Gesetz möglicherweise von gerichtlicher Überprüfung freistellen. Dieser Gedankengang müßte uns doch alle dazu verleiten, kritischer an diese Frage heranzugehen.

Der zweite Punkt betrifft unser Verhältnis zum Rechtsstaat. Es fällt ja immer schwerer, bei jungen Leuten für den Rechtsstaat zu werben, und wir haben es der SPD zu Recht immer wieder auf Parteitagen - gerade Heiner Geißler - vorgeworfen, daß sie das Rechtsbewußtsein damit untergräbt, daß zum Beispiel Walter Jens auf Parteitagen der SPD - zum Beispiel in Berlin - bei der Verunglimpfung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung Riesenbeifall fand und niemand dagegen in eine Rede einstieg, obwohl dort die Regierungsmitglieder saßen.

Ich meine doch, daß wir uns hier nicht zufrieden geben können, wenn wir unzufrieden über Staatsanwaltschaften sind. In einem Rechtsstaat gibt es Gewaltenteilung und wenn wir nicht zu dieser Gewaltenteilung stehen, dann weiß ich nicht, wie wir für den Rechtsstaat werben wollen.

(Beifall)

Gewaltenteilung heißt, daß die Politiker die Gesetze machen - Steuergesetze sind Zeitgesetze - und daß dann die Gerichte diese Gesetze auszulegen und anzuwenden haben. Dabei haben sie Unrechtsbewußtsein zu berücksichtigen, dabei haben sie zu berücksichtigen, ob die Zahlung für staatsbürgerliche Zwecke war, ob eine unklare Rechtslage bestand und ob die Duldung durch Finanzämter jahrelang betrieben wurde. Dies alles gilt es zu berücksichtigen, und gerade deshalb wird in fast allen Verfahren mit Freispruch zu rechnen sein.

Wenn man jetzt ein "Amnestiegesetz" macht, dann schadet man den Betroffenen und nützt ihnen nicht. Ich meine, der Zweck, der gute Zweck, für Parteien zu spenden, darf nicht die Mittel heiligen. Wenn wir dies einreißen lassen und als Politiker, als Parteien versuchen, den Gerichten vorzugeben, wie sie zu entscheiden haben - auch rückwirkend vorzugeben -, dann unterlaufen wir das Prinzip, daß der Zweck nicht die Mittel heiligt.

Ich will auch sagen, daß eine generelle Amnestie eine absolute Ausnahme sein muß, die einen übergesetzlichen Notstand erfordert, den ich schwerlich nicht erblicken kann, wenn wir sehen, daß es sich hier noch um etwa 1000 Verfahren handelt, die dann im Laufe einiger Jahre abgeschlossen sein werden. Dies allerdings muß sich jeder Bürger gefallen lassen, diesem muß sich jeder Bürger unterziehen, der etwas vorgeworfen bekommt, möglicherweise die Gerechtigkeit erst durch einige Instanzen

zugesprochen zu bekommen. Nur wenn wir sagen, dies gilt nicht für die, die etwas für Parteien getan haben, aber für andere, dann werden wir in der Bevölkerung mit einem Makel versehen, der uns jahrelang zu schaffen machen wird.

Ich halte da - wenn ich das zum Schluß sagen darf - die Äußerungen mit Dankbarkeit gegenüber denen, die gespendet haben, mit Solidarität zu den Schatzmeistern für Fragen, die wir untereinander klären müssen, indem wir die Staatsanwaltschaft in Bonn politisch anprangern, indem wir den Schatzmeistern innerhalb unserer Partei solidarisch beistehen. Es geht aber nicht, daß wir über den parlamentarischen Weg hier ein Gesetz schaffen, das diese Probleme regeln soll.

Bei einer Umfrage vor wenigen Monaten haben 29 % der Jugendlichen - nur 29 % - der These zugestimmt, politische Entscheidungen würden im Interesse des Volkes getroffen. Demgegenüber stimmten 68 % der Aussage zu, den Parteien gehe es lediglich um Stimmen und Macht.Wenn dies so ist, dann müssen wir uns doch mit der Frage von Partei- und Staatsverdrossenheit beschäftigen und müssen doch zu einer Erkenntnis kommen, um die ich Sie bitten möchte: daß es nämlich eine neue Form politischer Kultur in diesem Lande wäre, wenn Parteien, wenn Politiker einmal zugeben, einen Fehler gemacht zu haben, und diesen Fehler korrigieren, wenn wir hier auf diesem Parteitag als Basis der Regierung sagen, liebe Leute, zieht diesen Gesetzentwurf zurück und überlegt einen anderen Weg. Wählt nicht den Weg über eine generelle Amnestie für diejenigen, die hier betroffen sind.

(Beifall)

Mich beschäftigt aber auch - ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht zu lange in Anspruch nehmen - die Frage der Glaubwürdigkeit. Sie können mir glauben - ich bin relativ jung -, daß ich in allen Wahlkämpfen - wie Sie alle - außerordentlich engagiert und aktiv war. Das ist hier mehrfach von vielen betont worden. 1976 saß man fast ohnmächtig vor dem Fernseher - man kannte die Rentenfrage genau, man wußte, daß die Vertreter unserer Parteien, vor allem Franz Josef Strauß, damals recht hatten mit den Fakten, die sie geliefert hatten, als uns die SPD vorwarf, wir würden den Rentnern Angst machen. Zu Recht hat Heiner Geißler damals den Begriff der Renten-Lüge geprägt. Wir haben 1975 die Aufschwung-Lüge gehabt, 1980 die Verschuldungslüge, wir haben dann die Mietenlüge gehabt, und wir haben jetzt eine Situaton - seien Sie mir nicht böse und nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich das hier so sage -, daß Politiker der Union vor den Wahlen gesagt haben, es werde nach den Wahlen keine Amnestie von CDU/CSU und FDP geben, aber jetzt, nach den Wahlen, soll eine Amnestie durchgeführt werden. Dies rüttelt am Selbstbewußtsein dieser Partei, dies rüttelt an Grundsätzen der Glaubwürdigkeit. Deswegen sollten wir hier zu einer anderen Entscheidung als der kommen, die die Bundestagsfraktion als Ergebnis ihrer Beratungen getroffen hat.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort hat Gerhard Stoltenberg. Ihm folgt Alfred Giersberg, Rheinland.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich möchte als Mitglied des Parteipräsidiums seit 1969 und als langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesrats Position beziehen und meine persönliche Entscheidung für diesen Antrag begründen. Es ist richtig, dieser Antrag ist ein ungewöhnlicher Schritt. Er ist - wir haben es vorher gewußt - ein kontroverser

Schritt. Aber ich sage das auch im Lichte der Gegenargumente: Dieser Antrag ist ein begründeter Schritt.

Und von den vielen Argumenten, auch denen dafür, die ich in den letzten Tagen in der Presse gelesen habe, mache ich mir nicht jedes einzelne zu eigen. Ich habe gelesen, daß ein Kollege einer anderen Partei als eines von vielen Argumenten gesagt habe, es gehe auch darum, das Vertrauen von Spendern für die Zukunft wiederherzustellen. Das ist im Lichte einer strengen und gewissenhaften Prüfung für mich kein Grund, den Antrag von CDU/CSU und FDP zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir dürfen es uns nicht leicht machen. Das hat auch die bisherige Diskussion gezeigt, die alle ehrt, die gesprochen haben, dafür und dagegen, die uns auch als Partei ehrt. Es kann doch nicht anders sein, als daß wir mit Engagement die Argumente austauschen und versuchen, zu einer Meinungsbildung zu kommen.

Ich übernehme das auch hier gebrachte Argument der Loyalität gegenüber den Spendern und Mitarbeitern, die im guten Glauben für uns gehandelt haben, und beschreibe zugleich die Grenze dieses Arguments für die politischen Konsequenzen. Der Maßstab, wie weit dieses wichtige und für mich auch bewegende Argument tragend ist, liegt in der gewissenhaften Prüfung, ob die Konsequenz, die wir als Koalition im Deutschen Bundestag ziehen wollen, den Normen des Rechtsstaates entspricht oder, soweit sie kritisch formuliert werden, standhält.

Und hier sage ich nach einer gewissenhaften Prüfung ja. Nur, wenn wir, die wir diesen Antrag aus Überzeugung vertreten, unsere Ansprüche hoch anzusetzen haben, dann gilt - das muß ich in Freundschaft sagen - das auch für diejenigen, die in unserem Kreis und darüber hinaus die Gegenargumente vertreten. Einige ernsthafte Gegenargumente allerdings halten nach meiner Überzeugung diesem hohen Anspruch auch nicht stand. Sie sind ja ernst zu nehmen, wenn vor allem unsere Freunde der Jungen Union von der Frage der Wirkung eines solchen Schrittes sprechen, wenn demoskopische Zahlen über Rechtsbewußtsein oder Grundhaltungen hier eingeführt werden, Hinweise darauf, daß wir es sicher insbesondere bei vielen jungen Menschen schwer haben, unsere Gründe zu vermitteln. Aber die Frage der Vermittelbarkeit einer Entscheidung kann letzten Endes nicht das Kriterium in einer so zentralen Frage für die Richtigkeit und die Angemessenheit sein.

(Beifall)

Auch das ist für mich ein Punkt sehr prinzipieller Überzeugung.

Daß dies allerdings zu einer dauerhaften Erschütterung des Rechtsbewußtseins führen muß, ist nicht meine Meinung.

Ich muß dem Kollegen Göhner in aller Freundschaft in einem wichtigen Punkt widersprechen. Er hat hier gesagt, das Argument, das auch Helmut Kohl hier erwähnt hat, wir seien bei der Verabschiedung des Parteienfinanzierungsgesetzes vor sechs Monaten im Deutschen Bundestag von der Erwartung oder zumindest doch der Vermutung ausgegangen, daß jetzt der Grundsatz des mildesten Rechts zur Anwendung komme, entspreche nicht dem Willen der CDU/CSU-Fraktion. Ich widerspreche dem. Ich will die Kollegen und Parteifreunde, die es vielleicht nicht mit derselben Gründlichkeit verfolgt haben, daran erinnern, daß es unmittelbar vor der

Schlußabstimmung eine Unterbrechung dieser bewegten Sitzung gegeben hat, weil es notwendig geworden war, gegenüber einem Text eines sozialdemokratischen Abgeordneten die Empfehlung des Ausschußberichts in diesem Punkt noch einmal deutlicher zu formulieren. In dem dann dem Deutschen Bundestag endgültig vorgelegten Text kommt der Dissens zum Ausdruck, der zwischen Regierungsmehrheit und Oppositionsfraktion gegeben war. Die von uns dort beschriebene Position sollte die Möglichkeit eröffnen, selbstverständlich in der Unabhängigkeit der Justiz, in der pflichtgemäßen Auslegung des geltenden Rechtes diesen Weg des mildesten Rechtes zu wählen.

Es ist für mich wie auch für andere eine gewisse Überraschung - ich sage das auch nach der Beratung durch namhafte Rechtswissenschaftler und Verfassungsrechtler -, daß die Ermittlungsbehörden, zumindest im Lande Nordrhein-Westfalen, zu einer anderen Folgerung gekommen sind.

Ich akzeptiere, lieber Herr Wulff, auch keine Formulierung wie die von der Überrumpelung der Fraktion. Die Gründe, weshalb es in diesem Falle unsere Fraktionsführung im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Präsidiums - damit die umfassendere Verantwortung klar ist - für richtig hielt, die erste Information der Fraktion zu geben und die Diskussion dort zu beginnen, hat Alfred Dregger heute morgen genannt. Aber jeder Teilnehmer der Fraktionssitzung wird bestätigen können, daß hier die Möglichkeit einer offenen und kontroversen Diskussion gegeben war und daß einzelne Kollegen auch in dieser Fraktionssitzung von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, entweder ihre ablehnende Haltung, so wie unser Kollege Lammert, oder die Gründe, weshalb sie nicht bereit waren, in diesem Stadium eine endgültige Festlegung zu treffen, wie andere angemessen und ausführlich vorzutragen.

Aber lassen Sie mich nun noch einige wenige Bemerkungen zur Sache machen. Unter den eingangs formulierten Grundsätzen, Loyalität gegenüber den Betroffenen ja, aber unter den Maßstäben unserer rechtsstaatlichen Überzeugungen. Helmut Kohl hat es gesagt. Wir haben hier einen nach meiner Einschätzung singulären Vorgang. Über zwei Jahrzehnte haben Berufsverbände, staatsbürgerliche Vereinigungen und vergleichbare Organisationen, denen Gemeinnützigkeit zugesprochen war und bei denen, jedenfalls zum Teil, immer wieder auch die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit an Hand ihrer Unterlagen überprüft worden waren, allen demokratischen Parteien erhebliche Spenden zugeleitet. Dieser Sachverhalt war zumindest einer interessierten Öffentlichkeit bekannt.

Bei Berufsverbänden ist insbesondere prinzipiell und ausdrücklich auch vom sozialdemokratischen Finanzminister, mindestens bis zum Jahre 1980, unter Berufung auf ein weiter zurückliegendes Votum des Bundesfinanzhofs anerkannt worden, daß sie die Möglichkeit haben, bis zu einem bestimmten Prozentsatz der ihnen zugehenden Spenden diese an Parteien unter dem Vorzeichen der Steuerbegünstigung weiterzuleiten. Ich bedauere, daß keiner der damals verantwortlichen sozialdemokratischen Politiker den Mut gehabt hat, in der Diskussion der letzten Tage dies einmal offen zu erwähnen; denn hier geht es doch auch um eigene Verantwortung im Amt bis in die jüngste Vergangenheit hinein.

(Beifall)

Ich gehe nach dem, was aus den Veröffentlichungen der letzten Zeit bekannt ist, davon aus, daß andere Organisationen die so beschriebene Grenze überschritten haben. Und hier kann die kritische Debatte beginnen.

Aber ich muß nach sorgfältiger Prüfung und auch in Kenntnis der Situation einzelner, die jetzt als Spender von Verfahren betroffen sind, sagen: Der Grundsatz des Vertrauensschutzes rechtfertigt es, bei den hier kurz angesprochenen Sachverhalten bei einem Nichttätigwerden der Justiz bis in die jüngere Vergangenheit hinein bei unendlich vielen sorgfältigen Betriebsprüfungen, in denen die Spenden und Belege anerkannt sind, die von uns vorgesehenen Konsequenzen auch zu ziehen.

Sicher wird es auch die Frage von Berufungsfällen geben; nicht unbedingt im Hinblick auf die Winzer und die sogenannten kleinen Delikte, bei denen es ja auch um eine Verhältnismäßigkeit der Ahndung im Rechtsstaat geht, aber vielleicht hier und da in anderen steuerrechtlich relevanten Bereichen.

Ich verkenne dieses Argument nicht. Aber ich sage Ihnen nach sorgfältiger Prüfung: Ja, dies ist ein singulärer Tatbestand im Vertrauensschutz durch die hier beschriebene Entwicklung von über zwei Jahrzehnten für die Spender, für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter der demokratischen Parteien, soweit sie denn von diesem Verfahren betroffen sein können.

Die Frage der Vermittelbarkeit ist eindringlich gestellt. Sie ist eine schwerwiegende Frage für uns. Aber sie ist - ich sage es noch einmal, auch für die weitere Debatte - nicht der letzte Maßstab für die Beurteilung dessen, was die Koalitionsfraktionen sich jetzt vorgenommen haben.

Leidenschaften werden entfesselt. Wir spüren das in einer zum Teil auch abstoßenden Weise, vor allem in manchen Äußerungen der Sozialdemokratischen Partei.

Und deswegen will ich zum Schluß sagen und unterstreichen: Es ist ein schweres und unentschuldbares Versäumnis der Sozialdemokratischen Partei und ihrer führenden Repräsentanten, bis 1982 fünf Jahre lang die neue eindeutige und unbezweifelbare Rechtsgrundlage verhindert zu haben. Und dieses Versäumnis wird um so schwerer, weil wir ja aus nicht dementierten Veröffentlichungen und zum Teil Dokumenten - wenn ich an die publizierten Schriftsätze des heute unverändert amtierenden Schatzmeisters Halstenberg erinnere - wissen, daß die Sozialdemokratische Partei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das von uns, von Herrn Albrecht und Walther Leisler Kiep zur Klärung offener Rechtsfragen eingeleitet wurde, zuletzt bei der Bundestagswahl 1980 durch angesehene, bedeutende Mitglieder dieser Partei repräsentiert, Millionenspenden gesammelt - steuerbegünstigt, wie wir hören und lesen - und im Wahlkampf verwendet haben.

Und dies alles rechtfertigt es schon, ohne Emotion, aber im Hinblick auf das, was wir an bitterbösen Kränkungen und Herabsetzungen in diesen Tagen erleben, den unverändert verantwortlichen Spitzenpolitikern der Sozialdemokratie zu sagen: Was sie hier betreiben ist ein schlimmes Beispiel von doppelter Moral und von Heuchelei.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich bitte den Parteitag, nachdem wir jetzt, was legitim ist - und hier gehts nicht um imperatives Mandat, auch nicht in der gewählten Formulierung; ein Punkt, in dem ich als Abgeordneter sensibel bin -, einen Antrag der Jungen Union mit einer anderslautenden Empfehlung haben, durch ein klares und überzeugendes Votum die von Helmut Kohl und Alfred Dregger begründete Entscheidung der sehr großen Mehrheit unserer Bundestagsfraktion zu billigen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Alfred Giersberg, Rheinland. Ihm folgt Dr. Bauer, Saar.

Alfred Giersberg: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, bei so viel Prominenz, die hier redet, zu diesem Thema eine gegenläufige Meinung zu vertreten. Aber ich will es mit einem Argument versuchen.

Bei genauem Besehen des Gesetzentwurfs und der Fälle, die darunter fallen, ist das einzige, wichtige und erkennbare Ziel die Abkürzung von Verfahren, die anhängig sind. Ich frage mich, ob es sich lohnt, zu dieser Zeit die CDU und unseren Kanzler in ein schlechtes Licht rücken zu lassen oder vielmehr jetzt durch die Annahme des Antrags der Jungen Union das beginnende Feuer dauernder Diskussion, die die Jugend vergrault, auszutreten. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Herr Dr. Bauer. Ihm folgt Herr Martin.

Dr. Gerd Bauer: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Bundeskanzler hat vorhin bei seinen Ausführungen die vielen tausende Parteifreunde erwähnt, zu denen wir ja sicher auch alle gehören, die sich bei Wahlkämpfen immer für unsere Partei ehrenamtlich engagieren.

Wir haben im Saarland wie in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Europawahl solche Wahlkämpfe zu bestehen, weil wir dort am 17. Juni auch Kommunalwahlen haben. Und ich bin ein solch ein Kommunalpolitiker, der sich zur Zeit mit seinen Freunden in der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken um eine Mehrheit für die CDU bemüht.

Unser direkter Gegenkandidat dort, meine Damen und Herren, ist der Linksaußen der saarländischen SPD und sicher darüber hinaus der Linksaußen der SPD in der Bundesrepublik und, wie ich meine, zugleich deren selbsternannter Friedensapostel, nämlich Herr Lafontaine.

Für uns, meine Damen und Herren, ist es in diesem Wahlkampf von Anfang an ein Hauptanliegen gewesen, deutlich zu machen, mit welcher Unglaubwürdigkeit, mit welcher Filzokratie, mit welcher Arroganz der Macht und mit welchen zweifelhaften Geschäften sich die Sozialdemokraten z. B. in der saarländischen Landeshauptstadt bisher die Macht gesichert haben.

Und deshalb, meine Damen und Herren, werden Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich an dieser Stelle deutlich mache, daß mich und meine Freunde im Kommunalwahlkampf in Saarbrücken das Verfahren, ein Amnestiegesetz für die Parteispenden in die Wege zu leiten, überrascht hat und daß es uns im Wahlkampf erheblich belastet.

Ich bitte dafür sehr herzlich um Verständnis, auch wenn ich ganz genau weiß, daß alle Beweggründe, die heute hier dafür vorgetragen worden sind, hohen Respekt verdienen.

Aber Sie müssen sich einmal vorstellen, wie ein kleiner Kommunalpolitiker und die vielen tausend Parteimitglieder sich fühlen, wenn sie z. B. in Saarbrücken Tag für Tag die Unglaubwürdigkeit und die Arroganz der Sozialdemokraten und die dubiosen Geschäfte anprangern und dann bei der Frage glaubwürdig bleiben sollen: Warum kommt Ihr denn jetzt mit einem solchen Verfahren?

Und, Herr Generalsekretär, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich sage: Ausgerechnet im Saarländischen Rundfunk - so jedenfalls wird es von der Sozialdemokratie seit Tagen in unserer Stadt propagiert und verlautbart - haben Sie selber, Herr Generalsekretär Geißler, vor nicht allzu langer Zeit erklärt: Es wird eine solche Amnestie nicht geben.

Und diese Frage, meine Damen und Herren, treibt uns um. Es ist kein Wille dahinter, die Parteispender weiter zu kriminalisieren oder jetzt im Regen stehen zu lassen. Es ist vielmehr die Sorge, daß die Bürger uns nicht mehr verstehen, daß uns die Bürger nicht mehr glauben.

Und dieses Verfahren, das zuerst angewendet werden sollte, nämlich in einem ziemlich abgekürzten und ungewöhnlichen Verfahren dieses Gesetz auf den Weg zu bringen, belastet ja jetzt das vorgesehene ordentliche Verfahren für ein solches Gesetz, weil sich doch viele Leute fragen: Ist denn das alles so korrekt? Ist denn da nicht Mißtrauen angebracht? Wenn Sie mir das auch noch zu sagen gestatten: Unser politischer Gegner, die SPD - davon ist heute viel die Rede gewesen -, hat hier genauso wie in Saarbrücken herzlich wenig zu bieten außer Verleumdungen und Propagandaaktionen, die der Wahrheit wenig entsprechen. Deswegen sollten wir der SPD, meine ich, nicht ein Alibi verschaffen, einen Vorwand liefern, sich jetzt sozusagen auf uns zu stürzen und von dem eigenen Versagen abzulenken, das Kennzeichen der jahrelangen Herrschaft der Sozialdemokraten in Bonn und auch bei uns in Saarbrücken gewesen ist bzw. noch ist. Deswegen bitte ich ganz herzlich darum, zu überlegen, ob es nicht möglich ist, noch einmal in Ruhe über das Verfahren zu sprechen.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auch ganz persönlich ansprechen. Es besteht überhaupt kein Zweifel - das gilt für uns in Saarbrücken genauso wie für alle anderen Städte und Gemeinden, in denen Kommunalwahlkampf stattfindet -, daß wir von Ihrem hohen Ansehen und Ihrer hohen moralischen Autorität profitieren, und zwar in entscheidender Weise. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, Herr Bundeskanzler - ebenso die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion -, dieses ganze Vorhaben noch einmal grundlegend zu überdenken und zu prüfen, ob es nicht einen Weg gibt, der uns die Glaubwürdigkeit erhält und trotzdem dem sicherlich gerechtfertigten Anliegen Rechnung trägt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Albrecht Martin. Ihm folgt Herr Heinzel, Westfalen.

Albrecht Martin, Rheinland-Pfalz: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben, glaube ich, heute im Verlauf dieser Diskussion zweierlei gespürt: Wir haben einmal eine ganz einfache, sachliche Unterrichtung über manche Zusammenhänge erhalten, die wir vorher so nicht kannten. Zweitens haben wir gemerkt - das ist für mich das Wichtige -, daß sich sowohl diejenigen, die für diese Gesetzesvorlage gesprochen haben, als auch diejenigen, die ihre Bedenken deutlich gemacht haben, nicht von vordergründigen Gesichtspunkten leiten lassen. Vielmehr haben beide spüren lassen, daß es ihnen hier um grundsätzliche Fragen des Rechtsstaates, der Sicherung und der Entfaltung von Rechtsbewußtsein in unserem Volk geht.

Ich möchte den beiden Freunden Böhr und Wulff ausdrücklich sagen: Ich möchte über die Äußerung hinausgehen, daß ich Ihre Meinung respektierte. Ich halte sie nicht nur für respektabel, ich bin nicht nur der Meinung, daß man sie selbstverständlich zu tolerieren hat, sondern ich bin der Auffassung, daß Sie in weiten Teilen die Grundproblematik dieser Frage tatsächlich angesprochen haben und daß Ihre Urteile durchaus begründet sind und zu Recht bestehen. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich hinzufügen: Es geht hier nicht um die Frage, ob wir dieses Gesetz brauchten, um bestimmte Gruppierungen außer Verfolgung zu setzen - das auch -, sondern wir stehen doch, wie ich meine, vor der Situation, daß wir durch eine lange Entwicklung in einem wichtigen und entscheidenden Bereich in eine Rechtsunsicherheit hineingeraten sind, die, wenn sie weiter besteht, für das heute zu Recht beschworene Rechtsbewußtsein unseres Volkes katastrophale Folgen haben muß.

Nun haben die Freunde von der Jungen Union und vom RCDS zu Recht geltend gemacht, daß man doch, wenn dieses Gesetz beschlossen werde, auch in der Zukunft Befürchtungen hinsichtlich des Rechtsbewußtseins haben müsse. Ich halte auch diese Bedenken durchaus für begründet. Aber, meine Damen und Herren, wir sind in einer Lage, in der keiner - gleichgültig wer er sei - diesen Saal gleichsam mit dem Bewußtsein verlassen kann, er habe jetzt die reine Weste, er habe moralisch einwandfrei gehandelt und der andere nicht. Vielmehr gehen beide Seiten - davon bin ich wirklich überzeugt - aus der Abstimmung mit dem Bewußtsein und mit dem Wissen heraus - und das ist nicht leicht zu tragen -, daß wir in einer ausweglosen Situation einen Ausweg finden müssen. Das heißt immer, daß er nicht ohne Bedenken gewählt werden kann, um das ganz schwach auszudrücken.

Ich bin der Auffassung, wir können in der Diskussion mit den jungen Menschen Glaubwürdigkeit nicht nur verlieren, sondern ganz im Gegenteil unsere Glaubwürdigkeit beweisen, wenn wir um diese innere Not, in der die Entscheidung gefällt werden muß, nicht herumreden, vielmehr die jungen Menschen teilhaben lassen an dem Ringen um die Lösung dieser grundlegenden Problematik, um die es geht. Es geht nämlich um die Frage, wie wir in einer durch Versagen vergangener Zeiten ganz schlimm gewordenen rechtspolitischen Situation so Abhilfe schaffen, daß wir nach menschlichem Ermessen zu gesicherten Rechtsverhältnissen kommen.

Nach all dem, was ich in diesen Tagen erfahren habe, nach all dem, was ich auch an innerer Aufarbeitung dieser Problematik auf Seiten des Bundeskanzlers, auf Seiten des Finanzministers, auf Seiten unseres Freundes Wallmann mitbekommen habe - um nur einige zu nennen -, bin ich der Auffassung, daß der Weg, den die Bundestagsfraktion einzuschlagen begonnen hat, in der Zielsetzung richtig ist. Deshalb sollten wir ihr das Vertrauen aussprechen.

Lassen Sie mich noch eines zur Rolle der Opposition in dieser Frage hinzufügen, meine Damen und Herren. Ich bin der Ansicht, daß es sehr wohl die Aufgabe der Opposition ist, unter Umständen einer Mehrheit im Parlament die Frage zu stellen, ob eine bestimmte Vorlage wirklich der rechtsstaatlichen Grundordnung entspreche. Ich hätte überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn die Sozialdemokratie angesichts der Problematik auf dieses Thema nachdrücklich hinwiese. Aber heute morgen ist uns ein Flugblatt ausgehändigt worden. Darin ist ein Auszug eines offenbar an den Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler gerichteten Schreibens des Fraktionsvorsitzenden der Opposition enthalten.

Darin heißt es: Wenn Sie diese Vorlage durchbringen, geht es Ihnen darum, den Politikern und den großen Geldgebern Ihrer Koalition Strafverfahren zu ersparen. Damit sind Sie endgültig zum Bundeskanzler der Mächtigen und der Reichen geworden.

Meine Damen und Herren, wer so argumentiert, der zieht eine grundsätzlich wichtige Frage - ich glaube, daß sie hier mit allem Ernst diskutiert worden ist - auf das Niveau billigster Wahlpropaganda herab,

(Beifall)

der macht aus einer wertvollen Münze Falschgeld und der dient nicht der Entwicklung von Rechtsbewußtsein.

Wir machen es uns schwer, und es wäre schlimm, wenn wir es uns nicht schwermachten. Aber weil wir das tun, meine ich, dürfen wir diesen Schritt gehen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Das Wort hat Herr Heinzel, Westfalen. Ihm folgt Roland Koch von der Jungen Union.

Richard Heinzel: Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben jetzt einige Zeit über diese für uns sehr wichtige Frage diskutiert, und ich freue mich darüber, daß wir als Partei, als offene Volkspartei, in der Lage sind, über diese Dinge zu diskutieren. Lassen Sie mich noch einmal auf einen Aspekt eingehen, der soeben im Zusammenhang mit der Kommunalwahl im Saargebiet schon kurz angesprochen worden ist.

Wir als Kreisvorsitzende, die wir die Partei an der Basis führen, haben über diese Dinge relativ spät erst Informationen erhalten. Wir haben gerade gehört - Herr Stoltenberg, aber auch der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Dregger haben dies hier vorgetragen - , daß der Weg, der hier beschritten worden ist, der richtige sei, weil die Fraktion die Organisation sei, die diese Entscheidung treffen müsse. Dem will ich gar nicht widersprechen, meine lieben Freunde. Nur meine ich, daß es genauso wichtig, wenn nicht gar noch wichtiger ist, daß über solche Entscheidungen auch noch dem letzten Mitglied die nötigen Informationen gegeben werden, damit wir, die wir damit täglich am Arbeitsplatz, wo auch immer, konfrontiert werden, zu diesen Dingen mit Argumenten, die stechen, Stellung nehmen können. Solche Argumente müssen natürlich vorhanden sein.

Wir haben heute hier einige Argumente gehört, die dafür sprechen, aber auch viele Argumente, die dagegen sprechen. Für mich sind eigentlich die Argumente, die dagegen sprechen, eher vertretbar und verständlicher. Es heißt hier - und so ist es soeben auch gesagt worden -, daß schon das fehlende Unrechtsbewußtsein ausreiche, um eine Verurteilung der Leute zu verhindern. Herr Dr. Wallmann hat erklärt - und das war im Grunde sein einziges Argument - , daß uns bereits die langwierigen Verfahren dazu bringen könnten, ein solches Gesetz zu verabschieden. Ich meine, daß dies nicht ausreicht, um damit an der Basis zu argumentieren.

Wir haben zunächst keine Informationen gehabt. Später haben wir genügend Informationen in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen erhalten, d.h. wir sind geradezu von Informationen überschwemmt worden. Nur waren das alles tendenziöse Informationen. Wenn hier gesagt wird: "Ihr macht euch ja das Vokabular der Gegner dieses Gesetzes zu eigen", dann wird doch wohl die Frage erlaubt sein: Wieso sollten wir das nicht tun? Wir haben ja keine anderen Informationen gehabt. Solche subjektiven Informationen werden den Leuten ja schnell eingehämmert und eingebleut, insbesondere denjenigen, die nicht wissen, welche Gegenargumente sie vorbringen sollen.

Ich darf hier einmal folgende Linie ziehen. Die Fraktion hat beschlossen, und die Parteispitze hat mitgezogen. Die Partei als Ganzes ist relativ wenig informiert. Deshalb findet heute diese Diskussion statt, die ich sehr begrüße. Die Bürger in der Bundesrepublik sind im Grunde ebenfalls von dieser Situation überrascht worden und müssen jetzt versuchen, sich eine Meinung zu bilden und vor allen Dingen einen Standpunkt zu finden.

Ich meine deshalb, meine lieben Freunde, daß wir heute dem Antrag G 34, der die Bitte enthält, dieses gesetzliche Vorhaben nicht weiterzuverfolgen, unsere Zustimmung geben sollten. Ich meine, ein Argument dafür in der Rede unseres Bundeskanzlers gefunden zu haben, der vorhin gesagt hat: "Vertrauen muß stets neu gewonnen werden." Ich meine, die Verabschiedung eines solchen Gesetzes ist nicht dazu angetan, stets neues Vertrauen unter den Bürgern der Bundesrepublik zu gewinnen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Jetzt kommt Roland Koch, Junge Union. Ihm folgt Graf Kerssenbrock, Schleswig-Holstein, danach Walther Leisler Kiep, und dann sind die mir zu diesem Thema vorliegenden Wortmeldungen erschöpft. Ich meine, wir sollten dann auch tatsächlich zum Abschluß dieses Themas kommen.

(Beifall)

Ich habe von der Möglichkeit, über eine Verkürzung der Redezeiten abstimmen zu lassen, bewußt keinen Gebrauch gemacht. Ich denke aber, daß jetzt alle Argumente ausgetauscht sind.

(Erneuter Beifall)

Roland Koch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will über das, was

bisher gesagt worden ist, hinaus drei Sorgen, die diejenigen haben, die, wie es im Augenblick aussieht, gern einen anderen Weg als die meisten hier im Saal gehen würden, noch einmal zusammenfassen und in Erinnerung rufen. Das erste ist: Diejenigen, die glauben, daß der Gesetzentwurf der richtige Weg ist, gehen von der Erkenntnis aus, daß eine deutsche Staatsanwaltschaft einen eigentlich allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz, nämlich die Anwendung des günstigeren Rechts, ihren Ermittlungen nicht zugrunde legt. Sie glauben, dies mache es notwendig, daß der Gesetzgeber den hier vorliegenden Einzelfall entscheidet. Unsere Sorge ist es, daß man damit vor dem Verhalten einer Behörde in Deckung geht, das man nicht akzeptiert, und unsere Sorge ist, daß der Eindruck entsteht: Dies kann man natürlich nur in einem Fall machen, in dem es auch eine unmittelbare Betroffenheit der politischen Szene gibt, und diese Dimension bei anderen Verhaltensweisen von Behörden, die durchaus ähnlich sein können, nicht angenommen wird, während andere, die in ähnlichen Schwierigkeiten stecken, mit dem gleichen Schutz, nämlich einem eigenen Gesetz zur Bereinigung einer solchen Frage, nicht rechnen können.

Unsere zweite Sorge ist: Hier war die Rede davon, daß diejenigen, die sich den Ermittlungen ausgesetzt sehen, einer Vorverurteilung anheimfallen. In der Tat: Wir haben es in unserem Lande in vielen Verfahren heute damit zu tun - und das ist ein Stück Verfall von politischer und auch von Medienkultur -, daß Anklagen schon als Urteile bezeichnet werden. Nur fragen wir: Ist das ein Grund dafür, einen Fall, in dem wiederum Politiker, die Gesetze beschließen können, betroffen sind, dadurch zu ändern, daß man für diesen Einzelfall ein Gesetz macht, um bereits die Ermittlungen und die Anklageerhebung zu unterbinden? Oder wäre es nicht unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wir wieder eine andere Einstellung zu der Frage einer Anklageerhebung finden? Wie sollen wir das erreichen, wenn wir dort, wo wir als politisch Verantwortliche selbst betroffen sind, einen anderen Weg als den der offensiven Auseinandersetzung mit Medien gehen, die eine solche Begriffsverwirrung herbeigeführt haben?

Das dritte betrifft das Verfahren. Ich glaube, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Grundlage für parlamentarische Demokratien auch darin besteht, daß das, was die Politiker tun, kalkulierbar und durchschaubar ist. Bei allem Verständnis, das ich für viele Argumente der Fraktion zugunsten der Entscheidung der letzten Woche habe: Das Verfahren, daß hier gewählt worden ist, ist in den Augen der Menschen nicht kalkulierbar gewesen. Es hat zuvor andere Aussagen gegeben. Es ist deshalb nicht durchschaubar gewesen, weil es nicht durch Argumente vorbereitet worden ist, weil man gesagt hat, man wolle ja eigentlich gar keine Amnestie. Auf einmal, von einem Tag zum anderen, von 11 bis 12 Uhr, war die Amnestie auf dem Tisch. So kann man das Vertrauen der Menschen, daß das, was man tut, richtig ist, nicht gewinnen, eben weil der Verdacht entsteht, daß man hier etwas zu verheimlichen habe.

Wir müssen dazu kommen, daß wir Wege finden, auch schwierige Themen, bei denen wir erwarten, daß die Mehrheit der Menschen in diesem Lande nicht zustimmt, die wir dennoch parlamentarisch entscheiden müssen, in einer offenen Auseinandersetzung behandeln und niemand den Eindruck haben darf - selbst wenn es für die Bundestagsfraktion nicht stimmt -, daß dies alles im Hau-Ruck-Verfahren gemacht werde, weil man die öffentliche Diskussion so nicht wolle. Dies ist nach unserer Ansicht ein wichtiger Punkt; denn - der Bundeskanzler hat es heute morgen gesagt -

Vertrauen will stets von neuem erworben werden.

Wir fürchten - in der Abwägung all dessen, was gesagt wurde -, daß der Verlust an Vertrauen in diese Partei, in die Christlich Demokratische Union, daß der Verlust an Vertrauen in den Deutschen Bundestag, der dieses Gesetz beschließen wird, bei aller Respektierung der anderen Argumente überwiegen wird und im konkreten Einzelfall mehr Schaden als Nutzen verursachen wird.

Deshalb bitten wir die Bundestagsfraktion, diesen Plan nicht weiterzuverfolgen.

Danke schön.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Graf Kerssenbrock, Schleswig-Holstein. Ihm folgt Walther Leisler Kiep als letzter Redner in dieser Runde.

Ich schlage zur Geschäftsordnung vor, daß wir unmittelbar nach dieser Debatte über den Antrag G 34 abstimmen.

Ich habe noch zwei Wortmeldungen zur Aussprache. Ich will nicht zu weiteren Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache auffordern. Nur, falls noch jemand reden will, soll er das jetzt sagen, damit wir zeitlich disponieren können. Ich möchte, wenn irgendwie möglich, erreichen, daß wir hier gegen 19 Uhr abschließen können - wir hatten die Beendigung ursprünglich für 18 Uhr vorgesehen -, damit das übrige Programm noch laufen kann.

Ich bitte also darum, wenn jemand jetzt noch Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache abgeben will, dies jetzt zu tun. Ich bitte die Delegierten wieder im Saal zu sein, wenn wir über den Antrag abstimmen.

Das Wort hat jetzt Graf Kerssenbrock.

Trutz Graf Kerssenbrock: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Perikles, der große griechische Staatsmann, hat einmal formuliert: Wir sind nicht alle fähig, große politische Konzepte zu entwerfen, aber es sind alle Menschen fähig, sie zu beurteilen.

Liebe Parteifreunde, dieses Urteil ist unter den Bürgern, unter ihnen hundertfünfzigprozentige CDU-Leute, vernichtend eindeutig ausgefallen. Ernst Benda ist sicher nicht der geringste unter ihnen. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat formuliert: Sind die denn von wilden Hummeln gebissen?

Sollen die GRÜNEN wirklich erst 15 % erhalten? Wollen wir dieses neu erworbene Vertrauen, das die CDU auf ihre Fahnen geschrieben hat, denn so schnell schon wieder verspielen? Liebe Freunde, wir haben eine harte Debatte mit Sozialisten, mit GRÜNEN, mit Friedensbewegten in der Vergangenheit hinter uns. Wir haben dieses Gemeinwesen als Ganzes verteidigt und gepriesen. Unter den Gütern, die wir verteidigt haben, waren der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung sicher nicht die geringsten.

Wenn ein paar Staatsanwälte eine, wie wir meinen, falsche Rechtsauffassung haben, dann setzen wir doch als diejenigen, die den Rechtsstaat verteidigen, unsere Hoffnung auf das Gericht, das über die Meinung der Staatsanwälte zu befinden hat. Wenn das Gericht zu einer falschen Auffassung kommt, gibt es immer noch Rechtsmittelgerichte. Das ist der Weg im Rechtsstaat, der auch in diesem Fall der richtige wäre. Es hat ja noch überhaupt kein Prozeß stattgefunden.

(Vereinzelt Beifall)

Was sollen denn Baufirmen, die die unnachgiebige Strenge des Kartellgesetzes zu spüren bekommen haben, was sollen Bürger, die gegen ihnen unbekannte Umweltgesetze verstoßen haben und dafür bestraft worden sind, von diesem Gesetzentwurf denken? Von Verkehrsdelikten will ich überhaupt nicht sprechen. Die Reaktion der Jugendlichen, der jungen Menschen, die schon wählen können, werden Sie ohnehin bei der Europawahl - zum erstenmal - zu spüren bekommen. Aber glauben Sie nicht, daß das vorübergehender Natur ist. Das ist eine sehr grundsätzliche Frage; denn gerade junge Menschen sind in diesem Bereich besonders empfindlich.

Es darf nicht dazu kommen, daß George Orwells Satz auf unseren Staat umgemünzt wird: Alle sind gleich, aber bestimmte Personen sind gleicher. Ich sage ganz deutlich: Ich bin zutiefst besorgt, ich bin bestürzt über das, was sich hier anbahnt. Ich schließe mit Ernst Benda: Auf diesen Weg dürft ihr euch nicht begeben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach einer Amtszeit von etwas über zwölf Jahren als Bundesschatzmeister der Christlich Demokratischen Union Deutschlands habe ich heute, wie Sie sicherlich verstehen werden, dieser Debatte mit ganz besonderem Interesse zugehört.

In diesen zwölf Jahren war meine Aufgabe immer eine doppelte - und ist es auch heute noch -, erstens, die Aufgabe des Schatzmeisters zu erfüllen und die Partei in den Stand zu versetzen, ihre politische Funktion wahrzunehmen - wir haben in dieser Zeit vier Bundestagswahlkämpfe gemeinsam zu bestreiten gehabt -, zweitens aber - und das galt vom ersten Tag an -, mit allen Kräften zu erreichen versucht, daß die Finanzierung unserer Parteien, der demokratischen Parteien in Deutschland, auf eine transparente, eine überzeugende und sichere rechtliche Grundlage gestellt wird.

Dieses Bemühen, von dem Helmut Kohl vorhin so ausführlich sprach und das er in ganz besonderer Weise in seiner Zeit als Vorsitzender begleitet hat, hat schließlich am 1. Januar 1984 zum Inkrafttreten eines neuen Gesetzes geführt. Dieses Gesetz gibt uns jetzt die Sicherheit, die Klarheit, die Transparenz, die Berechenbarkeit, die in all diesen Jahren gefehlt hat.

Ich weiß, daß hinter uns eine Zeit der doppelten Moral liegt. Wenn wir heute über den

Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU diskutieren, dann tun wir es, um zu verhindern, daß sich dieser Zustand der doppelten Moral oder des doppelten Rechts noch weiter in die Zukunft fortsetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Gerhard Stoltenberg hat in seiner Einlassung darauf hingewiesen, daß es in dieser ganzen Zeit, in der soviele Bürger den Parteien gespendet haben, die jetzt inkriminiert wurden, Institutionen und Einrichtungen gegeben hat, denen man Geld zuwenden konnte und die ihrerseits den Parteien Geld zuwenden konnten. Berufsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände waren und sind bis zum heutigen Tage imstande, bis zu 25 % ihrer Mitgliedsbeiträge an politische Parteien abzuführen, ohne daß dadurch irgendwelche Komplikationen entstehen. Die Mitglieder können die Beiträge an diese Vereinigungen steuerlich absetzen. Das sind doppelte Moral und doppeltes Recht. Der Spender, der in der Vergangenheit der Partei etwas zuwenden wollte, konnte dies nur in ganz begrenztem Umfang steuerlich absetzen. Wenn er sich einer Fördervereinigung bediente, befand er sich in den letzten Monaten in Konflikt mit der Justiz. Derjenige, der den Weg über die Berufsverbände ging, hat dies bis zum heutigen Tage tun können.

Es ist kein Zufall, daß Hans Matthöfer mitten im Bundestagswahlkampf 1980 mit großer Beschleunigung in einer Eilaktion bestätigt hat, daß das Gutachten des Bundesfinanzhofs vom Jahre 1952 auch im Jahre 1980 und in den Folgejahren unvermindert Gültigkeit hat und damit dieser Finanazierungsweg weiterhin offen bleibt. Nun haben wir Spender der Union, die den Weg über Fördergesellschaften gegangen sind, über die Staatsbürgerliche Vereinigung in Köln, und die sich jetzt in einer Situation befinden, die hier schon hinreichend beschrieben worden ist.

Wir sind der Meinung, daß diese doppelte Moral beendet werden muß. Wir haben mit der neuen Gesetzgebung den entscheidenden Schritt getan, mit dem neuen Recht, das am 1. Januar in Kraft getreten ist. Ich muß all denen widersprechen, die hier den Eindruck erweckt haben, als ob wir bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes davon ausgegangen seien, daß der Grundsatz und das Prinzip des milderen Rechts nicht zur Anwendung kämen. Wir sind in dieser unserer Auffassung dadurch bestärkt worden, daß der Leiter der Strafrechtsabteilung im nordrhein-westfälischen Justizministerium, also der unmittelbare Vorgesetzte auch der Bonner Staatsanwaltschaft, vor der Verabschiedung unseres Gesetzentwurfes erklärt hat, daß die Spender, die im Anklagezustand befindlich sind, selbstverständlich Anspruch darauf haben, dieses mildere Recht für sich in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir uns an diesen Tatbestand auch in der Debatte der nächsten Monate erinnern und ihn gewissermaßen festhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, es ist die Frage gestellt worden, ob man nicht einfach die Dinge ihren Lauf hätte nehmen lassen sollen, ob man nicht angesichts der Tatsache, daß die Gerichte letztlich entscheiden, die Dinge hätte den Gerichten überlassen müssen und auf einen Eingriff, wie wir ihn heute hier diskutiert haben, hätte verzichten sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie alle daran erinnern, was es heute bedeutet, wenn ein bisher unbescholtener Bürger, in Anklagezustand versetzt, den Untersuchungen unterworfen, einer Institution gegenübersteht, die ihn einerseits verfolgt, die andererseits aber außerstande ist zu garantieren, daß seine verfassungsmäßig garantierten Rechte auch voll und ganz gewahrt bleiben. Wir haben erlebt, daß die Veröffentlichung der Dokumente der Staatsanwaltschaft durch Stellen irgendwo im Lande Nordrhein-

Westfalen den Tatbestand der Vorwegverurteilung bei vielen Beschuldigten erfüllt hat.

(*Zustimmung*)

Wir mußten uns in der Situation und in der Verantwortung, in der wir waren, die Frage vorlegen, ob wir eigentlich sehenden Auges einen Personenkreis von fast 3000 Bürgern diesem Prozeß aussetzen wollten. Wir haben - das darf ich heute hier vielleicht zu Ihrer Information mitteilen - uns das bei Gott alles nicht so leichtgemacht, wie es heute gelegentlich in der Beurteilung und Kommentierung erscheint.

Ich selber habe zusammen mit meinem Generalbevollmächtigten, Uwe Lüthje, vor einem Jahr auf meine Initiative hin ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft ermöglicht. Das Gespräch hat stattgefunden; wir haben am Vorabend der Lawine von Verfahren der Staatsanwaltschaft den Vorschlag unterbreitet, sie möge doch gegen uns einen Musterprozeß führen. Sie möge uns in Anklagezustand versetzen, damit im Rahmen eines solchen Verfahrens alle steuerrechtlichen, finanzrechtlichen, strafrechtlich relevanten Dinge geklärt werden könnten, bevor man eine Lawine von Untersuchungsverfahren gegen fast 3000 Bürger in Bewegung setzt. Dieser Versuch ist zur Kenntnis genommen worden und dann in einem zweiten Gespräch im April vorigen Jahres von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Man ist den Weg des großangelegten Massenverfahrens gegangen - mit den Folgen, daß die Betroffenen nicht nur in ihren Betriebsstätten, soweit es sich um Betriebe handelte, sondern auch in ihren Wohnhäusern, also mitten in ihrer gewohnten Umgebung, Hausdurchsuchungen und ähnlichem ausgesetzt waren und zur Kenntnis nehmen mußten, daß, wenn ihr Fall interessant genug war, das sie betreffende Ermittlungsverfahren auch den Weg in bestimmte Organe der Presse gefunden hat.

Als wir das neue Gesetz am 1. Januar 1984 in Kraft treten sahen, mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß das Prinzip des milderen Rechts von der Staatsanwaltschaft nicht in Anwendung gebracht wurde. Dies hat mit dazu beigetragen, daß wir den Schritt getan haben, über den wir heute diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich habe es gestern abend schon vor Freunden der Jungen Union erklärt: Wir hätten diesen Schritt natürlich auch auf andere Weise tun können. Wir hätten in der Bundestagsfraktion etwa eine Änderung der Abgabenordnung herbeiführen können. Es hätte ein ganz kleiner, unscheinbarer Satz in die Abgabenordnung eingefügt werden können, der etwa gelautet hätte: Steuergesetze sind keine Zeitgesetze. Dann wäre diese ganze Operation vermutlich wesentlich ruhiger und für uns weniger unangenehm verlaufen. Wir hätten uns dann aber dem Vorwurf ausgesetzt, daß wir de facto den Tatbestand einer Amnestie hätten durchsetzen wollen, aber unter der Flagge der Änderung der Abgabenordnung. Deshalb sind wir den direkten und offenen Weg gegangen.

Ich möchte Sie nach Abwägung aller Bedenken, aller Güter, alles dessen, was dafür und dagegen spricht, sehr herzlich bitten, dem Vorschlag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU beizutreten und den Antrag, über den wir jetzt abstimmen müssen, abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich habe jetzt keine Wortmeldungen

zum Inhalt mehr vorliegen. Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden. Ich schlage vor, daß wir vor einer Abstimmung formell noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegennehmen. Ich lasse ihn gerade besorgen. Wir sollten, wie ich glaube, ordnungsgemäß verfahren, bevor wir über den ersten Sachantrag abstimmen.

Zu dem Antrag zur Geschäftsordnung hat jetzt zunächst Matthias Kues aus Niedersachsen das Wort.

Matthias Kues: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier heute einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Lassen Sie mich zur Begründung kurz folgendes ausführen.

Gerade als einer der Jüngeren hier im Saal freue ich mich, daß wir die Diskussion, so wie sie hier gelaufen ist, heute erlebt haben. Ich freue mich sehr darüber, daß ich als einer der Jüngeren, der ja politische Arbeit im wesentlichen auch im Gespräch mit Jugendlichen betreiben muß, nach Hause fahren und sagen kann: In unserer Partei ist es möglich, auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, fair miteinander zu streiten, Konflikte auszutragen. In unserer Partei ist es nicht so, daß die Parteispitze eine Vorgabe gibt und dann nicht mehr darüber geredet wird. Ich meine, gerade weil wir diese gute Diskussion gehabt haben, sollten wir es uns auch ermöglichen, diese gute Diskussion mit einem guten Verfahren abzuschließen. Ich beantrage deshalb geheime Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Auch wenn das vielleicht etwas unbequem ist, sollten wir uns diese Zeit, wie ich meine, doch gönnen.

Ich meine, eine geheime Abstimmung liegt im Interesse aller hier Anwesenden, um Mißverständnisse zu vermeiden. Eine geheime Abstimmung liegt auch im Interesse von Junger Union und CDU, weil es hier nicht darum geht, einen Generationenkonflikt auszutragen, sondern weil es darum geht, daß jeder hier im Saal vor seinem Gewissen eine ehrliche Entscheidung trifft. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Es ist ein Geschäftsordnungsantrag gestellt. Nach 42 Abs. 1 unseres Statuts erfolgen Abstimmungen durch Handzeichen, es sei denn, daß ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten Geheimabstimmung verlangt. Ein Antrag auf Geheimabstimmung ist jetzt gestellt. Wünscht jemand das Wort zur Gegenrede gegen diesen Antrag? - Das ist nicht der Fall. Dann ist jetzt die Frage zu stellen, ob der Antrag eine genügende Unterstützung erhält. Noch einmal: Um dem gestellten Antrag zu entsprechen, müssen 25 % der anwesenden stimmberechtigten Delegierten ihn unterstützen.

Wer den Antrag auf geheime Abstimmung unterstützt, soll sich bitte erheben. - Ich darf einmal um die Gegenprobe bitten. - Es wird darüber beraten, ob es 25 % waren oder nicht.

Ich darf daher einmal eine Handprobe machen lassen. Ich bitte diejenigen, die den Antrag unterstützen, ein Zeichen mit der Stimmkarte zu geben. - Also, wir kommen zu dem Ergebnis, daß die erforderliche Unterstützung gegeben ist.

(Vereinzelter Beifall)

Das heißt: Wir führen eine schriftliche Abstimmung durch. Aber bevor das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wird, sollte der Bericht der Mandatsprüfungskommission, der mir im Augenblick noch nicht vorliegt, erstattet werden. Darf ich Ihre Zustimmung dazu feststellen? - Dann treten wir in die Abstimmung ein. Ich bitte die Stimmzählkommission, die Stimmkarten einzusammeln. Wir verwenden zur Abstimmung den Stimmzettel I; abgestimmt wird über den Antrag G 34. Der Antrag lautet:

> Der Bundesparteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Pläne für ein "Amnestiegesetz" nicht weiter zu verfolgen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, schreibt auf den weißen Zettel "Ja". Wer den Antrag - dem Antrag des Bundesvorstandes entsprechend - ablehnt, schreibt auf den Zettel "Nein" oder "Enthaltung". Ist das Abstimmungsverfahren klar und unstrittig? - Also, es soll noch einmal erläutert werden: Wer für den Antrag ist, stimmt mit "Ja", d.h., er ist gegen den "Amnestiegesetz-Entwurf". Wer also für den "Amnestiegesetz-Entwurf" ist, stimmt mit "Nein". Wir benutzen dafür den weißen Stimmzettel, den Stimmzettel 1.

Also, um wirklich allerletzte Unklarheiten zu beseitigen, wiederhole ich noch einmal: Wer mit "Ja" stimmt, stimmt für den Antrag und gegen das "Amnestiegesetz". Wer mit "Nein" stimmt, stimmt gegen den Antrag und für das "Amnestiegesetz". Wer sich enthält, enthält sich.

(Heiterkeit)

Also, jetzt kann niemand mehr sagen, er wisse es nicht genau. Ich darf die Stimmzählkommission bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir dann, wenn der Abstimmungsvorgang abgeschlossen ist, die beiden Wortmeldungen, die ich noch zur allgemeinen Aussprache habe, erledigen. Das ist zum einen eine Wortmeldung von unserem Freund Bernhard Worms, zum anderen eine Wortmeldung von Johanna von Westfalen. Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache habe ich nicht. Ich gehe also davon aus, daß wir die allgemeine Aussprache dann abschließen, hier heute zum Schluß kommen, keine weiteren Punkte mehr auf die Tagesordnung nehmen.

(Beifall)

Darf ich fragen, ob der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission da ist. - Dann bitte ich, zu warten, bis der Abstimmungsvorgang beendet ist.

Ich darf mitteilen, daß die Mitglieder der Stimmzählkommission gebeten werden, zur Auszählung in das Restaurant hinter der Bühne zu gehen, und zwar - aus meiner Sicht - links von der Tribüne hier.

Ich darf bekanntgeben, daß Bernhard Worms seine Wortmeldung zurückgezogen hat und das Wort morgen in der allgemeinen Aussprache ergreift.

Meine Damen und Herren, haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? - Diejenigen, die ihn noch nicht abgegeben haben, mögen ihn bitte hochhalten, damit die Mitglieder der Stimmzählkommission sehen, wo noch nicht abgegebene Stimmzettel sind. - Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? - Es sind alle abgegeben. Dann schließe ich den Abstimmungsvorgang und bitte, die Stimmzettel auszuzählen.

Das Wort zum Bericht hat jetzt der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission, Walter Penther.

Walter Penther, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat heute nachmittag festgestellt, daß von 781 Delegierten 741 anwesend waren. Die Stimmen der 30 Delegierten der Exil-CDU werden bei der Abstimmung gem. 29 Abs. 2, 3, 5, 6, 7 unseres Statuts nicht mitgezählt, so daß 711 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind.

Die Überprüfung der Stimmberechtigten hat weiterhin ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist damit beschlußfähig.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Der Mandatsprüfungskommission vielen Dank.

Ich darf jetzt Frau Johanna von Westfalen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 10 , der allgemeinen Aussprache zu den Berichten, das Wort erteilen. Bitte, Frau von Westfalen. - Also, die Wortmeldung wird im Hinblick auf die "gesteigerte" Aufmerksamkeit des Saales zurückgezogen und für morgen im Rahmen der allgemeinen Aussprache vorgemerkt. Das heißt, ich habe keine Wortmeldungen mehr.

Ich unterbreche nunmehr den Parteitag, bis mir das Ergebnis der Abstimmung vorliegt. Nach der Unterbrechung wird dann lediglich noch das Abstimmungsergebnis verkündet. Ansonsten wird dann die Beratung dieser Plenarsitzung abgeschlossen. Wir beginnen morgen früh um 9.00 Uhr mit der 3. Plenarsitzung, und zwar mit der Beratung der sogenannten Stuttgarter Leitsätze.

(Unterbrechung von 19.01 bis 19.13 Uhr)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Abgegebene Stimmen 697, ungültig 3, Enthaltungen 38. Für den Antrag haben 178 Delegierte gestimmt, gegen den Antrag haben 478 gestimmt. Das bedeutet, wenn wir die Enthaltungen nicht bewerten, daß 73 % der Delegierten gegen den Antrag und 27 % für den Antrag gestimmt haben.

(Beifall)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung, die wir uns für heute vorgenommen haben, abgewickelt. Ich weise noch einmal darauf hin, daß, wer Lust hat, jetzt in die Schaufele-Halle gehen kann. Ab 19.30 Uhr gibt es Abendessen, um 20 Uhr beginnt das offizielle Programm.

Die 3. Plenarsitzung wird morgen früh pünklich um 9 Uhr in diesem Saal beginnen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: (19.15 Uhr).